PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 11. Mai 1976, fertiggestellt.

13. Mai 1976 Jg. 4 Nr. 19 50 Pfennig

Zwei Wochen Streik der Drucker

Die heimliche Hoffnung aller Bourgeois und sonstigen Reaktionäre hat sich nicht erfüllt. Die Druckarbeiter haben vorige Woche, trotz des schädlichen Manövers der „Streikaussetzung", ihre Kampffront gegen die Kapitalisten wieder aufrichten können. Das ist ein gewichtiger *politischer* Erfolg für die Arbeiterbewegung. Es beweist: Die Arbeiter befinden sich keineswegs am Gängelband der führenden Sozialdemokraten. Sie verstehen es, ihren Interessen gemäß selbständig zu handeln. Die sozialdemokratische Führung der IG Druck und Papier hat an diesem Erfolg keinerlei Anteil. Er mußte gegen sie errungen werden.

Kaum war es den Druckarbeitern gelungen, ihre einheitliche Kampffront über das ganze Land hinweg wieder herzustellen, beschließt letzten Montag die Streileitung, der „Vollstreik"

Heidelberg. Alle sprechen vom erh... sikofaktor für Herzinfarkt und Schlaganfa... riellen Unterdruck: einer Fehlregulation d... aber wie der arterielle Hochdruck immer h... Unterdruck plagen sich die Patienten, den... wurde, oft ihr Leben lang herum, auch we... tenswert ist. Nach mehreren Untersuchung... erwiesen, daß diese Kategorie von Persone... hat. Das Thema „Hypotone Kreislaufdysre... nung einer Fortbildungsveranstaltung der... für die als Referent Professor Dr. Herbert... Bonn gewonnen wurde...

So sieht es aus, wenn die Kapitalisten ihre Zeitungen selber setzen müssen: „Notausgabe" des Heidelberger Tageblatts am 10.5.

müsse aufgegeben werden und als „regionale" oder „Schwerpunktstreiks" weitergeführt werden. Das sei eine besonders scharfe Waffe gegen die Kapitalisten, denn angeblich spaltet sie das besonders. Wie der Beschluß wirkt, hat man sehen können. Mack vom Bundesverband Druck hat sich die Freude kaum verkneifen können.

Angeblich hat der „Schwerpunktstreik" den Vorzug, daß die Kapitalisten, die noch bestreikt werden, Angst haben, von den anderen vom Markt gedrückt zu werden. Mit so einer Kindergartentaktik kann man den Kapitalisten nicht kommen. Die treffen untereinander Vereinbarungen, daß keine Auflagenerweiterungen vorgenommen werden dürfen.

Es bleibt, daß diejenigen Kapitalisten, die vom Streik schon weichgekocht sind und bereit, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben, die Möglichkeit erhalten, wieder arbeiten zu lassen. Ohne Erfüllung der Forderungen.

Der Hauptvorstand der IG Druck hatte diesen unsinnigen und schädlichen Beschluß noch kaum verkündet, da kam auch schon aus Stuttgart die Nachricht, daß die dortigen Drucker auf jeden Fall voll weiterstreiken wollen. Die anderen Städte sind nachgezogen. Die Arbeiter haben sich auf diese Taktik nicht eingelassen.

Jede „Notausgabe" einer Zeitung haben die Kapitalisten als Triumph gefeiert. Bis ins Fernsehen. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, der Streik der Drucker sei am Bröckeln. Außerdem hat es die Kapitalisten geschabt, daß sie in der Situation des Arbeitskampfes keine solche politische Waffe in der Hand haben, wie es eine Zeitung ist.

Wenn man nach der bürgerlichen Presse geht, ist das sowieso ein komischer Streik mit komischen Zielen. Es geht um „Prestige", „Pressefreiheit", ums „Gesicht" und um ein Zehntel Prozent.

Daß es den Kapitalisten ausschließlich um ihren *Profit* geht, wird sorgsam verschwiegen. Die Kapitalisten kämpfen verbissen um ihren Profit. Ein anderes *Gesicht* haben sie nicht.

Der Profit kommt ihnen aus, wenn die Arbeiter nicht arbeiten. Da hilft die schönste „Notzeitung" nichts.

Deswegen sind diese Kapitalisten jetzt auch weich und drängen auf Verhandlungen.

Fortsetzung Seite 2



Westberlin. Mächtige Pressezaren, getroffen durch den Streik der Drucker. (Siehe auch Seite 5)

Das rhodesische Siedlerregime unter Druck

Der Befreiungskrieg des Volkes macht im ganzen Land Fortschritte

Das Volk von Zimbabwe, unterstützt durch die anderen afrikanischen Völker, intensiviert seinen bewaffneten Befreiungskampf gegen das rassistische rhodesische Regime, nachdem [illegible] nungsmanöver" geschlagen hat.

Der rhodesische Oberkommandierende der Unterdrückungsarmee, Walls, erklärte unlängst zwar großspurig, „er werde das Guerilla-Problem in den Griff bekommen und endgültig lösen". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai) Aber die bürgerliche Presse in den imperialistischen Ländern läßt durchblicken, daß das Gegenteil der Fall ist. Überall wächst die Unterstützung des Volkes für den bewaffneten Kampf und können Operationen der Volksbefreiungskämpfer erfolgen. Das Siedlerregime muß Stück für Stück das ganze Land zur Kriegszone erklären: „Das ganze Südost-Gebiet wurde unlängst zur Operationszone ‚Drescher' erklärt. Aber um der wachsenden Anwesenheit von Guerillas zu begegnen, muß die Regierung die Region in zwei getrennte Militärzonen aufteilen. ‚Drescher' erstreckt sich nun auf Manicaland, das zentrale Stück nach Mozambique hin, (...) das südliche Gebiet bis runter zur südafrikanischen Grenze wird zur Operationszone ‚Zurückschlagen' gemacht."

In diesem Gebiet wurde Mitte April die lebenswichtige Eisenbahnlinie nach Südafrika, auf der 60 Prozent allen Warentransports erfolgen, gesprengt, die wichtigste Straßenverbindung nach Südafrika angegriffen und drei südafrikanische Rassisten wurden getötet. Erst am Montag, den 4. Mai, konnte die Straße wieder für den Verkehr freigegeben werden, der in Zukunft nur unter Militärschutz den ganzen Weg entlang erfolgen soll.

„Operationszone ‚Wirbelsturm' erstreckt sich nach wie vor über den Nordosten um Mount Darwin. Aber Angriffe in der letzten Woche gegen die einzig andere übriggebliebene Eisenbahnverbindung, der westlichen Linie durch Botswana, und die Beschießung eines Motorboots auf dem Kariba-See im Norden zeigen, daß praktisch die ganze Grenze Rhodesiens – einiges über 2 500 Kilometer – jetzt verwundbar ist." Soweit die englische Zeitung „Observer".

Ein Kriegskommuniqué der Befreiungskämpfer Zimbabwes von Anfang April gibt an, daß sie in den ersten drei Monaten dieses Jahres 22 feindliche Soldaten getötet und viele andere verwundet haben. 37 Fahrzeuge wurden zerstört und drei Hubschrauber abgeschossen, in dreizehn Schlachten wurden Ausrüstungsgegenstände erbeutet. (Hsinhua, 28. April)

Die Bourgeoisie unterschätzt nicht die Bedeutung dieser Kämpfe. So schreibt der „Observer" weiter: „Die Intensivität der eigentlichen Kämpfe ist stets gering und hat sich auch wahrscheinlich nicht gesteigert. Die Guerilla scheinen noch ins Land einzusik[illegible]nen mit der Arme[illegible] Konfrontatio[illegible] damit befaßt zu sein, die Bevölkerung zu gewinnen." Der „Guardian" vom 8. Mai kommentiert den Anschlag auf die Eisenbahnlinie nach Botswana, der Schaden sei zwar gering, „beunruhigend ist aber, daß die Guerillas unbemerkt das ganze Land durchqueren konnten". So wären auch so gut wie in allen Grenzdistrikten Landminen gelegt.

Die Kolonialisten sind keineswegs bereit, die gerechten Forderungen der afrikanischen Massen zu erfüllen und die Macht an sie abzugeben. Ihre Vorbereitungen für einen verschärften Krieg gegen das Volk laufen auf Hochtouren. Die Reservisten und auch Frauen sowie bereits Veteranen wurden in die Armee eingezogen, die Wehrdienstzeit von zwölf auf achtzehn Monate erhöht.

Ein Bericht von Amnesty International, von dem die Süddeutsche Zeitung am 30. März berichtet, stellt fest, daß bereits damals bis zu 300 000 Afrikaner in sogenannten „Schutzdörfern", d.h. bewachten Konzentrationslagern, gefangengehalten wurden. Derzeit werden weitere 200 000 aus der nördöstlichen Provinz in derartige „Schutzdörfer" näher bei Salisbury vertrieben. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai) Von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang wurde über noch mehr Gebiete, in denen die Afrikaner leben, Ausgangssperre verhängt.

Intensiv wird der Ausbau des Unterdrückungsapparates betrieben. Ehemalige Angola-Söldner und Kolonialisten aus Angola erhalten Schnellkurse in Englisch und werden für die Armee geheuert. Die Zeitung „Observer" berichtet am 2. Mai, daß die rhodesischen Kolonialisten sogar ungehindert in der britischen Armee werben, das habe man unter den „britischen Truppen, die in Nordirland im Einsatz sind, und unter ehemaligen Soldaten in Großbritannien" festgestellt. Die britische Regierung verlangt bloß 100 Pfund für den Freikauf. In den USA, in der BRD und anderen imperialistischen Ländern findet diese Söldnerwerbung genauso statt.

Die Verbrechen des Imperialismus beschleunigen seinen Untergang, das zeigt erneut das Beispiel Rhodesien. Der Krieg für ein freies Zimbabwe „wird ein Klassenkampf sein zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten sowie zwischen den Unterdrückern und Unterdrückten. Der Krieg ist ein

Fortsetzung Seite 2

Preise

„Alle bisherigen Marktbeobachtungen haben ergeben, daß die deutschen Unternehmer nicht bedenkenlos an der Preisfront mitnehmen, was sie kriegen können. Die Automobilindustrie ist bisher die Ausnahme." Soweit Dr. Otto Schlecht, „Wirtschaftsstaatssekretär", in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung am 26. April.

Anfang Mai hat die ARAL die Preise für Superbenzin erhöht. Die ARAL wird von der bundeseigenen VEBA kontrolliert. Bundeseigen müßte eigentlich deutsch genug sein. Die zweite „Ausnahme".

Die Automobilkapitalisten behaupten, sie hätten die Preise erhöhen müssen wegen der Kosten.

74/75, als die Gesamtheit der Arbeiterlöhne gesenkt wurde und mit der Arbeitslosigkeit das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse zusätzlich gesunken ist, entstand ein schwerer Einbruch in der Nachfrage nach Autos. Die Kapitalisten reagierten darauf sofort mit einer Steigerung der Ausbeutung in den Autofabriken und führten gewaltige Entlassungen durch. Schon das rechtfertigten sie mit der Notwendigkeit von Kostensenkungen.

Die Kosten sind gesenkt. Die Lohndrückerei wird jedoch fortgesetzt und die Arbeitslosigkeit hat auch nicht abgenommen. Das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse, ihre Revenue, schmilzt wie der Schnee an der Sonne. Wie ist es da möglich, daß die Konzerne die Preise auch für solche Autos steigern, die von den Massen gekauft werden?

Die Lebensdauer eines Autos kann verlängern, wer Mut zum Risiko hat. Das sieht man bei den Autos der wehrpflichtigen Soldaten ziemlich gut. Das hat aber seine Grenzen. Dann ist das Auto restlos hin. Als die Revenue der Arbeiterklasse sank, fuhren die Arbeiter ihre Autos zunächst etwas länger (prompt sind die tödlichen Unfälle auf dem Weg zum Arbeitsplatz im letzten Jahr gestiegen, während die Gesamtunfälle gesunken sind). Seit letzten Herbst gibt es eine Automobilkonjunktur.

Man erinnert sich an die rasanten Erhöhungen der Preise für öffentliche Verkehrsmittel im letzten Jahr. Diese Erhöhungen gingen parallel mit Verdünnung der Fahrpläne und Stillegung von Strecken. Sie mußten vom bürgerlichen Staatsapparat mit Gewalt durchgesetzt werden. Sie wurden mit Gewalt durchgesetzt.

Der Markt für Autos ist dementsprechend „aufnahmefähig". Ausweichen auf öffentliche Verkehrsmittel kostet mehr Zeit *und* mehr Geld. Hinzu kommt, daß es wegen der Fahrpläne und Streckenstillegungen oft *gar nicht* geht. „Geht zu Fuß oder fahrt Rad", rät der bürgerliche Ökonom listig. Das senkt die Nachfrage und drückt den Preis. Über solches Gewäsch hebt Schmücker von VW vielleicht kurz eine Augenbrau und kalkuliert dann weiter. Die Kapitalisten wissen doch, bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage suchen sie sich genau aus, welchen Arbeiter sie gnädigerweise ausbeuten. Wo der Mann wohnt, interessiert sie nicht. *Wie* er zur Arbeit kommt, gilt als seine Freiheit und geht auf seine Kosten. Das Bestehen der industriellen Reservearmee hat ein Wachsen der durchschnittlichen Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz unvermeidlich zur Folge. Umziehen können die Arbeiter auch nicht leicht. Die Sorge haben die Automobilkapitalisten nicht. Die kennen doch ihre Brüder vom Haus- und Grundbesitz. Die meisten Arbeiterfamilien ziehen um, weil sie Kosten einsparen wollen. Das nutzen die haus- und grundbesitzenden Kapitalisten aus, um bei Umzügen regelmäßig die Miete zu steigern. Wer oft umziehen muß, steht am Ende mit einer rasanten Miete da.

Die gleichen Gesichtspunkte, die für den Verkauf von neuen Autos gelten, gelten auch fürs Benzin. Die Arbeiter können ihren Benzinkonsum nicht erheblich senken. Oder sollen sie zweimal die Woche nicht zur Arbeit fahren? Die Erhöhung der Benzinpreise war somit völlig absehbar. Einen Manager, der diese Zusammenhänge nicht erfaßt und ausnutzt, feuern die Aktionäre.

Von den steigenden Autopreisen wird das Einkommen aus Lohnarbeit natürlich nicht größer, sondern kleiner. Die Massen müssen sich einschränken. „Die Textilindustrie klagt über stagnierende Umsätze", heißt das dann. Im letzten Jahr sind die Textilpreise um *weniger* als 4 % gestiegen. Schaut in eure Kleiderschränke! Es sind *alte* Hosen und Blusen, die dort hängen. Bald werdet ihr neue kaufen müssen. Unschwer läßt sich ein Anziehen der Textilpreise vorhersagen. Die Arbeiterfa-

Fortsetzung Seite 2

Preise
Fortsetzung

milie wird an der *Ernährung* sparen müssen.

Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität ist im letzten Jahr um runde 4 % gesteigert. Inzwischen weit mehr, in den Fabriken bis zu 40 %. Man kann eine solche Leistung nicht von Gemüse und Kartoffeln erbringen. Daß es etliche Arbeiterfamilien trotzdem versuchen, davon legt die Entwicklung der Kartoffel-, aber auch der übrigen Gemüsepreise ein beredtes Zeugnis ab. Sogar jetzt in der Saison fallen sie kaum.

„Ist die Ausbeutung des Arbeiters in der Fabrik so weit beendet, daß er seinen Lohn in bar erhält, fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."

Das stellten Karl Marx und Friedrich Engels vor bald 120 Jahren im „Kommunistischen Manifest" heraus. Die Bourgeois sagen, das sei ein veralteter Standpunkt und heute ganz anders. Tatsächlich, nicht einzelne Krämer sind heute am Werk, die wuchern, sondern ganze Konzerne sinnen Tag und Nacht, wie man der Arbeiterklasse ihren Lohn für weniger und schlechtere Ware entreißen kann. Marktstrategie.

„Bei sinkender Nachfrage müssen die Preise fallen", steht in jedem Wirtschaftskundelehrbuch. In jeder Preistabelle, die von den bürgerlichen Zeitungen im Wirtschaftsteil veröffentlicht wird, steht etwas anderes.

Es ist schon richtig, die verschiedenen Kapitalisten, die an Arbeitern ihre Ware andrehen wollen, konkurrieren miteinander. Aber, warum sollten sie miteinander konkurrieren durch Preissenkungen? Das könnte nur dem Profit schaden. So ziehen sie es vor, miteinander in der Schlechtigkeit ihrer Ware zu wetteifern und in der Höhe des Preises. Es ist doch klar, wenn die Gesamtlohnsumme, die von der Arbeiterklasse verausgabt werden kann, sinkt, so werden die Kapitalisten versuchen, den Profitanteil, den sie daraus ziehen, durch Verschlechterung der Ware und Erhöhung der Preise zu halten. Lang lebe die Marktwirtschaft!

Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, hat am 1. Mai gesagt: „Die Arbeitnehmer haben ihren Stabilitätsbeitrag geleistet, jetzt sind die Unternehmer an der Reihe." Welch ein Strategie!

‚Du bist sitzen geblieben und starrst auf mich, so hast du deinen Beitrag geleistet. Jetzt bin ich an der Reihe', sagte die Schlange zum Karnickel.

Fortsetzung: Drucker-Streik

Am Mittwoch, wenn diese Zeitung in Druck ist, wird die Verhandlungskommission der IG Druck und Papier mit den Kapitalisten verhandeln.

Nachdem die führenden Sozialdemokraten mit der Umwandlung des Streiks in Schwerpunktstreiks versucht haben, die Einheit der Druckarbeiter zu zersetzen, hat der Kapitalistenverband versucht, mit dem Angebot, wer zur Arbeit geht, soll 5,9 % erhalten, ebenfalls die Drucker zu spalten.

Diese Manöver spielen sich gerade zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels ab. Die Verhandlungen zwischen dem IG Druck und Papier Vorstand und den Kapitalisten finden statt. Beide Seiten wollen zueinander.

Am Dienstag sagt Mahlein im Fernsehen: „Wir ... sind der festen Überzeugung, daß dieser Stoß ins Leere gehen wird. Unsere Kolleginnen und Kollegen lassen sich nicht kaufen, sie stehen weiterhin zu den gewerkschaftlichen Forderungen." Mahlein hat es fertiggebracht, in den letzten Wochen dutzende Male im Fernsehen und Rundfunk aufzutauchen, ohne über die Forderung von 9 %, mindestens aber 140 DM auch nur ein Wort zu verlieren.

Die Sorge, daß die Druckarbeiter ihre Interessen verkaufen, ist pure Heuchelei. Wenn die Streikfront der Drucker morgen nicht steht wie eins wird Mahlein die Forderung der Drucker an Mack verkaufen, und zwar auf dem Silbertablett.

Für alle Fälle sind schon neue Schlichter benannt. Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit. Bravo! Der Mann weiß, wie man Arbeitergelder an die Kapitalisten transferiert, das macht er täglich. Der andere „neutrale" Mann ist der Bankier Wertz, von der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen.

Im Fernsehen kommen dauernd dunkle Anspielungen, daß auf lange Sicht „Dritte" eingeschaltet werden müssen. Wo die Druckarbeiter die Auslieferung von Waren verhindert haben, sind sie diesen „Dritten" schon begegnet. Sie haben einen grünen Rock an und einen Knüppel in der Hand. Der Staatsapparat läuft auf Touren. Man hört, daß Lehrer sich mißbrauchen lassen und die Kinder gegen den Streik der Drucker aufhetzen. Bei den Gymnasien sowieso. Kinder, Schüler, fortschrittliche Lehrer sind aber nicht tatenlos. Sie nehmen die Flugblätter der Drucker in den Unterricht mit und diskutieren darüber. Oft wird dann eine Solidaritätsadresse verabschiedet.

Vertreter der Streikleitungen werden eingeladen. In vielen Städten sind die Druckarbeiter mit Flugblättern auf die Straße gegangen, wo sie die Gerechtigkeit ihrer Sache begründen. Dabei haben sie Unterstützung aus den anderen Gewerkschaften.

Die Bourgeois streuen irrwitzige Gerüchte über Druckerlöhne aus. Demnach verdient ein Drucker Tausende von Mark.

In der Druckindustrie sind Nachtarbeit, Sonntagsarbeit, Feiertagsarbeit von altersher üblich. Die Zeitungen müssen erscheinen, Drucker trinkt er. Einige Anzeigen sind noch eben hereingekommen, Drucker bleibe da. Am Montag muß die Zeitung erscheinen, Drucker arbeite Sonntag. Was interessiert es den Kapitalisten, wenn der Drucker eine Familie hat und Kinder. Mit vierzig hält er diese Arbeit sowieso nicht mehr aus, soll er sich doch dann seinen Kindern widmen!

Das Ganze zersetzt den festen Rhythmus der Arbeitswoche und macht es schwer, sich gegen Überstunden zu wehren. Hundert und mehr Überstunden per Monat sind nicht selten. Der Drucker geht davon kaputt, der Kapitalist wird reich.

Daß die gesamte Kapitalistenklasse Wert darauf legt, solche Zustände zu erhalten, ist klar, daß sie den maßlosen Überstundenzwang in das Märchen von den irrsinnigen Druckerlöhnen verwandelt, ist ein starkes Stück. Die Druckarbeiter haben ihre Kampffront gegen die Kapitalisten auf der festen Grundlage ihrer Interessen und gegen unzählige Spaltungsmanöver aufgebaut. Für diese Leistung haben sie den Respekt, die Solidarität und die Unterstützung der Arbeiterklasse. Die Möglichkeiten für einen Erfolg der Drucker sind am heutigen Tage für günstiger einzuschätzen als vor einer Woche. Deswegen bemühen sich die Kapitalisten fieberhaft um einen Abschluß, und die Sozialdemokraten sind ihnen dabei behilflich.

Quittung genügt für Steuerfreiheit

Die Oberfinanzdirektion Saarbrücken hat entschieden, daß Kapitalisten, die Gaststättenrechnungen von der Umsatzsteuer absetzen wollen, keine Rechnungen vorlegen müssen, worauf die „gelieferten Gegenstände" näher aufgegliedert sind. Es genügt also künftig eine Quittung: „Hilton, Essen für 4 Personen, 600,– DM", um für den entsprechenden Betrag steuerfrei zu bleiben. Allerdings nur dann, wenn man Kapitalist ist und entsprechend Umsatzsteuer zahlt: Je kostspieliger das Gelage, um so wahrscheinlicher, daß es sich dabei um „Werbungskosten" gehandelt hat, verausgabt für Sekt und Kaviar im Dienst am Kapital und deshalb steuerfrei. (Handelsblatt, 28.4.76)

Fortsetzung: Fortschritt im Befreiungskampf

Befreiungskrieg nicht nur des Volkes, sondern auch seines Bewußtseins", „er wird lang sein, denn es ist ein Volkskrieg", erklärte Samora Machel der Präsident Mozambiques in einem Interview. (Hsinhua, 28. April)

Er ist ein gerechter Krieg, denn er hat gerechte Ziele. Deshalb findet er auch überall große Sympathie und Unterstützung. In Auckland (Australien) verweigern die Dockarbeiter die Verladung von 14 aus Neuseeland gelieferten Flugzeugen, die den Papieren nach für die Schweiz gekauft wurden. Wie sie herausgefunden haben, ist ihr Endziel jedoch das rhodesische Siedlerregime. 14 afrikanische Staaten, die in der UNO-Beratungsgruppe UNDAT zusammengeschlossen sind, haben entschiedenere Maßnahmen gegen das rhodesische und südafrikanische Regime beschlossen. „Ein verstärkter bewaffneter Kampf ist nach Ansicht des Entkolonialisierungsausschusses der Vereinten Nationen die einzige Möglichkeit zur Lösung des Rhodesien-Problems", berichtet die algerische Zeitung „El Moudjahid" am 5. Mai.

Die Theorie der Arbeiterklasse unter Anklage gestellt

Am 4. Mai ist in Dortmund ein auf zehn Tage angesetzter Prozeß gegen verantwortliche Redakteure des „Roten Morgen" eröffnet worden. Die Anklage bezieht sich auf 21 Ausgaben des „Roten Morgen" aus dem Zeitraum von Juni 1974 bis Oktober 1975 und auf 35 einzelne Artikel aus diesen 21 Ausgaben. Die Staatsanwaltschaft stützt ihre Anklage gegen den „Roten Morgen" im wesentlichen auf folgende Paragraphen des Strafgesetzbuches: § 185 (Beleidigung), § 138/140 (Billigung von Verbrechen) und § 90 a (Böswillige Verächtlichmachung bzw. Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und/oder eines ihrer Organe). Herangezogen wird vor allem dieser letzte Paragraf. Als „Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland" soll bestraft und entsprechend verboten werden, die Bundesrepublik als das zu bezeichnen, was sie ist: eine „imperialistische Ausbeuterordnung", geschützt von einem „Kapitalistenstaat", zum Wohle der „Kapitalistenklasse". Alle diese wissenschaftlichen Bezeichnungen führt die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift als Straftatbestände an. In einem Vorprozeß wurden gegen 7 der 21 Ausgaben des „Roten Morgen" bereits über 19000 DM Geldstrafe verhängt. Die Kapitalisten als untergehende, verächtliche Klasse greifen gegen die von der aufstrebenden revolutionären Klasse vertretene Wahrheit auf das alte Mittel aller überlebten Klassen zurück: Zensur und Inquisitionsprozesse.

Die albanische Forderung nach Reparationszahlungen ist gerecht

Bis heute verweigert die Bundesrepublik der Volksrepublik Albanien Reparationszahlungen für die Verwüstungen, die faschistische deutsche Truppen im überfallenen Albanien während des Zweiten Weltkrieges angerichtet haben. Die Bundesrepublik bezeichnet sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Richtig ist daran soviel, daß der westdeutsche Imperialismus ganz auf dem Boden des deutschen Imperialismus steht, der zweimal in diesem Jahrhundert die Welt mit Krieg überzogen hat, während er gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse aufs heftigste ausbeutete und unterdrückte. „Zeri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, schreibt dazu: „Die starrsinnige Haltung Bundesdeutschlands, mit der es sich weigert, den Albanien geschuldeten Schadensersatz zu zahlen, ist nicht losgelöst von seinem allgemeinen politischen Kurs, den es seit seiner Entstehung verfolgt, von seinen Bemühungen, erneut eine Großmacht zu werden wie zur Kaiser- und Hitlerzeit."

1,2 Millionen DM Forschungsgelder für die Uhrenkapitalisten

Fünf der größten deutschen Großuhrenhersteller haben sich zu einem „Arbeitskreis Uhren" zusammengeschlossen. Ziel der Kooperation sind gemeinsame Arbeiten auf dem Gebiet der Elektronik-Entwicklung. Nach Abschluß der Arbeiten (elektrische Schwingungen in mechanische Bewegungen umzusetzen) ist daran gedacht, gemeinsam zu produzieren. Die Bundesregierung belohnt dieses Vorhaben mit einer Beteiligung von 1,2 Millionen DM für das gemeinsame Forschungsvorhaben. So wird den Kapitalisten ein Großteil ihrer Entwicklungskosten direkt vom Staat übernommen, damit die Kapitalisten wieder Lust am Investieren bekommen und gegenüber der ausländischen Uhrenindustrie sich durchsetzen können. (Alle Angaben nach „elektronik-zeitung" Nr. 7/76)

Sorgen der Bourgeoisie

Als „äußerst bedenklich" bezeichnete der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium auf dem deutschen Steuerkongreß die Forderungen der Länder der Dritten Welt nach Streichung ihrer Schulden, wie sie gegenwärtig auf der Welthandelskonferenz in Nairobi erhoben wird. Für couponschneidende Bourgeois ist es eine Vorstellung beim Weltuntergang, wenn ihnen die Besitztitel auf die Produkte von fremder Arbeit genommen werden. Das „Handelsblatt" berichtete, daß noch heute unter den Bourgeois die Anteilsscheine an China-Anleihen aus der Zeit vor der Revolution gehandelt werden; Erinnerungen an ihre schon untergegangene Welt.

US-Präsidentschaftswahlen

Die Finanzbourgeoisie testet ihre Kandidaten

„In der Politik bleibt Amerika ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten." So kommentierte die „Zeit" letzte Woche den Verlauf der Vorwahl zur US-Präsidentschaftswahl. Sie meint damit die „überraschenden" Wahlsiege Reagans über den Präsidenten Ford und Carters über seine Mitbewerber von der Demokratischen Partei, insbesondere den Senator Jackson.

Das Loblied, welches die Wochenzeitung „Die Zeit" anläßlich der Vorwahlen auf die „amerikanische Demokratie" von sich gibt, sucht zu verdecken, was es mit dieser amerikanischen Bourgeois-Demokratie auf sich hat. Nicht nur ist der bürgerliche Staatsapparat wie überall, wo er existiert, Gewaltorgan der besitzenden und aneignenden Klasse gegen die hervorbringende Klasse. Die US-Finanzbourgeoisie unterstellt darüberhinaus das allgemeine Stimmrecht derart unverhohlen der Herrschaft des Geldsacks, wie sie es sich in Ländern wo die Arbeiterbewegung eigene politische Parteien hervorgebracht hat, niemals erlauben könnte. Tatsächlich kann man verfolgen, wie die US-Finanzbourgeoisie große Summen aufwendet, um zu testen, welchen ihrer Vertreter sie zum „Haupt der amerikanischen Milliardäre" (Lenin über den Präsidenten Woodrow Wilson) küren soll. Es geht darum, herauszufinden, welcher Vertreter der bürgerlichen Klasse am ehesten geeignet ist, die Politik des US-Finanzkapitals gegenüber den Massen zu vertreten.

Schon bei der Zulassung zu den Vorwahlen zeigt sich, daß es sich hierbei um ein reines Betätigungsgebiet der bürgerlichen Klasse handelt. Durch Bindung der Kandidatur an hohe Gebühren innerhalb der bürgerlichen Parteien wie an hohe Gebühren für Zulassung zu den Vorwahlen werden unter den Kandidaten jene ausgesiebt, die der Unterstützung durch die Finanzbourgeoisie sicher sind oder selber aus dieser stammen. Und für diese Kandidatur bereitet die Finanzbourgeoisie ihre Kandidaten aufs sorgfältigste vor, und auch beim Spitzenreiter der Demokratischen Partei, dem Großgrundbesitzer Carter, handelt es sich keineswegs, wie die „Zeit" glauben machen will, um „ein völlig unbeschriebenes Blatt", wie man folgendem Zitat der Zeitschrift „Newsweek" entnehmen kann: „Einige Tage nach der Präsidentschaftswahl 1972 wurde dem Gouverneur von Georgia (Carter) ein 70-Seiten-Memorandum vorgelegt, in welchem die Grundzüge niedergelegt waren, um 1976 als Präsidentschaftskandidat der Demokraten nominiert zu werden." So werden diese Präsidentschaftskandidaten von der Finanzbourgeoisie förmlich herangezüchtet und auch im Verlauf der Vorwahlen über das Geld am kurzen Zügel gehalten. Denn die Teilnahme an diesen Wahlen ist teuer und kostet, wie ein Autor errechnet hat, im Schnitt zwischen 20 und 30 Millionen Mark pro Präsidentschaftskandidat.

Derselbe Autor berichtet weiter: „Menschen, die beide einander bekämpfenden Kandidaten finanzieren, sind in der Regel jene, die mehr als 500 Dollar spendieren", woran man sieht, daß sich die besitzende Klasse der USA verschiedene Kandidaten am Zügel hält, die sie gleichermaßen finanziert. Kennedys Wahlkampf 1960 wurde durch solche „Doppelspendierer" zu rund der Hälfte finanziert. Treffend werden diese Präsidentschaftskandidaten daher auch als „dunkle Pferde" in den USA charakterisiert, womit ausgedrückt ist, daß sich das Finanzkapital diese Kandidaten hält und nach Belieben ins Rennen wirft oder aus dem Rennen wieder rauszieht. Die „Neue Zürcher Zeitung" hat den jetzigen Stand der Präsidentschaftvorwahlen unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Abhängigkeit der Kandidaten vom Finanzkapital folgendermaßen charakterisiert: „Jackson ist überhaupt der (finanzielle) Schnauf ausgegangen. Fords Kasse dagegen weist noch einen beträchtlichen Vorrat auf. Carter fließen Gelder zu, weil viele ihn als den zukünftigen Präsidenten sehen."

Warum das US-Finanzkapital stets zunächst mehrere Kandidaten unterstützt, erklärt sich, betrachtet man, welchen Zweck es mit diesen Vorwahlen verfolgt: Es testet, welcher seiner Kandidaten seine Politik am besten vertreten kann und nutzt gleichzeitig diese Vorwahlen zu einem Propagandafeldzug für seine Politik. Das kann man an folgendem Beispiel sehen: In einigen Staaten der USA können sich die Wähler an den Vorwahlen beider, der Demokratischen und Republikanischen Partei, beteiligen, was nichts anderes als eine Methode ist, um den „Beliebtheitsgrad" der verschiedenen Präsidentschaftskandidaten zu erkunden.

Aber nicht nur die Vorwahlen, auch die endgültige Festlegung des Präsidentschaftskandidaten beherrscht das Finanzkapital voll und ganz. Denn nicht auf den Vorwahlen, sondern auf den Nationalkonventen der bürgerlichen Parteien wird festgelegt, wer der endgültige Präsidentschaftskandidat der jeweiligen Partei wird. In Zahlen: 38 % der Delegierten zum Nationalkonvent der Demokratischen Partei bei den 68er Präsidentschaftswahlen waren bereits zwei Jahre zuvor durch Parteigremien gewählt worden, und auch nur ein Teil der in Vorwahlen gewählten Delegierten waren auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt. So entscheiden die Wähler in den Vorwahlen nichts, sondern das Finanzkapital legt auf den Nationalkonventen die endgültigen Präsidentschaftskandidaten fest.

Anläßlich der Nominierung Eisenhowers zum Präsidentschaftskandidaten schrieb 1952 die „New York Times": „Kaum ein Dutzend politischer Führer hat die Lösung wirklich ernsthafter Fragen übernommen. Hunderte von Delegierten des Konvents aber, die sich mit Abzeichen schmücken und Fähnchen schwingen, glauben, daß sie eine bedeutende Rolle spielen: Das, was vor sich geht, geschieht ohne ihre Teilnahme und oft sogar ohne ihr Wissen." Wie Geld und Besitz auf diesem Nationalkonvent die Kandidatur endgültig festlegten, sah dann folgendermaßen aus: „Aldrich kaufte die Stimmen der Delegierten des Staates Oregon für 47000 Dollar. Die Delegierten der Südstaaten verkauften ihre Stimme für je 2500 Dollar. Henry Ford jr. vermachte den Delegierten 150 neue Autos, Ford und der Vizepräsident der General Motors, Harlow H. Curtis, bestachen die meisten Delegierten des Staates Michigan. Die Delegation des Staates Pennsylvanien änderte auf Anweisung Mellons im letzten Augenblick ihre Position. Einer der Delegierten erklärte, die Ergebnisse des Konvents zusammenfassend: Die Milliardäre haben die Millionäre besiegt."

Anders als den Schreiberlingen der bürgerlichen Presse hierzulande kommt es den großen Teil der Massen in den USA nicht in den Sinn, in den Vorwahlen etwas anders als eine Veranstaltung der herrschenden Klasse zur Auswahl ihrer eigenen Kandidaten zu sehen. Im wesentlichen bleibt bei diesen Wahlen das bürgerliche Pack unter sich und die Wahlbeteiligung erreicht nicht einmal die Hälfte der ohnehin schon niedrigen Wahlbeteiligung bei der Präsidentenwahl. Carter, Reagan oder Ford: die Massen wissen, daß es sich hierbei stets um einen Vertreter des Finanzkapitals handelt, das drückt sich in der niedrigen Beteiligung an den Vorwahlen aus. – (e.r.)

Der Paragraf 218 ist verabschiedet, aber nicht durchgesetzt

Am 6. Mai hat der deutsche Bundestag mit absoluter Mehrheit die Neufassung des § 218 beschlossen. Die Sprecher der SPD/FDP-Koalition haben im Bundestag einige Krokodilstränen vergossen. Diese Volksbetrüger wissen, daß mit der jetzigen „Reform" auf Dauer niemand zu täuschen ist.

Schon jetzt, wo das Gesetz sich praktisch noch nicht ausgewirkt hat – was bedeutet, daß sich die Massen noch nicht durch eigene Erfahrung von der Lügenhaftigkeit der SPD/FDP-Propaganda überzeugen konnten – wird das Gesetz von vielen durchschaut und abgelehnt.

„Ja, wir müssen nun endlich zu einer Klärung kommen. (...) An uns hat es also wahrlich nicht gelegen, daß die betroffenen Frauen und Familien, die Ärzte und Gerichte, daß überhaupt die Bevölkerung der Bundesrepublik so lange in einem Zustand der Beunruhigung und Rechtsunsicherheit leben mußten", sagte die SPD-Abgeordnete Helga Timm in ihrer Begründungsrede vor dem Parlament. Und: „Heute muß der deutsche Bundestag noch einmal – ich weiß nicht zum wievielten Male – sich mit der Reform des § 218 beschäftigen – allem menschlichen (und hoffentlich auch politischen) Ermessen nach – auf absehbare Zeit nun endlich abschließend."

Treffender als sie es selber tut kann man die Sorge dieser Bourgeoispolitikerin, daß der Betrug nicht greifen wird, kaum ausdrücken.

Das „menschliche Ermessen" der Helga Timm unterscheidet sich beträchtlich von der Menschlichkeit und dem Ermessen der Arbeiter. Erst jetzt hat wieder der Bezirk Nordrhein der IG Chemie beschlossen, daß an den Gewerkschaftstag der IG Chemie ein Antrag gerichtet wird, der die Beseitigung dieses Paragraphen verlangt.

Es ist wirklich selten in der Geschichte der BRD, daß ein Gesetz, das als glänzendes Reformbetrugsmanöver angelegt war und begonnen hatte, zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung politisch, ideologisch und schließlich auch moralisch so verschlissen war wie das der § 218 heute ist.

„Meine Damen und Herren, in diesem Augenblick habe ich ein Gefühl der Genugtuung, daß wir nun endlich auch die strafrechtliche Regelung so sachgerecht wie möglich geschafft haben."

Die Volksmassen können das Glücksgefühl, das die Abgeordnete Timm überkommt, wenn „nun endlich auch die strafrechtliche Regelung" geschafft ist, eben nicht teilen. Auch die SPD-Abgeordnete Timm fühlt einen Wermutstropfen. Sie fährt fort: „Gleichzeitig kann ich eine gewisse Bitterkeit nicht verhehlen. Muß denn in diesem Hause so langwierig (fünf Jahre), so schwierig und so erbittert kontrovers verhandelt und schließlich beschlossen werden, wenn es darum geht, für die Frauen eine Strafrechtsreform zu beschließen, die der Verantwortung und der Würde der Frauen in unserer Gesellschaft entspricht!"

Schneller, glatter und vor allem einheitlich hätte es gehen müssen, meint die Frau. Denn nur so wäre gewährleistet gewesen, die Volksmassen zu betrügen, zu täuschen und ihnen ihre Ohnmacht gegenüber einem Parlamentscoup gleichzeitig zu demonstrieren.

Das ist die Sorge der Sozialdemokraten, denen es von vorneherein darum gegangen ist, „für die Frauen eine Strafrechtsreform zu beschließen". Es ist eine denkwürdige Beschreibung der „Würde der Frauen in dieser unserer Gesellschaft", die in einem *Strafgesetz* ausgedrückt wird.

„Die Reform des § 218 stellt einen weiteren Schritt in Richtung auf mehr Liberalität in unserer Gesellschaft dar." So umschreibt der Sprecher der FDP, von Schöler, das reaktionäre Machwerk.

Die Bestrafung der Abtreibung wird „liberal", „menschlich" und „würdig" sein. Das Gesetz, wodurch dieser Liberalismus, diese Menschlichkeit in Gang gesetzt wird, ist jetzt rechtsgültig.

Es muß aber erst noch durchgesetzt werden. Die Staatsanwälte, die Polizisten, die Richter werden jetzt in Gang gesetzt.

In den Jahren von 1964 bis 1973 ist die Zahl der lebend geborenen Kinder je tausend Frauen von rund 81 auf rund 51 zurückgegangen. Das bedeutet einen Bevölkerungsrückgang. Die Bourgeoisie erregt sich.

Aber genausowenig wie der Rückgang des Verbrauchs der Massen an Obst und Fleisch ausdrückt, daß die Massen nicht gerne essen, läßt der Geburtenrückgang darauf schließen, daß die Arbeiterklasse es aufgeben wolle, an der Fortpflanzung teilzunehmen. Das eine ist ein menschliches Bedürfnis wie das andere.

Es ist bloß wahr, in dem ersten Falle kommt heraus, daß die Bourgeoisie den Arbeitern, die ganze Gesellschaft ernähren, die Löhne auf ein solches Niveau gedrückt hat, daß sie am Essen sparen müssen, im zweiten Falle, daß die Arbeiterklasse von dem natürlichen Bedürfnis der Fortpflanzung ausgeschlossen ist, weil sie die Kosten nicht tragen kann.

Das sind die Tatsachen, und die Bourgeoisie kennt sie. Neben der Polizei, die sie von 1960 bis 1974 um 28,5 Prozent aufgestockt hat, wurden zum Beispiel auch die Staatsanwälte von 2 562 im Jahre 1971 auf 2 722 im Jahre 1975 gesteigert. Die Staatsanwältinnen wurden im gleichen Zeitraum von 147 auf 277 verdoppelt. Man irrt sich nicht, diese Bourgeoisfrauen werden gebraucht, um der Anklage und Verurteilung Jugendlicher das rechte Flair von Mütterlichkeit zu geben wie zum Beispiel der Verurteilung von Frauen wegen § 218 das rechte Maß an weiblicher Solidarität.

Die Bourgeoisie ist durch und durch reaktionär. Sie rüstet sich. Das ist eine bittere Tatsache.

Erfreulich jedoch ist, die Arbeiterklasse, die erkennt, daß die Bourgeoisie reaktionär ist, schließt sich zusammen, um den Kampf gegen die Reaktion schlagkräftig führen zu können.

Der baden-württembergische Wahlkampf stand im Zeichen des Neuaufschwungs der Massenbewegung und der verschärften Reaktion der Bourgeoisie

In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3, Mai 1976
zu beziehen für 2,00 DM über
Buchvertrieb Hager
Postfach 5129
6800 Mannheim

Von den absoluten Parlamentsmehrheiten lassen sich die Arbeiter nicht beeindrucken. Genausowenig wie von den ewigen Werten der Menschheit, die das Bundesverfassungsgericht strapaziert hat. Während in den Bourgeoiskreisen noch mit Weihrauch gewedelt wird, beraten die Arbeiter nüchtern, wie sie das Gesetz gegen die Machenschaften der Reaktion zu Fall bringen können. (mf)

Weg mit der Isolations- und Vernichtungshaft!

Am 10. Mai kam in Stuttgart-Stammheim die Anarchistin Ulrike Meinhof gewaltsam zu Tode. Die Staatsanwaltschaft behauptet Selbstmord. Mißhandlung politischer Gefangener ist in der BRD an der Tagesordnung. Die herrschende Klasse greift gegenüber ihren politischen Gegnern zu den perfidesten Methoden.

Über 600 demonstrierten am Montag in Frankfurt, die Polizei ging brutal gegen die Demonstration vor und beklagt sich jetzt über ihre eigenen Verletzten. Am Dienstag zogen 250 Personen in einem Protestzug von der Stuttgarter Innenstadt nach Stammheim, wo der Prozeß gegen die RAF weitergeführt wurde. Das Gericht hat den Antrag der Verteidigung abgelehnt, wegen des Todes von Ulrike Meinhof den Prozeß zu unterbrechen. Das Gericht sieht den Tod von Ulrike Meinhof offensichtlich als so selbstverständlich an, daß es einfach zur Tagesordnung übergeht.

Gegen die Isolationshaft, die selbst nach Ansicht bürgerlicher Professoren nach gewisser Zeit den Menschen ruinieren und zum Tode führen kann, gab es schon vor zwei Jahren, als diese Methode von der herrschenden Klasse an den Angehörigen der RAF erstmals erprobt wurde, heftige Proteste. Deswegen kam es in vielen Städten nach dem Bekanntwerden des Todes von Ulrike Meinhof zu spontanen Demonstrationen, in denen die Forderung nach Abschaffung dieser Isolations- und Vernichtungshaft bekräftigt wurde.

Die RAF-Gefangene Ulrike Meinhof ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag in ihrer Zelle ums Leben gekommen. Wie, ist ungeklärt. Der Staat setzt seine Lügenmaschine in Gang. Justizminister Bender behauptete am Montagabend in „Report", Frau Meinhof habe in jüngster Zeit keinen Antrag auf Änderung der Haftbedingungen gestellt. Das Gegenteil ist wahr: Vor knapp drei Wochen hat der Verteidiger von Meinhof beantragt, sie in den normalen Vollzug einzubeziehen, wenn das nicht möglich sei, sie mit einer größeren Zahl von RAF-Gefangenen zusammenzutun, kurz, ihre Isolation aufzuheben.

Im November 1975 hatte der Vorsitzende des Oberlandesgerichts-Senats nach dem Ausschluß der Gefangenen von der Hauptverhandlung deren Isolationshaft „abschließend" geregelt. Dabei hat sich Prinzing auf Gutachten berufen, die genau das Gegenteil fordern: Aufhebung der Isolation.

„Nach der umfangreichen ... Literatur, die zu diesem Thema vorliegt, ist die Isolierung eines Menschen allein geeignet, tiefgreifende Beeinträchtigungen seiner psychischen und physischen Verfassung zu erzeugen. ... Aus psychiatrisch-psychologischer Sicht ist anzumerken, daß die für die Angeklagten gegebenen Haftbedingungen der Einleitung einer angemessenen Behandlung entgegenstehen bzw. evtl. zu einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustandes führen." (Professor Rasch, Berlin)

Am deutlichsten hat ein Gutachter der Kaiserslauterner RAF-Gefangenen die Gefahr ausgesprochen: „Werden die Haftbedingungen nicht geändert, wird es sicherlich (!) zu lebensbedrohlichen Zuständen kommen" (Stöwsand, Gutachten vom 11.12.75).

Prinzing hat diese Gutachten wie ihre Verfasser aus der Hauptverhandlung ferngehalten. Stets gedeckt durch höchste Funktionäre des Staatsapparates hat er im folgenden nicht nur die Anträge der Verteidigung auf Hafterleichterungen abgelehnt, sondern z.B. auch die Bitte des Anstaltsarztes, die Zeit des Zusammenseins der vier Gefangenen von zwei auf vier Stunden zu erhöhen. Begründung: „Schwierigkeiten mit den übrigen Häftlingen".

Der Bitte war auch die Anstaltsleitung, d.h. der Justizminister unterstellt, entgegengetreten: „Es erscheint unerfindlich, warum nun die Haftbedingungen erneut geändert werden sollen. Ein echter Gesundheitswille, wie ihn unser Anstaltsarzt glaubt annehmen zu können, scheint u.E. kein ausreichender Grund hierfür zu sein. ... Den anderen Gefangenen gegenüber könnte eine erneute Hafterleichterung nicht mehr überzeugend begründet werden ... würden erhebliche Störungen der Anstaltsordnung (evtl. durch Zusammenrottungen, Gefangenenmeutereien, Arbeitsniederlegungen oder Sitzstreiks in den Werkbetrieben) fast mit Sicherheit zu erwarten sein."

Am Sonntag waren in der Stammheimer Anstalt sämtliche Radios abgestellt. Erst nach Einschluß der ca. 800 Gefangenen in ihre Zellen am späten Nachmittag durften sie die Nachricht vom Tod Meinhofs empfangen. Die erste Reaktion der Gefangenen war Geschrei, womit sich die Gefangenen über ihre Zellen hinweg zusammenschließen. Bender mußte eine Zusammenrottung von „50 bis 60" Gefangenen zugeben. Dabei seien auch Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen erhoben worden. Damit war die Lüge vom Protest der Gefangenen gegen angebliche „Vergünstigungen" für Häftlinge der RAF geplatzt. Die Rebellion in Stammheim gegen die Haftbedingungen ist jetzt allgemein. – (ab)



Oberbürgermeisterwahl in Heidelberg. Die bürgerlichen Parteien, von CDU bis SPD, hatten sich auf einen Kandidaten geeinigt. Der kommunistischen Stadträtin Rosenbaum hatten sie die Kandidatur verboten. Der KBW hatte zum Boykott der Wahl aufgerufen. 51,1 Prozent kamen zur Wahl, 5,5 Prozent weniger als bei der letzten Wahl. Knapp 80 Prozent von ihnen wählten den bürgerlichen Einheitskandidaten Zundel, der damit nur die Stimmen bekam von 40 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. – Bis Sonntag hatten in Heidelberg 4000 durch ihre Unterschrift die Forderung nach Zulassung der kommunistischen Kandidatin unterstützt. Fast 200 haben noch vor den Wahllokalen am Sonntagvormittag kehrt gemacht und sich am Boykott beteiligt. Jedes Wahllokal war von Polizei besetzt. Wer den Boykott aktiv vor den Wahllokalen unterstützte, wurde von Polizeitrupps angegriffen (siehe Bild). Am Nachmittag des Wahlsonntags protestierten 550 gegen die Bourgeoiswahl in einer Demonstration in der Innenstadt.



Der Kampf der Drucker ist gerecht, die Kapitalisten müssen zahlen

„Unabdingbare Voraussetzungen": Spaltung der Arbeiterklasse?!

Der Kampf der Druckarbeiter gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter straft das Gerede von der Klassenversöhnung Lügen. Er ist ein Klassenkampf. Die Drucker haben die Lasten der kapitalistischen Konkurrenz bis zur Neige zu tragen gehabt. Zehntausende wurden hinwegrationalisiert. Wer in Arbeit bleibt, wird dermaßen ausgepreßt, daß die reduzierte Anzahl immer noch mehr produziert als vorher.

Detlef Hensche, Chefredakteur des Zentralorgans der IG Druck, versucht in einem Interview mit den „Spiegel"-Leuten, Verständnis für die Lage der Drucker zu erzielen. Der „Spiegel" fragt zurück: „Das ist doch ein durch-

---

Antwort auf eine Propaganda-Broschüre der Druckkapitalisten

Das Märchen von der Bezahlung „nichtgeleisteter Arbeit" oder: Wer lebt von wessen Arbeit?

In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3, Mai 1976

zu beziehen für 2,00 DM über

Buchvertrieb Hager
Postfach 5129
6800 Mannheim

---

aus erwünschter Produktivitäts-Fortschritt. Oder haben Sie etwas gegen Rationalisierung?" Die Bourgeois wissen, worüber sie reden. Die Rationalisierung wird im Kapitalismus durch die Konkurrenz hervorgetrieben. Die Kapitalisten rationalisieren, weil sie den Profit steigern wollen. Andere Gründe gibt es nicht. Den Profit können die Kapitalisten bloß steigern, indem sie aus den Arbeitern mehr Arbeit herauspressen. Deswegen ist die Geschichte des Kapitalismus die Geschichte der gesteigerten Auspressung der Arbeitskraft.

Hensche antwortet: „Nein, das wäre Unsinn. Die Gewerkschaften sind nie Maschinenstürmer gewesen. Ich halte Rationalisierung für sinnvoll und notwendig." Die Maschinenstürmerei war die erste Reaktion der ruinierten Handwerker auf ihre Ausbeutung. Sie war die allererste Rebellion gegen eine Gesellschaft, von der Friedrich Engels sagt: „Nicht die Produzenten beherrschen die Produktionsmittel, sondern

war die allererste Rebellion gegen eine Gesellschaft, von der Friedrich Engels sagt: „Nicht die Produzenten beherrschen die Produktionsmittel, sondern

die Produktionsmittel beherrschen die Produzenten." „In einer solchen Gesellschaft schlägt jeder neue Hebel der Produktion notwendig um in ein neues Mittel der Knechtung der Produzenten unter die Produktionsmittel."

Die Ideen des Detlef Hensche gehen weit hinter das zurück, was die Arbeiterbewegung schon während der Phase der Maschinenstürmerei erkannt hat. Daß die gesteigerte Verausgabung der Arbeitskraft nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wettgemacht werden kann. Das war eine bittere Lehre. Hensche wirft sie bedenkenlos weg: Rationalisierung ist tragbar, wenn als „erste unabdingbare Voraussetzung" die Belegschaft mitentscheiden kann, „zu welchem Zeitpunkt rationalisiert wird". Das ausgerechnet in der Druckindustrie, wo die Überstundenschinderei dazu führt, daß man mit vierzig kaputt ist. Statt der einfachen und klaren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Überstundenverbot setzt der Reformist etwas Verschwommenes wie Mitentscheidung, wenn rationalisiert wird. Die kapitalistische Rationalisierung verlangt nicht nach Mitentscheidung. Sie verlangt nach einer *Antwort*. Diese Antwort geben die Drucker den Kapitalisten im Kampf. Dies will Hensche nicht.

Die „zweite unabdingbare Voraussetzung" ist „langfristige Investitions- und Personalplanung". Die ist ganz gefährlich. Solang die kapitalistische Konkurrenz besteht, läuft jede langfristige Investitionsplanung in einer Fabrik unter der Herrschaft eines Kapitals darauf hinaus, daß die Arbeiter sich mit ihrem jeweiligen Ausbeuter zusammenschließen, um Marktstrategien gegen die anderen zu planen. Dabei macht der Zusammenschluß der Arbeiter über die Schranken des einzelnen Kapitals hinweg das Wesentliche der Gewerkschaft aus. Man stelle sich das bloß im gegenwärtigen Streik vor: Man setzt sich mit den Kapitalisten zusammen und macht langfristige Investitionsplanung. Das wäre ganz gewöhnliche Spaltung. Passend schlägt Detlef Hensche auch noch vor, die Arbeiter sollten die dabei nötige Personalbereinigung selber vornehmen.

Warum predigt Hensche, der in der IG Druck und Papier als „links" gilt, so offenbar reaktionäres und direkt schädigendes Zeug? Er tut es, weil er nicht einsehen will, daß die Befreiung der Arbeiterklasse die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die Aufhebung des Privateigentums und die Planung der Produktion im Interesse der Produzenten zur unabdingbaren

bürgerlichen Staatsapparates, die Aufhebung des Privateigentums und die Planung der Produktion im Interesse der Produzenten zur unabdingbaren

Voraussetzung hat.

In einer solchen Gesellschaft wird dann freilich kein Platz sein für Ideologen, die der verkommenen herrschenden Klasse auf ihrem Sterbebett das Händchen halten. Vielleicht ist das der Grund. – (hjh)



In Köln gingen am 10.5. die Mitglieder der IG Druck und Papier in starken Diskussionsgruppen in die Innenstadt und die verschiedenen Stadtteile. Die Trupps haben Informationsmaterial verteilt und die Diskussion gesucht. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß viele auf ihrer Seite stehen. Wo die Hetzpropaganda gegen den Kampf der Drucker Wirkung gezeigt hatte, wirkte oft die Darstellung der gerechten Forderungen der Druckarbeiter überzeugend.



Die Streikversammlungen in vielen Städten haben die Fortsetzung des Vollstreiks beschlossen. Ohne die Entschlossenheit der Arbeiter, den Streik zum Erfolg zu führen, wäre er von den Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung schon längst ruiniert worden. (Streikversammlung im Gewerkschaftshaus Mannheim)



Die Kapitalisten versuchen, die Streikfront mit allen Mitteln zu brechen. Sie setzen Lehrlinge als Streikbrecher ein und nutzen deren rechtlose Lage, um Lehrlinge zu entlassen, wenn sie sich am Streik beteiligen. Das Streikrecht der Arbeiter wird von der Staatsmacht angegriffen. In vielen Städten versuchte Polizei den Weg für Streikbrecher-„Notausgaben" freizuprügeln, so in Westberlin, Reutlingen, Darmstadt, Recklinghausen und Dortmund. (Protest gegen Entlassung von Lehrlingen in Westberlin)



Der Streik der Drucker findet breite Unterstützung. Studenten führten Geldsammlungen zur Unterstützung des Streiks durch. In Frankfurt überreichten sie der Streikleitung 900 DM.

Was verdienen die Drucker?

„Die Druckarbeiter verdienen Unsummen" – das ist der Schlachtruf, mit dem die bürgerliche Presse den Lohnkampf der Drucker für 9 %, mindestens 140 Mark gegen die Kapitalisten bekämpft. Schon bei rascher Nachprüfung, allein gestützt auf das Material des Statistischen Bundesamtes, erweist sich das als Lüge.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden vom Oktober 1975 beträgt der Bruttowochenlohn in der Druckindustrie 456 DM. Davon gehen ab (Lohnsteuerklasse III, 2): Lohnsteuer 51,83 DM, Kirchensteuer 1,90 DM, Arbeitslosenversicherung 6,84 DM, Krankenkasse 27,36 DM und Rentenversicherung 41,04 DM, sodaß dies netto einen Wochenlohn von 327,03 DM ergibt. Es ist sowieso schon penetrant, daß die Kapitalisten das als „hohen Lohn" bezeichnen. Die geben das für ein Abendessen aus. Jedoch: Keine der Frauen in der Druckindustrie erreicht diesen Durchschnittsbruttolohn. 2,3 % kommen etwa auf 400 Mark brutto, 11,8 % erhalten 310 DM und 5,8 % erhalten 283 DM brutto (die Prozentzahlen bezogen auf alle Arbeiter). Bei den Druckarbeitern verdienen 56,8 % etwa 516 DM brutto, alle anderen liegen unter dem durchschnittlichen Bruttowochenlohn von 456 DM. Etwa 25,2 % verdienen unter 400 Mark brutto in der Woche.

Nach dem Tarifvertrag vom 1. April 1975 zwischen der IG Druck und Papier und dem Bundesverband Druck beträgt der Ecklohn 9,00 DM. Darunter liegen fünf Hilfsarbeiterlohngruppen, wobei die höchste (V) 7,97 DM erhält, die unterste (I) 6,44 DM. Eine Erhöhung um 5,9 %, wie die Kapitalisten sie zuletzt erzwingen wollten, würde in der untersten Lohngruppe 66 Mark brutto (43 Mark netto) bringen. Auf den Ecklohn 92 Mark brutto (60 Mark netto). Ein Fachhilfsarbeiter in der Lohngruppe V bekäme 81 Mark brutto und 53 Mark netto. Allesamt also Beträge, die bei weitem nicht die gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgleichen.

Schon dies wird alles von der bürgerlichen Presse verschwiegen. Dafür ist sie auch da. Wie es sich mit den „überhöhten Löhnen" verhält, können wir am Beispiel eines Frankfurter Betriebs mit 70 Beschäftigten (56 Arbeiter, 14 Angestellte) sehen. Unter den Arbeitern sind 25 Facharbeiter mit Ecklohn 9,00 DM. Der Facharbeiter hat eine Frau, die nicht arbeitet, weil zwei kleine Kinder da sind. Zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft und zum Unterhalt der gesamten Familie braucht er netto 1900 bis 2000 Mark (brutto 2900 bis 3000). Dazu macht er pro Woche mindestens 10 Überstunden, pro Monat mindestens 40 Überstunden und kommt auf eine Gesamtarbeitszeit von 173 plus mindestens 40 Überstunden ist gleich 213 Stunden.

„Extrem hoch" ist in der Druckindustrie bloß die Überstundenschinderei und damit der Verschleiß der Arbeitskraft. Ein Offsetdrucker in einem Speyerer Betrieb mit 490 Beschäftigten (von diesen erhält höchstens ein Drittel den Tarifecklohn oder mehr): Er bringt 3200 brutto nach Hause, hat eine Frau und Kind. Der Druckbetrieb druckt die Regenbogenpresse, Duden und Werbeprospekte. Die Aufträge sind zur Zeit reichlich. In den letzten Jahren wurde die Belegschaft ständig reduziert und wurde rationalisiert. Der Kapitalist dehnt den Arbeitstag rücksichtslos aus: Der Offsetdrukker macht 20 mal im Monat zweieinhalb Überstunden und zweimal im Monat je 11 Stunden samstags und sonntags hinzu. Er kommt so im Monat auf 267 Stunden. In manchen Monaten ist an jedem Wochenende samstags und sonntags Zusatzschicht.

Die Kapitalisten in der Druckindustrie haben Überstunden, Nachtschicht, Samstags- und Sonntagsarbeit zur festen Einrichtung gemacht. Bekannt ist, daß es fast unmöglich ist, einen Rotationsdrucker über 40 Jahren zu finden. Die Drucker kämpfen um eine Forderung, die grad verhindert, daß die relative Verelendung sich beschleunigt und Teile von ihnen absolut gedrückt werden.

Melsungen. Am Freitag Morgen (7. Mai) fand in Melsungen, wie in vielen anderen Städten, eine Streikversammlung statt, an der etwa 100 Kollegen aus vier Betrieben teilnahmen. Gleich zu Beginn wurde berichtet, daß von der Geschäftsleitung der Druckerei Gutenberg, die wie alle anderen Druckereien am Ort bestreikt wird, **zwei Lehrlinge fristlos gekündigt** worden sind. Sie hatten wie die anderen Lehrlinge in den übrigen Betrieben sich auch am Streik beteiligt. Die Geschäftsleitung beruft sich dabei auf das Betriebsverfassungsgesetz, wonach die Lehrlinge nicht streiken dürfen. Das Gesetz soll den Kapitalisten nützen, die Lehrlinge als Streikbrecher einzusetzen. Gleichzeitig sollte der Betriebsrat reglementiert werden, der den Streik der Lehrlinge begrüßt hatte. Dies löste allgemeine Empörung unter den Kollegen aus. Es wurde den Kollegen klar, daß das ein Angriff auf die Geschlossenheit der Kampffront war. Aus diesem Grunde wurde der Vorschlag mit Beifall angenommen, den Gutenberg-Betrieb solange zu bestreiken, bis die Lehrlinge wieder eingestellt werden, auch noch über den Tarifstreik hinaus, falls das nötig ist.

Westberlin. Mit massivem **Polizeieinsatz** gegen streikende Druckarbeiter ist bei der Mercator-Druckerei Freitagnacht von den Kapitalisten die Auslieferung einer „Notausgabe" erzwungen worden. 300 Arbeiter hatten alle drei Ausfahrten verbarrikadiert und geschlossene Reihen gebildet. Sprechchöre wurden gerufen: „Hier kommt keiner durch!", „Gemeinsam sind wir stark für 140 Mark!". Als die Polizei durchs Megaphon plärrte: „Hier spricht die Polizei", riefen einige hundert Arbeiter zurück: „Hier spricht die Druckerei – weg mit der Polizei!" – Die Polizei rannte dreimal vergeblich an, bis sie schließlich große Mengen eines Kampfgases unter die Arbeiter warf und sie dann mit Schlagstöcken auseinandertrieb. „Ich tret aus der SPD aus!", „Wir sollten dem Schütz die leeren Gaspatronen auf den Schreibtisch knallen", war zu hören. Schon seit dem ersten Polizeieinsatz hängt am Tor von Mercator ein Transparent: „Den Unternehmern hilft das Geld und der Staat, die Arbeiter helfen sich selbst".

Düsseldorf. Auf der Streikversammlung der IG Druck am 11.5. mit 1000 Teilnehmern gab es immer dann großen Beifall, wenn gesagt wurde, daß diese grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit die Pressefreiheit der Kapitalisten sei, ein Machtinstrument, um Lügen zu verbreiten und die Arbeiter zu diffamieren. Und daß man diesen Lügen in der gesamten bürgerlichen Presse keinen Glauben schenken dürfe. – Bei der „Rheinischen Post" bekamen mehrere Angestellte, die sich mit dem Streik der Drucker solidarisiert hatten, eine fristlose Entlassung und Hausverbot. Einhellig wurde der Aufforderung zugestimmt, daß keiner bis zur Aufhebung dieser Kündigung die Arbeit bei der „Rheinischen Post" wiederaufnimmt.

ten, eine fristlose Entlassung und Hausverbot. Einhellig wurde der Aufforderung zugestimmt, daß keiner bis zur Aufhebung dieser Kündigung die Arbeit bei der „Rheinischen Post" wiederaufnimmt.

Krefeld. Bei der Firma Knäpper mit 40 Beschäftigten drohte am Montag der Kapitalist mit der Schließung des Betriebes. Das hatte die Kollegen so eingeschüchtert, daß sie die Arbeit wieder aufnahmen. Am Dienstagmorgen versammelten sich vor dem Betrieb einige Journalisten, die sich mit dem Streik der Drucker solidarisierten und mit ihnen längere Zeit diskutierten. Daraufhin kam der Kapitalist vorgefahren und rannte mit einem Hammer auf einen Journalisten zu, schlug auf ihn ein. Ein Kollege, der zu Hilfe kam, wurde ebenfalls verletzt. Der Kapitalist beschimpfte die Kollegen mit Ausdrücken wie: „Judenschwein, Gewerkschaftssau, 3,50 sind noch zu viel für euch, Kommunistenschweine" usw. Belegschaftssprecher erklärten auf der Streikversammlung in Düsseldorf, wie würden sich dagegen geschlossen zur Wehr setzen.

Frankfurt/M. 600 bis 700 Studenten nahmen an einer Versammlung in der Universität zum Druckerstreik teil. Einige Druckarbeiter legten die Streiksituation dar. 900 DM wurden gesammelt. Die Studenten solidarisierten sich einstimmig mit dem Streik der Drucker.

Dortmund. In der Nacht vom 10. auf den 11.5. gelang es streikenden Arbeiter, die Auslieferung einer Notausgabe der „Ruhrnachrichten" bei der Druckerei Lensing zu verhindern. Im ersten der ausliefernden LKWs saß der Kapitalist Lensing, als Arbeiter verkleidet. Als die LKWs nicht herausgelassen wurden, rief er die Polizei zur Hilfe. Die bekam etwa 40 Mann zusammen. Die Arbeiter verstärkten sich aus benachbarten Druckbetrieben auf 80. Die Polizei versuchte einen Knüppeleinsatz, was einige Polizisten mit Prügeln büßen mußten, insbesondere der Einsatzleiter.

Hamburg. Streikversammlung der Drucker am 11.5. beschließt Vollstreik, Demonstration am Donnerstag! Nach der Aufhebung des Vollstreiks durch die zentrale Streikleitung wurde die Streikführung in die Hände der örtlichen Streikleitungen gelegt. Die mit 1200 Teilnehmern bisher stärkste Streikversammlung wies den Vorschlag von Schwerpunktstreiks zurück und forderte Fortsetzung des Vollstreiks. Am Nachmittag beschloß die örtliche Streikleitung die Fortsetzung des Vollstreiks und für den Donnerstag eine Demonstration der Druckarbeiter entlang der Großbetriebe.

Aufschwung auf Kosten der Arbeiterklasse

„. . .und als wir sahen, im vorigen Herbst,
daß daraus der Aufschwung sich ergeben würde, . . .
feststellten, daß alle Kurven sich zum Teil seit August vorigen Sommers
nach oben bewegen, . . .
da haben wir schon zu jenem frühen Zeitpunkt dafür gesorgt,
daß niemand sich täuschen muß, . . .
als ob die großen zusätzlichen Ausgabenausweitungen des Staats
sich für die Zukunft so fortsetzen würden.
Das war der innere Grund für das Haushaltsstrukturgesetz im vorigen Herbst."

(Helmut Schmidt in der Haushaltsdebatte am 11.5.76)

Nebenstehend haben wir einige der *„Kurven"* zusammengestellt, über die sich der sozialdemokratische Bundeskanzler so begeistert. Die Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Sterbeziffer. Man erkennt ohne Mühen, wie sich die Anzahl der Gestorbenen pro tausend Lebende im Rythmus der kapitalistischen Konjunkturen nach oben verschiebt. Die Daten für 1976 sind leicht vorherzusagen. In diesen Daten ist das ganze reiche Pack von Nichtstuern mitgerechnet, das steinalt wird. Wenn die herrschende Klasse diese Daten für die arbeitenden Klassen erhebt, so verbirgt sie sie gut.

Die Bourgeois werden sich auch über diese „Kurve, die nach oben zeigt", begeistern. Denn wer stirbt, sind die Kranken und Alten. Die Bourgeoisie hat die Versicherungen der Arbeiterklasse in der Hand. Diese Kurve bedeutet eine „Entlastung" für die Krankenversicherung, d.h. eine Möglichkeit zur Bereicherung für Ärzte und Pharmafirmen. Sie bedeutet eine „Entlastung" für die Rentenversicherung und damit die Möglichkeit, die Rentenversicherung zwecks Kapitalistenunterstützung auszunehmen.

Die Kapitalistenklasse hat an der Arbeiterklasse bloß insofern ein Interesse, als sie hinreichend Ausbeutungsobjekte braucht. Ihr ist mit einer schnellen Folge kurzlebiger Generationen geradeso gut gedient wie mit einer langsameren Folge langlebiger.

Die Abbildung 2 zeigt sowohl eine Kurve, die nach „oben" zeigt, wie sie auch eine Kurve zeigt, die „nach unten geht". Die Arbeitsproduktivität ist sprunghaft angestiegen. Das bedeutet, die Verausgabung von Arbeitskraft, die die Arbeiter per Stunde leisten müssen, ist gewaltig gesteigert worden. Nach „unten" zeigt die Kurve, die ausdrückt, welchen Gegenwert die Arbeiter für diese gesteigerte Verausgabung von Arbeitskraft erhalten. Hier ist seit letzten Sommer ein regelrechter Absturz sichtbar. Fürs laufende Jahr liegen die Daten noch nicht vor. Aber, die Fabrikarbeiter wissen, seit Weihnachten ist es erst so richtig angegangen.

Gesunken sind die Krankmeldungen. Erstens hat jetzt jeder Angst, sich krank zu melden. Zweitens haben die Kapitalisten die älteren Arbeiter auf frühe Rente geschoben und die anfälligen entlassen. Um bei VW unterzukommen, muß man eine Gesundheit haben wie ein Fallschirmjäger. Das Kapital verlangt nach kerngesunden Kräften und macht sie früh kaputt und auf Rente.

Eine Kurve, die sich gar nicht bewegt hat im letzten Jahr, ist die Zahl der Arbeitslosen. Jedoch

hat jetzt jeder Angst, sich krank zu melden. Zweitens haben die Kapitalisten die älteren Arbeiter auf frühe Rente geschoben und die anfälligen entlassen. Um bei VW unterzukommen, muß man eine Gesundheit haben wie ein Fallschirmjäger. Das Kapital verlangt nach kerngesunden Kräften und macht sie früh kaputt und auf Rente.

Eine Kurve, die sich gar nicht bewegt hat im letzten Jahr, ist die Zahl der Arbeitslosen. Jedoch

auch hier trügt der Schein. In der Armee der Arbeitslosen steigt die Zahl derer, die schon über ein Jahr keine Arbeit mehr gefunden haben. Sie sind zum Elend verdammt. Auch eine Kurve, die „nach oben zeigt". Gestiegen ist weiterhin der Prozentsatz der Jugendlichen unter 20 Jahren, die arbeitslos sind.

Dieser Tatbestand kann die Freude der Kapitalisten nicht trüben. Ihnen macht es nichts aus, wenn sich unter den Arbeitslosen ein Bodensatz an Hoffnungslosen und Verzweifelten herausbildet. Im Gegenteil, das können sie vielleicht als Reservoir für Streikbrecher benutzen.

Alle diese Tatbestände, und es gibt noch mehr zu veröffentlichen, rühmt der sozialdemokratische Kanzler in seiner Haushaltsrede. Natürlich nicht offen. Er preis den Aufschwung, die Konjunktur, das Netz der sozialen Sicherheit und vor allem die Disziplin der Gewerkschaften. Mit der Disziplin der Gewerkschaften meint Schmidt die Machenschaften seiner Parteifreunde, die die Arbeiter vom Kampf abhalten.

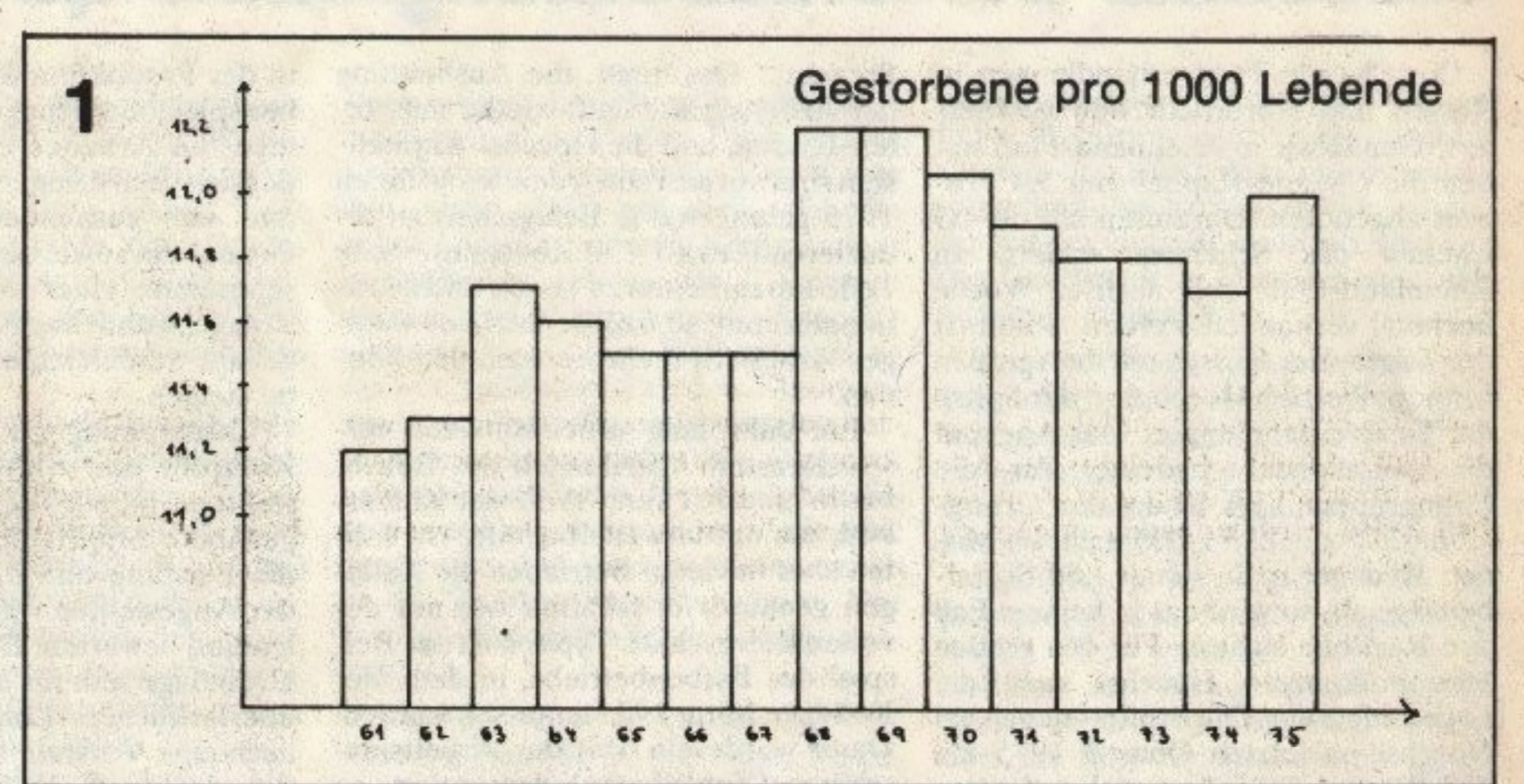
In Westdeutschland herrschen geordnete Zustände, und es ist ein Vorbild für die ganze Welt; so schreibt der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD. Ein Vorbild für die Ausbeuter auf der ganzen Welt.

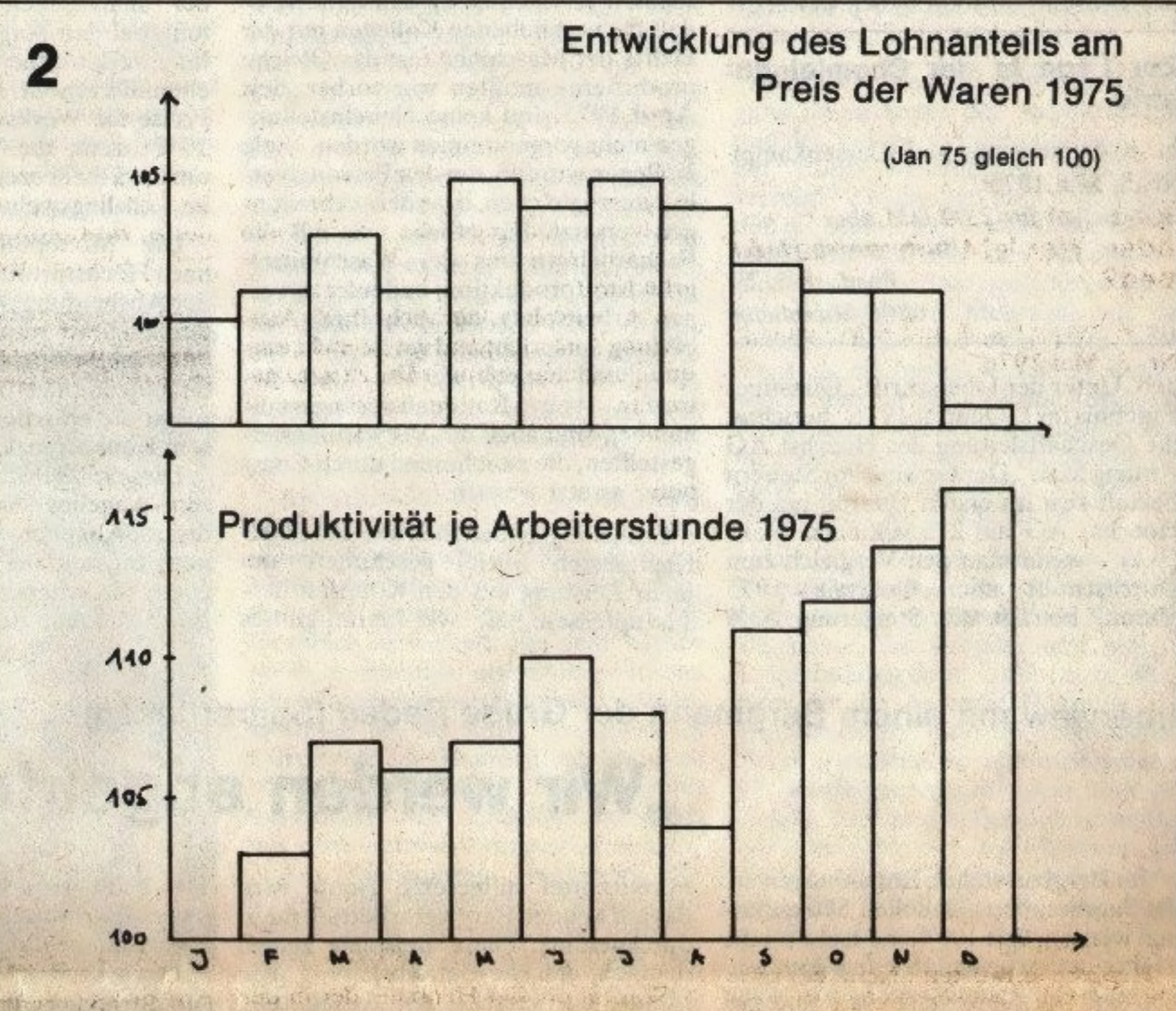
Ist es ein Zufall, daß die russischen Sozialimperialisten ausgerechnet in die Schreibmaschinenfabrik Olympia in Wilhelmshaven ihre Leute schicken, um sie an die Kunst der Schweißauspressung ebenso zu gewöhnen wie diese saubere Kunst zu erlernen? Deutschland (West) ist eben führend in diesen Dingen.

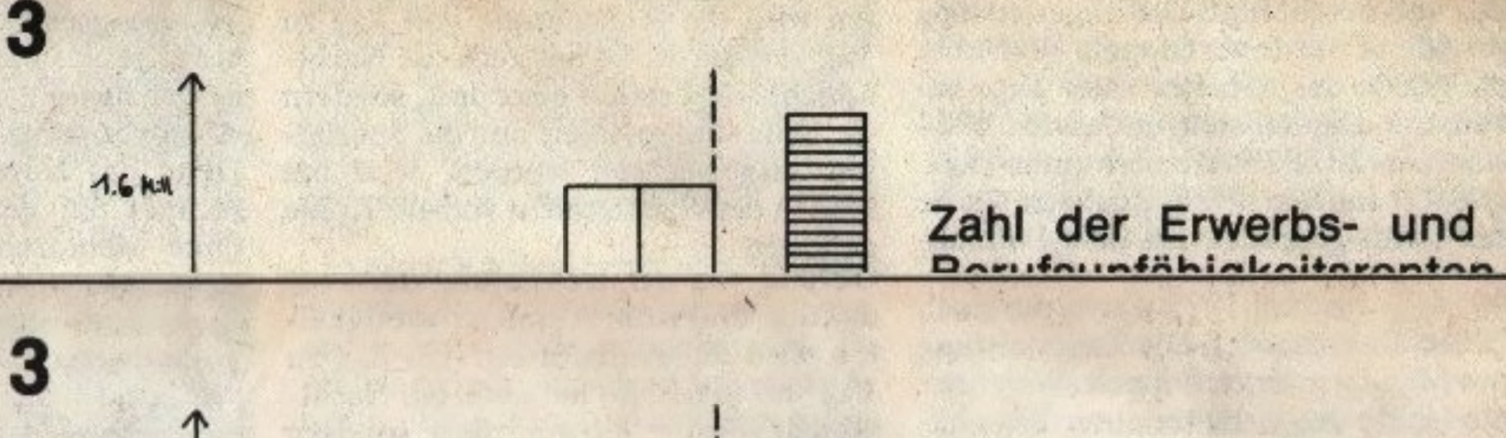
Unter den Arbeitern in den großen Werken breitet sich das Bewußtsein aus, daß es kein Ehrenplatz in der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Geschichte bedeutet, den man heute einnimmt.

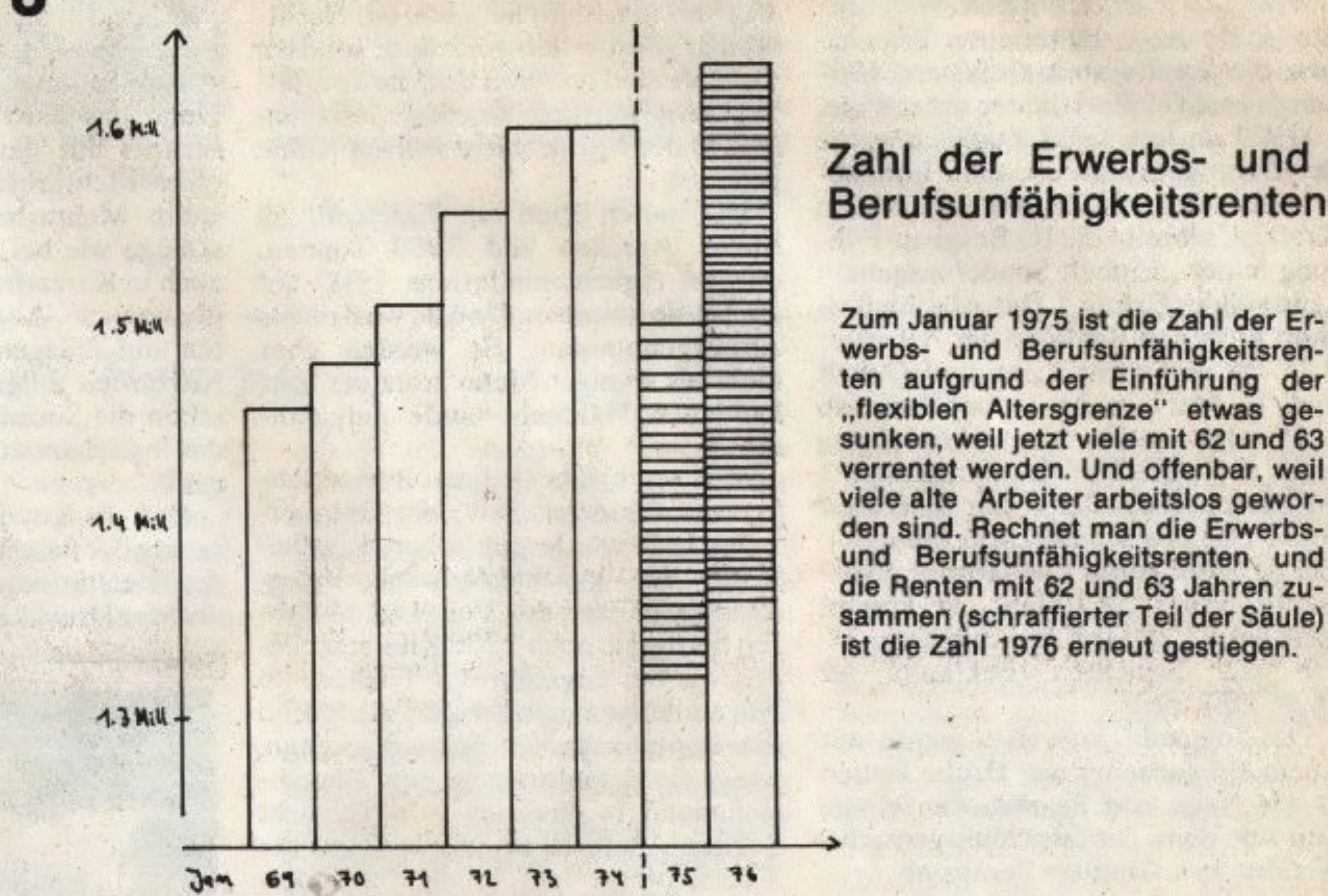
Die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat unternehmen alle Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Kurven wieder nach unten neigen. Dafür müssen die Arbeiter selber sorgen. Das Spiegelbild der Zahlen ist eine anschauliche Beweisführung für die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung: Niemand tritt für die Interessen der Arbeiter ein, wenn es die Arbeiter nicht selber tun. Wenn sie sich von den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft daran hindern lassen, dann zeigen die Kurven nach oben, und die Sozialdemokraten in der Regierung kriegen Beifall von der herrschenden Kapitalistenklasse. Draufzahlen tun dabei die Arbeiter.

weisführung für die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung: Niemand tritt für die Interessen der Arbeiter ein, wenn es die Arbeiter nicht selber tun. Wenn sie sich von den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft daran hindern lassen, dann zeigen die Kurven nach oben, und die Sozialdemokraten in der Regierung kriegen Beifall von der herrschenden Kapitalistenklasse. Draufzahlen tun dabei die Arbeiter.

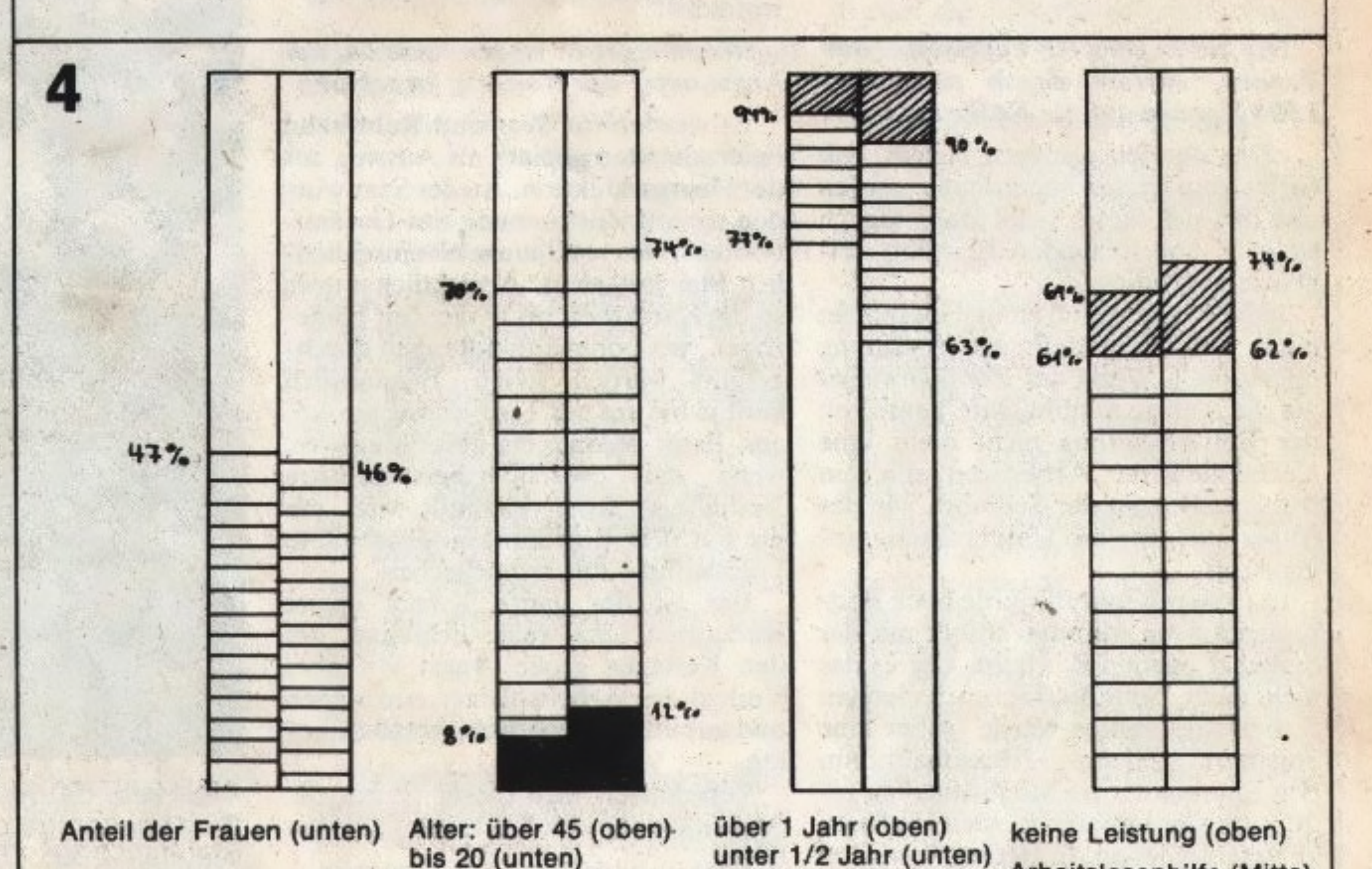








Zum Januar 1975 ist die Zahl der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten aufgrund der Einführung der „flexiblen Altersgrenze" etwas gesunken, weil jetzt viele mit 62 und 63 verrentet werden. Und offenbar, weil viele alte Arbeiter arbeitslos geworden sind. Rechnet man die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten und die Renten mit 62 und 63 Jahren zusammen (schraffierter Teil der Säule) ist die Zahl 1976 erneut gestiegen.



Zusammensetzung des Arbeitslosenheeres

Vergleich von Mai 1974 (linker Teil der Säule), 100 % gleich 457 000, und September 1975 (rechter Teil der Säule), 100 % gleich 1 006 000

„Arbeitszeitordnung"

Die Kapitalistenklasse hat sich Gesetze geschaffen für den Zeitraum, in dem sie die Arbeiter für ihren Profit arbeiten lassen. Mit der „Arbeitszeitordnung" haben sie sich ein Mittel geschaffen, durch das sie die Ausdehnung des Arbeitstages erzwingen können, um auf diesem Weg verstärkt unbezahlte Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszuholen.

Die Arbeitszeitordnung stammt aus dem Jahr 1938 und wurde nach 1945 unverändert übernommen. Wir drucken einige Auszüge daraus ab.

48 Stunden in der Woche

§ 3 Regelmäßige Arbeitszeit Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten.

Diese 8 Stunden am Tag können durch viele Regelungen verlängert werden

§ 4 Andere Verteilung der Arbeitszeit (1) Wird die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen regelmäßig verkürzt, so kann die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Werktage derselben sowie der vorhergehenden oder der folgenden Woche verteilt werden. Dieser Ausgleich ist ferner zulässig, soweit die Art des Betriebes eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit erfordert; das Gewerbeaufsichtsamt kann bestimmen, ob diese Voraussetzung vorliegt.

(3) Die tägliche Arbeitszeit darf bei Anwendung der Vorschriften der Abs. 1 und 2 zehn Stunden täglich nicht überschreiten. Das Gewerbeaufsichtsamt kann eine Überschreitung dieser Grenze zulassen.

Jeden Tag 10 Stunden

§ 5 Vor- und Abschlußarbeiten (1) Die für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung zulässige Dauer der Arbeitszeit darf um zwei Stunden täglich, jedoch höchstens bis zu zehn Stunden täglich in folgenden Fällen ausgedehnt werden:

1. bei Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, soweit sich diese Arbeiten während des regelmäßigen Betriebs nicht ohne Unterbrechung oder erhebliche Störung ausführen lassen,
2. bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebs arbeitstechnisch abhängt.

(2) Beim Zuendebedienen der Kundschaft einschließlich der damit zusammenhängenden notwendigen Aufräumungsarbeiten darf die Arbeitszeit um eine halbe Stunde, jedoch höchstens bis zu zehn Stunden täglich verlängert werden.

(3) Die Arbeitszeit darf in den Fällen des Abs. 1 über zehn Stunden täglich verlängert werden, wenn eine Vertretung des Gefolgschaftsmitgliedes durch andere Gefolgschaftsmitglieder nicht möglich ist und die Heranziehung betriebsfremder Personen dem Betriebsführer nicht zugemutet werden kann.

60-Stunden-Woche

§ 6 Arbeitszeitverlängerung an dreißig Tagen Die Gefolgschaftsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen an dreißig Tagen im Jahr über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich, jedoch nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Bis zu 16 Stunden

§ 10 Ununterbrochene Arbeit Bei Arbeiten, die werktags und sonntags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Gefolgschaftsmitglieder innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens sechzehnstündiger Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden, . . .

VW: Die Arbeit nicht angefangen

Wolfsburg. Am letzten Freitag haben 30 Arbeiter am Passat-Band die Arbeit nicht angefangen und protestierten gegen die ständig wachsende Antreiberei. Am Donnerstag stand das Passatband eine Dreiviertelstunde. Eine Dreiviertelstunde bedeutet etwa 28 Wagen weniger. Doch daran dachten Schichtführer und Meister nicht. Sie wollten den Rückstand bis Schichtschluß weitestgehend aufholen. Die Wut in unserer Arbeitsgruppe war groß. „Notaus" wurde gedrückt, aber es half nichts. Die Meister schalteten sofort wieder an. Wir beschlossen mit einigen Kollegen morgens zu Schichtanfang zum Betriebsrat zu gehen. Am Freitag zu Schichtanfang gingen ca. 30 Arbeiter unserer Gruppe zum Betriebsrat. Das Band mußte angehalten werden. Im Betriebsratsbüro machten wir dem Schichtführer deutlich, daß wir so etwas nicht hinnehmen würden. Nach einer halben Stunde konnte das Band fahren. Um weiter Unruhe zu vermeiden, erließ die Leitung der Halle uns für diesen Tag fünf Wagen. – (w., Betriebszelle VW Wolfsburg)

IG Chemie Tarifrunde: Verhandlungen in Hessen und Nordrhein gescheitert

Hoechst: Die Ausbeutung läuft auf vollen Touren

Die Chemie-Tarifverhandlungen in Hessen und Nordrhein sind gescheitert. Genau wie in Rheinland-Pfalz haben die Chemie-Kapitalisten 5,4 Prozent angeboten. Daraufhin hat die IG Chemie das Scheitern erklärt. In Rheinland-Pfalz soll nächste Woche nochmal verhandelt werden. Somit ist der Tarifbezirk Hessen mit dem großen Monopolbetrieb Hoechst an der Spitze der Tarifverhandlungen. Das Angebot der Kapitalisten bedeutet für die Lohngruppen I bis VI auf den Grundlohn 62,29 bis 71,71 DM mehr im Monat. Rechnet man Steuer und Sozialbeiträge ab, so wird das in keinem Fall den Reallohn sichern. Für den großen Monopolkonzern Hoechst sieht die Lage anders aus. Die Profite stiegen bei Hoechst im letzten Quartal 1975 um 227 Prozent. So soll es auch weitergehen. Unter der Überschrift „Günstiges Ergebnis im 1. Quartal 1976" berichtet die Geschäftsleitung der Hoechst AG Anfang Mai: „Der Gewinn vor Steuern beläuft sich im ersten Quartal bei der Hoechst AG auf 215 Millionen Mark (...) – wenn man den Vergleich zum Durchschnitt aller Quartale 1975 nimmt, beträgt die Steigerung 53,6 Prozent." Das heißt, die Ausbeutung der Arbeitskräfte läuft wieder auf vollen Touren, und die Hoechst-Kapitalisten sind mit sich zufrieden. Es ist ihnen 1975 gelungen,d ie Belegschaft zu reduzieren (etwa 1 700 Kollegen), weite Teile kurzarbeiten zu lassen und zu rationalisieren, so daß sie jetzt aus weniger Arbeitern mehr herausholen können.

Ein Jahr lang arbeiteten die verschiedensten Abteilungen des Betriebes in Hoechst kurz. Trotz der Kurzarbeit, die mittlerweile beendet ist, sollten aber in vielen Betrieben die Kollegen genausoviel schaffen wie mit der vollen Belegschaft. Typisch ist das Beispiel des Farbenbetriebs, in dem vier Kollegen Mitte 1975 entlassen wurden. Dann wurde ein Teil der Arbeitsmaschinen (Zentrifugen) demontiert, so daß die verbliebenen Kollegen mit der Hälfte der Maschinen fast das Gleiche produzieren mußten wie vorher. Seit April 1975 sind keine Neueinstellungen mehr vorgenommen worden. Viele Kollegen wurden, um den Personalverlust auszugleichen, in andere Abteilungen versetzt. Für etliche, wie z.B die Facharbeitern aus der Waschmittelgrundstoffproduktion, bedeutet das einen Arbeitsplatz, der nicht ihrer Ausbildung entspricht und wo sie nicht entsprechend bezahlt werden. Stark betroffen von Rationalisierungsmaßnahmen sind auch die Verwaltungsangestellten, die zunehmend durch Computer ersetzt werden.

Frühzeitig haben sich die Hoechst-Kapitalisten Mittel geschaffen, um mehr Leistung aus den Kollegen herauszupressen. Seit zwei Jahren gibt es in der Produktion die analytische Arbeitsplatzbewertung. Seitdem bekommen die Arbeiter einen Monatslohn, der sich nach ihrem Arbeitsplatz richtet und sich zusammensetzt aus einem Grundlohn sowie der sogenannten Nasenprämie, einer völlig willkürlichen Zulage, womit auch der Bruttolohn abgebaut werden kann, falls die Tariflöhne steigen.

Vorbereitung zu einer genaueren Kontrolle und Antreibung der Angestellten sind auch schon getroffen. Sogenannte Mitarbeitergespräche sollen die Leistung und das Sozialverhalten der Angestellten vergleichend beurteilen und bewerten. Dies soll sowohl die Grundlage sein für die Bemessung der übertariflichen Lohnbestandteile als auch eine Vorstufe für die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung bei den Angestellten. Die Preise für „werkinterne Leistungen" wurden ebenfalls erhöht. Im Januar stiegen die Preise für Werkswohnungen um etwa 10 Prozent, die Essenspreise stiegen um etwa 30 Prozent, ebenso die Mieten im Lehrlingswohnheim.

Die Monopolkapitalisten streben nach Höchstprofiten, die Verschärfung der Ausbeutung, wie sie im letzten Jahr durchgeführt wurde, soll dazu dienen, ihre internationalen Konkurrenzbedingungen zu verbessern. Lohndrückerei ist die entscheidende Waffe in diesem Konkurrenzkampf der Monopole.

Diesem Ziel dient auch das 5-Prozent-Angebot der Kapitalisten. Um dieses Angebot durchsetzen zu können, müssen die Kapitalisten versuchen, die Chemiearbeiter zu spalten. Es wird daher zuerst dort verhandelt, wo die großen Konzerne liegen, in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein. Die Kapitalisten können sich in den Konzernen auf festgesessene sozialdemokratische Betriebsräte und IG-Chemie-Funktionäre stützen, die die Politik der Zusammenarbeit mit dem Kapital unverhohlen betreiben. 1971 wurde in Hessen ein wirksamer Streik verhindert, weil es gelang, Hoechst aus der Streikfront herauszunehmen.

Zu möglichen Streikkämpfen in der Chemie führte ein IG-Chemie-Funktionär in Berlin Ende April auf einer Betriebsversammlung bei Eternit aus: „Wir haben es ja selber nicht gerne, dieses gerade wieder aufblühende zarte Pflänzchen der Wirtschaft durch eine solche Maßnahme zu vernichten." Die Chemiearbeiter lehnen es dagegen ab, sich den Interessen der Chemie-Kapitalisten zu unterwerfen. Schon die aufgestellte Mischforderung stieß bei Hoechst auf Kritik. 30 Kollegen der Abteilung Angewandte Physik protestierten gegen diese Forderung und verlangten eine Festgeldforderung. Das Angebot der Kapitalisten stößt auf Ablehnung, etwa 100 Hoechst-Lehrlinge verurteilten in einer Versammlung das Angebot. – (Hoechst-Zelle Frankfurt/Redaktion)

Zur Lage in der Chemieindustrie

In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3, Mai 1976
zu beziehen für 2,00 DM über
Buchvertrieb Hager
Postfach 5129
6800 Mannheim

Streik in der BASF

Die einzig richtige Antwort

Ludwigshafen. Am Freitag wurde in den Bauten I 400, H 307, H 400 und den umliegenden Zentralwerkstätten gestreikt. Etwa 2000 Arbeiter und Lehrlinge führten eine Versammlung durch und zogen anschließend durchs Werk zum Betriebsrat mit dem Ruf: „Wir bleiben stark, 5,4 Prozent und 50 Mark!". Gestärkt wurde der Kampfwillen durch den Streik der Druckarbeiter. Er hat bei den Chemiearbeitern große Solidarität gefunden. 5 % hatten die Chemiekapitalisten geboten, mittlerweile sind es 5,4 %. Ganz weggelassen haben sie die weiter geforderten 50 Mark.

Am Montag nach dem Streik war Vertrauensleutevollversammlung. Eine Solidaritätsresolution mit den Druckern wurde verabschiedet. Festgehalten wurde, daß die nächste Verhandlung am Mittwoch, den 19. Mai, auch die letzte sein wird. Lange Verhandlungen nützen nur den Kapitalisten. „Wenn die Verhandlungen scheitern, wenn die Kapitalisten uns so kommen, machen wir es wie die Drukker und so wie unsere Kollegen am Freitag", das sagten fast alle Vertrauensleute, die auf der Versammlung redeten.

Anschließend zogen ca. 90 % der Vertrauensleute (etwa 900) durchs Werk zum Bau 1, wo die Geschäftsleitung sitzt, um denen zu zeigen, was gespielt wird. – (i., BASF-Zelle)

Interview mit einem Bergmann der Grube Reden (Saarbrücken)

„Wir werden angetrieben bis zum Letzten"

Im Bergbau stehen Entlassungen an. Im Saarbergbau z.B. sollen 570 entlassen werden. Seit 1964 sind mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze abgebaut und zugleich die Arbeitsleistung pro Mann ständig erhöht worden. Die Zahl der Beschäftigten betrug 1964 noch 405679. Im Juni 1975 waren nur noch 202988 beschäftigt. Die Tagesleistung pro Mann wurde verdoppelt. Weit über die Hälfte der Arbeiter unter Tage haben die Kapitalisten entlassen. 1964 waren es 237329 Arbeiter unter Tage, 109931 im Juni 1975. Zugleich wurde der Lohn gedrückt. Zu dem Lohnabschluß in diesem Jahr, der ab 1. Mai in Kraft ist, schreibt die IG Bergbau-Führung in der „Einheit Sonderausgabe": „Ein solider Erfolg." Der Abschluß sichert nicht den Reallohn der Arbeiter: 5,25 Prozent mehr Lohn und Gehalt und 13 Mark mehr Treueprämie ab 1. Oktober sowie einen Urlaubstag mehr ab 1.1.1977. Die Lohngruppe 1 im Saarbergbau steigt von 50,68 auf 53,34 DM pro Schicht (acht Stunden). Ein Arbeiter in der Lohngruppe 5 verdiente bisher 59,70 DM, er kommt jetzt auf 62,38 DM. Bei durchschnittlich 22 Schichten bekommt er 68,86 DM mehr.

Das folgende Interview wurde mit einem Bergarbeiter der Grube Reden in der Nähe von Saarbrücken einige Zeit vor dem Tarifabschluß gemacht. Wir drucken Auszüge daraus ab.

Die haben eben ein Tagessoll: 7000 Tonnen, obwohl davon mindestens 1500 Tonnen auf die Halde kommen.

„Die Bergleute spüren täglich, daß sie bis zum letzten angetrieben werden und daß sich diese Ausbeutung täglich steigert. Die folgenden Beispiele zeigen dies deutlich:

Jeder Kollege muß einmal im Jahr an einer Röntgen-Reihenuntersuchung teilnehmen. Wenn der Röntgenwagen auf die Anlage kommt, wird heute von der Betriebsleitung nicht mehr eine Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. ein früherer Beginn der Seilfahrt, wie das früher war, für die Untersuchung angeordnet.

In früheren Jahren wurde beim Badreinigen zehn Minuten früher mit der Seilfahrt begonnen. Heute gibt es das nicht mehr. Beim Verfahren der letzten Schicht des Jahres wurde früher eine Ausfahrt großzügig gehandhabt, um den Kameraden die Möglichkeit zu geben, das alte Jahr durch einen Umtrunk zu verabschieden. In Reden wurde am letzten Silvester bis um halb zwei Uhr Kohle gefördert, es wurde keine Minute früher aufgehört.

Es wurden auch vor Jahren noch während der Brotzeit (Halbschicht) die Fördermittel stillgesetzt. Heute wird das auf keinem Bergwerksbetrieb mehr durchgeführt. Diese Beispiele zeigen deutlich, daß die Betriebsleitung jede Minute zur verschärften Ausbeutung nutzt. Trotz Mitbestimmung und dem Gerede von der Drosselung der Produktion und trotz Absatzschwierigkeiten wird die Ausbeutung von Tag zu Tag verschärft. So hat auch die Nachtschicht sonst selten gefördert, sondern die Seile sind revidiert und die Spurlatten ausgewechselt worden. Jetzt hat man in der Nachtschicht voll auf Kohle gehoben ...

Die haben eben ein Tagessoll: 50 Meter Strecken und 7000 Tonnen, obwohl täglich mindestens 1500 auf die Halde kommen. Und da wird nichts zurückgenommen. Es werden eher mehr als weniger Meter trotz der vorhandenen Haldenbestände aufgefahren.

Was aus uns herausgeholt wird, zeigen die Bilanzen: Seit dem Oktoberstreik 1973 wurde eine höhere Kopfleistung bei gleichbleibender Belegschaftszahl erreicht. Vor etwa 15 Jahren betrug sie noch 2200 Kilo, jetzt liegen wir bei ungefähr 4,4 Tonnen, im November genau 4244 Kilo. Aufgrund der konjunkturellen Schwierigkeiten, wie es die Regierung sagt, sind Neueinstellungen in jüngster Zeit gemacht worden: Dadurch ist aber lediglich die Altersstruktur ein wenig verändert worden ...

Die Kurzarbeit ist nur dazu da, um Angst unter den Kollegen zu schüren

Es wurden für Saar und Ruhr zehn Feierschichten geplant als Ausweg aus der Überproduktion. An der Saar wurden sie mit Zustimmung des Gesamtbetriebsrates von Januar bis einschließlich Mai festgelegt. Absichtlich wurde so die Kurzarbeit bis in die Zeit hingezogen, wo Lohnverhandlungen durchgeführt werden sollen. Bekanntlich läuft ja bei uns der Tarifvertrag am 1.5. aus. Es ist deshalb ein übles Manöver, wenn das „sozialpartnerschaftliche Verhältnis" dazu verwandt wird, um die von SPD-Regierung ausgearbeitete Lohnleitlinie durchzupeitschen.

Das ist der ganze Zweck dieser Kurzarbeit: eine reine Schikane, um den Kollegen große Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes einzujagen und aus uns so noch mehr herauszuholen.

Verschärfen wird dieser Druck die Auswirkungen der Kurzarbeit auf den Lohn:

Noch vor kurzer Zeit strotzte der Vorsitzende der IG Bergbau, Schmidt, damit, daß die Bergleute so fleißig seien, indem er angibt, wir würden den „gregorianischen Kalender" erfüllen. Das heißt wir schaffen in einem Jahr soviel Extraschichten wie fast in einem dreizehnten Monat. Bei uns in Reden haben wir z.B. im Jahr 18 Schichten zusätzlich gefahren. Als Hobby hat das niemand gemacht, man wird dazu angetrieben. Viele Kollegen haben nun in dieser Zeit versucht, sich ein Auto, eine Wohnungseinrichtung oder Ähnliches auf Kredit anzuschaffen. Durch die Feierschichten wird das Geld für das Abzahlen aber jetzt viel zu knapp. Denn das Kurzarbeitergeld wird berechnet auf den normalen Tariflohn ohne Mehrarbeit. Es fällt ganz weg, wenn Mehrarbeit oder Leistungszuschläge wie bei den meisten Kollegen auch in Kurzarbeitszeiten den Ecklohn übersteigen. Also werden Extraschichten und Zulagen jetzt praktisch gegen Kurzarbeit aufgerechnet. Wo sowieso schon die Sozialabgaben steigen, wird das logischerweise ein schmaler Lohnzettel.

Daß die Kurzarbeit nichts mit Drosselung der Produktion, sondern nur mit der Verstärkung dieser Unsicherheit und des Drucks auf die Kollegen zu tun hat, zeigt ein Beispiel von der Grube Reden:

Am 16.1. war eine Feierschicht. Dafür wurde am 17.1., einem Sonnabend, eine Extraschicht mit 175 Mann – sonst sind bei einer normalen Schicht etwa 400 Mann untertage – gefahren und die Nachtschicht von Donnerstag auf den Freitag förderte fast genausoviel wie die Frühschicht. Also ist durch Extraschichten das Soll insgesamt dennoch eingehalten worden. Nur die Kollegen haben weniger bekommen und bekamen das Entlassungsgespenst gezeigt ...

Über 500 Entlassungen

Jetzt sind die ersten öffentlichen Entlassungsankündigungen bekannt geworden. Ursprünglich hatte Saarberg 1976 274 Entlassungen geplant. Jetzt heißt es, 570 sollen auf die Straße. Dabei ist sich die Betriebsführung noch uneinig untereinander und mit der Landes- und Bundesregierung, wie man das am besten und ruhigsten anstellt:

Soweit bekannt, sind auf jeden Fall die Entlassungen nach dem Anpassungsgesetz vorgesehen. Davon wären die Kollegen über 50 betroffen, die mindestens 25 Jahre in der Knappschaftsversicherung sind. Neben der Rente bekommen sie dann eine Abfindung von 2000 Mark, die früher noch 5000 Mark betrug ...

Dieses Vorgehen hat für die Direktion einige Vorteile: Sie bekommen Staatszuschüsse, sie können die leitenden Angestellten vom Fahrsteiger aufwärts von dem Gesetz ausnehmen und sie können gleichzeitig alte Kumpel gegen Jungarbeiter auswechseln, für die sie wiederum Staatsgelder bekämen. Doch da hapert es noch: Die Landesregierung will nicht so recht mit den schätzungsweise drei Millionen für dieses Programm herausrücken, der Bund ebenso. Man berät sich also allgemein: Wie sag ich's meinem Kinde ...

Die Frage ist nur, ob die Direktion diese Politik gegen uns durchsetzen kann. Schließlich lassen sich 570 Kumpels nicht einfach so abservieren, wie sich das die Hirne der Betriebsleiter ausgebrütet haben.



Bielefeld. Betriebsversammlung im großen Maschinensaal der Anker-Werke am 27.4., auf der die Geschäftsleitung bekanntgab, daß sie Konkurs angemeldet hat. Davon sind 6200 Arbeiter und Angestellte betroffen, allein in Bielefeld 2300. Die Profiterwartungen der Kapitalisten sind nicht erfüllt worden. Ein großer Teil der Produktivkräfte soll vernichtet werden, während die Kapitalisten für den Teil, der ihnen profitabel erscheint, eine neue Firma gegründet haben. Unter dem Namen Bielefelder DATA-System soll die Produktion von elektronischen Produkten zusammengefaßt werden. Höchstens 1 100 Arbeiter und Angestellte sollen übernommen werden. Die Kapitalisten werden die von ihnen geschaffene Arbeitslosigkeit dazu nutzen, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Solidaritätserklärungen mit den streikenden Druckarbeitern

„Der Streik gibt Auftrieb in den Kämpfen"

Zahlreiche Solidaritätserklärungen wurden aus den anderen Gewerkschaften an die streikenden Druckarbeiter geschickt. Wir können hier nur einige abdrucken. Deutlich wird an der Erklärung einer ÖTV-Betriebsgruppe aus Frankfurt, daß der Lohnabbaubeschluß im öffentlichen Dienst den Kampf der Lohnabhängigen für ihre Interessen nicht zurückwerfen konnte. Der Streik gibt *„Auftrieb in den Kämpfen gegen Lohnraub, Rationalisierung und Stillegungen."*

An den
Bezirksvorstand der
IG Druck und Papier

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir unterstützen Euren Streik aus ganzem Herzen.

Es gehört schon etwas dazu, nach den schäbigen Abschlüssen in der Stahl- und Metallindustrie und auch bei uns, im öffentlichen Dienst, den Rücken steif zu halten und hart zu bleiben.

Auch die Maßnahme, daß Kollegen Hetzartikel gegen den gerechten Streik aus der Zeitung genommen haben, ist vollkommen richtig und hat unsere volle Unterstützung.

Der Kampfeswille der Druckarbeiter bedeutet eine Stärkung der gesamten arbeitenden Bevölkerung und zeigt klar, daß unsere Forderungen durch die beste Waffe, die wir haben, den Streik, durchgesetzt werden können.

Euer Kampf gibt Auftrieb auch für andere Bereiche, in den Kämpfen gegen Lohnraub, Rationalisierung und Stillegungen.

Wir hoffen, daß Ihr den Streik siegreich beendet.

Das wäre ein großer Erfolg für die gesamte Arbeiterschaft.

mit solidarischen Grüßen

ÖTV-Betriebgruppe des
Gemeinschaftswerks der
Ev. Publizistik
Frankfurt/M., Friedrichstr. 2–6

i.A. Vertrauensleute

„Ein Erfolg für alle Arbeiter"

Der Vorstand der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Heidelberg, spricht den Arbeitern in der Druckindustrie mit allem Nachdruck seine Solidarität mit dem Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderung – 9% mindestens 140 DM – aus.

Jetzt, wo während des Streiks wieder alle Räder stillstehen, erkennen alle Arbeitnehmer, daß ohne die Arbeit der Arbeitnehmer die Gesellschaft nicht existieren kann. Dieses Bewußtsein ist durch den Streik der Druckarbeiter bei allen Arbeitnehmern wachgerüttelt und verstärkt worden. Darum ist für alle Arbeitnehmer der Streik der Drucker von großer Bedeutung.

Der Fachgruppenvorstand unterstützt daher die Forderung der Druckarbeiter nach Fortsetzung des Streiks bis zur Durchsetzung ihrer Lohnforderung.

Die Unternehmer gerade in unserem Bereich, Verlage und Buchhandel, haben ein besonders großes Interesse an der Beendigung des Lohnkampfs, damit ihr Geschäft reibungslos weiterlaufen kann.

Die Kollegen in unserem Bereich aber unterstützen den Lohnkampf der Druckarbeiter, sie tun das, weil sie sehen, daß der Erfolg im Kampf der Druckarbeiter ein Erfolg für alle Arbeitnehmer in diesem Land ist. – (Vorstand der Fachgruppe)

GEW Gelsenkirchen

Gelsenkirchen. Die Fachgruppe Grund- und Hauptschule der GEW Gelsenkirchen begrüßt den Kampf der Drucker für eine Lohnforderung von 9%, mindestens 140 DM ... Sie spricht ihre volle gewerkschaftliche Solidarität aus und erklärt sich bereit, in der Öffentlichkeit gegen die asoziale Aussperrung der Unternehmer und gegen die Diffamierungskampagne einzutreten, die gegen die Drucker eingeleitet worden ist.

Im Unterricht unterstützt

Wolfhagen / Kassel. Um den Versuchen entgegenzuarbeiten, die Bevölkerung gegen die Druckarbeiter aufzuhetzen, werden wir im Unterricht in der Schule über den Streik der Drucker und sein Ziel: 9%, mindestens 140.– DM für alle informieren.

GEW-Schulgruppe Wolfhagen

Ein Strich durch die Rechnung

Rüsselsheim. Die ÖTV Vertrauensleutevollversammlung der Stadt Rüsselsheim vom 4.5. solidarisierte sich mit den Lohnforderungen der IG Druck.

„Den Absichten sämtlicher Arbeitgeber immer mehr Arbeitsleistung von den Kollegen zu fordern und den Lohn zu drücken, macht der Lohnkampf der Drucker einen Strich durch die Rechnung. Gelingt es den Druckern ihren Kampf erfolgreich zu beenden, dann wird dieser Abschluß die Arbeiter in der chemischen Industrie ermutigen. Für die Arbeiter in der Metallindustrie und für die Kollegen im öffentlichen Dienst wird ein erfolgreicher Kampf der Drucker Ansporn sein."

GEW-Veranstaltung: 1100 DM gesammelt

Essen. Der Kongreß der GEW „Ausbildung und Arbeit für junge Bürger" in Essen, zu dem der Kapitalistenpräsident Schleyer als Podiumsredner eingeladen war, wurde von einer Gruppe streikender Druckarbeiter aufgesucht. Unter dem Beifall der anwesenden GEW-Mitglieder trugen sie ein Transparent in den Saal: „Wir bleiben bei der Forderung von 9%!" Während Schleyer sprach, fertigten die Druckarbeiter ein Transparent an: „Gegen Schleyers Lohndiktat". Eine Sammlung für die streikenden Druckarbeiter brachte 1 100 DM. Der 2. Vorsitzende der IG Druck und Papier Essen erklärte am Schluß der GEW-Veranstaltung, die GEW-Kollegen könnten sicher sein, daß sie den Kampf bis zum Erfolg führen würden.

Die Klassengegensätze bestimmen die Wirklichkeit

Die „Blindheit" von Wirtschaftswissenschaftlern und ihre falschen Ideen tragen die Hauptschuld daran, daß heute viele Menschen unter Arbeitslosigkeit, Preisauftrieb und anderen Mißständen leiden. So konnte man im letzten ÖTV-Magazin lesen. „Sklaven" der Ideen von verstorbenen Ökonomen seien diese Wirtschaftswissenschaftler.

Zum Beweis dafür, wer die Welt regiert, wird die Ansicht eines anderen verstorbenen Ökonomen, Keynes, im ÖTV-Magazin abgedruckt:

„Die Ideen der Nationalökonomen und der politischen Philosophen, gleichgültig, ob sie nun richtig oder falsch sind, sind von weit größerem Einfluß als man gemeinhin annimmt. In Wirklichkeit wird die Welt von fast nichts anderem regiert. Praktiker, die sich frei jeglichen intellektuellen Einflusses wähnen, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verstorbenen Nationalökonomen. Verrückte Politiker, die Stimmen in der Luft hören, beziehen ihren Wahnsinn meist von irgendeinem akademischen Tintenkleckser früherer Jahre. Ich bin sicher, daß die Macht der Interessengruppen bei weitem übertrieben wird, verglichen mit dem Mißbrauch, der immer wieder mit Ideen getrieben wird."

Die Ideen also – behaupten die Sozialdemokraten – bestimmen die Wirklichkeit. – Die Kapitalisten besitzen die Produktionsmittel. Ihnen gehören die Lebensmittel der Gesellschaft. Das ist keine Idee, das ist eine Tatsache. Und zwar eine ausschlaggebende, die durch alle Ideen nicht aus der Welt geschaffen wird. Die Arbeiter besitzen nichts als ihre Arbeitskraft. Wollen sie leben, müssen sie einen Kapitalisten finden, der ihre Arbeitskraft kauft, um sie auszubeuten. Auch das ist eine Tatsache und zwar eine bittere. Auch sie wird nicht durch Ideen aus der Welt geschafft, sondern nur durch Taten. Durch Revolution und Enteignung der Ausbeuter.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung haben in der letzten Lohnbewegung an die Ideen des staatlichen Dienstherrn appelliert und von „vernünftiger Verteilung des Wenigen" gesprochen. Sie wollten mit dem Dienstherrn „vernünftig" übereinkommen. Der Herr Professor Maihofer möge doch seine Ansichten ändern.

Das hat es nicht gebracht. Damit sind die Sozialdemokraten nicht durchgekommen. An der Wirklichkeit scheitern auch die falschen Ideen. So sind in den Kämpfen der Lohnabhängigen um Lohn und gegen Auspressung von Mehrarbeit viele sozialdemokratische Vernebelungenüber gütliche Einigung mit den Kapitalisten zerstoben. Sie stimmten ersichtlich mit der Wirklichkeit nicht überein, sondern hemmten die Arbeiterklasse bei der Vertretung ihrer Interessen. Es wird mit ihnen gebrochen. Für aktive Sozialdemokraten heißt das: Neuer Nebel muß produziert werden.

Kein Hemmnis, sondern ein Hebel des Vorwärtsschreitens für die Arbeiterklasse sind nur die Ideen, die mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Sie helfen, den Ausgebeuteten und Unterdrückten ihre Aufgabe klarer zu sehen.

Die Kommunisten – viele sind auch in der ÖTV organisiert – sind der Ansicht, daß es nicht entscheidend ist, die Ideen der Wirtschaftswissenschaftler zu ändern, um die Ursachen für Ausbeutung, Unterdrückung und Arbeitslosigkeit abzuschaffen. Ausbeutung und Unterdrückung können nur praktisch beseitigt werden und nur durch die Arbeiterklasse, die durch ihre Arbeit das Kapital schafft, womit die besitzende Klasse die Arbeiterklasse ausbeutet. Diese praktische Aufgabe ist von der Wirklichkeit selber gestellt und nicht von irgendwelchen verstorbenen Nationalökonomen.

Die Sozialdemokraten sind Vertreter falscher, bürgerlicher Ideen, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Sie propagieren deshalb die „Macht des Geistes": „Praktiker ... sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verstorbenen Nationalökonomen." Die Wirklichkeit sieht gerade andersherum aus. Die Wirtschaftswissenschaftler, die dieses System als unabänderlich predigen und zu seiner Sicherung Ideen ausbrüten, werden von der Bourgeoisie gut im Futter gehalten und laufen fest am Zügel der Bourgeoisie. Dabei hat der Ökonomon, der Ideen über die kapitalistische Produktion und ihre Sicherung entwickelt, seine Entsprechung in dem Wissenschaftler, der die Gesetze ausarbeitet für die politische Sicherung der Kapitalistenherrschaft. Hinter jedem dieser Wissenschaftler kann man ihre Herren erkennen, die nur solange Futter gewähren, wie die Wissenschaftler in ihrem Dienst arbeiten. Die Herren müssen gestürzt werden. Das sehen immer mehr Arbeiter. Das wollen die Sozialdemokraten rückgängig machen

nigen" gesprochen. Sie wollten mit dem Dienstherrn „vernünftig" übereinkommen. Der Herr Professor Maihofer möge doch seine Ansichten ändern.

Das hat es nicht gebracht. Damit sind die Sozialdemokraten nicht durchgekommen. An der Wirklichkeit schei-

schaft. Hinter jedem dieser Wissenschaftler kann man ihre Herren erkennen, die nur solange Futter gewähren, wie die Wissenschaftler in ihrem Dienst arbeiten. Die Herren müssen gestürzt werden. Das sehen immer mehr Arbeiter. Das wollen die Sozialdemokraten rückgängig machen





Die Arbeiter in China kritisieren die überlieferten Auffassungen, um die Revolution voranzutreiben. In Tausenden von theoretischen Arbeitsgruppen studierten sie das Buch von Friedrich Engels: „Anti-Dühring", um den Idealismus besser schlagen zu können. Der Verlag für Fremdsprachige Literatur in Peking hat eine Ausgabe des Engelsschen Buches in deutscher Sprache herausgebracht, das im Buchvertrieb Hager für 3,10 DM zu bekommen ist.

GEW Hessen: Zentrale Demonstration am 3. Juni

Frankfurt/M. Von zahlreichen hessischen GEW-Untergliederungen war gefordert worden, daß der Hauptausschuß der GEW Hessen auf einer Sitzung Anfang Mai zusammentritt, um über eine zentrale Demonstration gegen die Maßnahmen des Dienstherrn zu beschließen. Auf Grund des Mitgliederdrucks hat der Hauptausschuß am 7. Mai getagt und eine zentrale Demonstration und Kundgebung für den 3. Juni in Wiesbaden beschlossen. Von der GEW-Mitgliederversammlung Frankfurt wie auch von anderen GEW-Gremien war zuvor beschlossen worden, den Kampf zu führen unter den Forderungen: Keine Arbeitszeitverlängerung und keine Zwei-Drittel-Stellen – unbefristete Einstellung der ausgebildeten Lehrer.

Erneut wurde dagegen der „Reformboykott" vom Hauptausschuß als „Kampfmaßnahme" propagiert, obwohl er von den Mitgliedern abgelehnt wird. Dieser Boykott ist vollständig unwirksam, weil er zu keiner gewerkschaftlichen Maßnahme gegen den staatlichen Dienstherrn führt. Damit wird zugleich die staatliche Bildungsreform als unterstützenswert angepriesen. Aber nichts anderes als Ausdehnung der bürokratisch-polizeilichen Schulaufsicht durch den bürgerlichen Staat brachte die Bildungsreform.

In Hessen ist die Forderung nach Urabstimmung und Warnstreik in mehreren Bezirken beschlossen worden. Der GEW-Vorsitzende in Hessen sprach sich dagegen aus und warnte vor „Scharfmacherei". Den Streik zu verhindern, darauf zielt auch der Beschluß des Hauptausschusses, jedes 50. Mitglied in vier ausgewählten Kreisverbänden brieflich in einer „repräsentativen Umfrage" nach seiner Streikbereitschaft zu befragen.

Unter den Forderungen: Weg mit der Arbeitszeitverlängerung! und: Keine Zwei-Drittel-Arbeitsverträge! wird die kämpferische Einheit für die Demonstration am 3. Juni in Wiesbaden hergestellt werden können. Es sind gerechte Forderungen, für die die Lehrer streiken wollen. Ihr Kampf kann die Sympathie und Unterstützung aller abhängig Beschäftigten finden. – (k.)

Meldungen

Oldenburg. Die 35-Stunden-Woche gefordert hat die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Verwaltungsstelle Oldenburg. Der Antrag nach gesetzlicher Verankerung der 35-Stunden-Woche wird auch dem Bezirkstag und dem Gewerkschaftstag nächstes Jahr vorgelegt. Die ersatzlose Streichung des § 218 hat die Jahreshauptversammlung schon letztes Jahr gefordert. Auch nach der Verabschiedung des neuen § 218, der die Schikane, Unterdrückung und Verfolgung nur verschärft, beharrt die Jahreshauptversammlung auf ihrer Forderung. Als **Kampfmaßnahmen zur Beseitigung des § 218** hat sie beschlossen: Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Nordhorn. Der Tarifvertrag in der Textilindustrie Niedersachsens lief am 30.4. aus. Die Gewerkschaft fordert 7,5%. Die Kapitalisten haben bisher kein Angebot vorgelegt. **Die Arbeiter der „Nino-Werke" in Nordhorn führten am 3. Mai einen halbstündigen Warnstreik durch.**

Speyer. Seitdem die VFW-Konzernleitung ihre Absicht bekanntgab, 800 bis 900 Beschäftigte zu entlassen und damit praktisch das Werk Speyer stillzulegen, führen die Belegschaft und die Lohnabhängigen in Speyer den Kampf dagegen. Die Absicht der Konzernleitung, die **Maschinenvorrichtungen des MRCA-Kampfflugzeugs aus Speyer abtransportieren zu lassen, konnte bisher verhindert werden.** In der vergangenen Woche wurde selbst bei Nacht von Mitgliedern der Bürgerinitiative und der IG Metall der Betrieb bewacht, um im Ernstfall sofort die Belegschaft und die Speyerer Bevölkerung zu mobilisieren, damit Bundesbahngleise und Werkstor besetzt werden.

Mittlerweile hat die Konzernleitung einen „Interessenausgleich" vorgeschlagen, der 800 bis 900 der 1300 Arbeitsplätze durch Produktion bzw. Wartung des Hubschraubers CH 53, der F 16 und des Transportflugzeug Transall angeblich sichern soll.

Der Betriebsrat hat jetzt doch der Verlagerung der Vorrichtungen zugestimmt, trotz Einsprüchen der Arbeiter auf Abteilungs- und der Betriebsversammlung am Dienstag. Bekannt wurde, daß der Betriebsrat über die Verlagerung schon am 13. April eine Absprache mit der Geschäftsleitung getroffen hatte.

Westberlin. 64 von 110 Delegierten sprachen sich am 26.4. auf der Landesbezirksdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) **für die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses** des DGB aus. Mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß hat sich die bürgerliche Führung der DGB-Gewerkschaften ein Mittel geschaffen, Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte aus den Gewerkschaften auszuschließen. Obwohl der wiedergewählte Westberliner HBV-Landesvorsitzende die Ablehnung des Antrages empfohlen hatte, stimmte in einer geheimen Abstimmung die Mehrheit für die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses. Der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert hatte auf der Konferenz gedroht, daß die Annahme des Antrages Konsequenzen haben würde. (nach Tagesspiegel, 27.4.76) In einem weiteren Beschluß haben die Delegierten kritisiert, daß der DGB nicht zu einer Demonstration aller DGB-Gewerkschaften aufgerufen habe. Die HBV hat in Westberlin 8000 Mitglieder.

Köln. Am 26.4. **zogen 300 Arbeiter durch das ARBED** Werk (Eisen und Stahl), im Verbund mit Felten und Guilleaume betrieben, und protestierten dagegen, daß 20% der Lohnerhöhung von den übertariflichen Zulagen abgezogen werden sollten, etwa 12 bis 19 DM weniger im Monat bedeutete das.

Die Geschäftsleitung mußte Verhandlungsbereitschaft zusichern. Sie hat dann den Plan zurückgezogen.

Wolfsburg. Der VW-Konzern hat seit Januar 1975 bis Ende Januar 1976 die Belegschaft von 203 730 auf 176 824 abgebaut. Der **Rohertrag pro Beschäftigten im Stammhaus ist um 28 Prozent gesteigert worden.** (Neue Zürcher Zeitung, 11. Mai)

Bürgerliche Heuchelei über „Schulstreß“

Vorwand für schärfere Unterdrückung

Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie. Heute haben wir eine Ausdehnung der staatlichen Schulausbildung. Angeblich dient diese der Erziehung und Ausbildung. In Wirklichkeit sind die heutigen Schulen Polizeianstalten und zur Unterdrückung da. Das beweisen die Tatsachen. Jetzt ist es schon so weit gekommen, daß:

– Lehrer zum Selbstmord getrieben werden, weil sie sich nicht länger als Werkzeug zur Unterdrückung der Kinder mißbrauchen lassen wollen und einen anderen Ausweg nicht sehen. Der Vorfall wurde in Offenbach bekannt. „Bild“ berichtetse unter der Schlagzeile: „ ‚Der Druck von oben war zu stark‘ – Deshalb gingen zwei angehende Lehrer in den Tod“.

– daß inzwischen in den Sprechstunden der Kinderpsychiater jedes dritte Kind wegen „Schulschwierigkeiten“ behandelt wird. Vor 15 Jahren war es noch jedes 12. Kind. Nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes häufen sich Schlaf- und Eßstörungen, Konzentrationsschwächen und Kopfschmerzen sowie Schulangst bei den Schulkindern.

– daß es inzwischen Schulen gibt, wo bei der Zeugnisvergabe jeder fünfte Schüler erfährt, daß seine Leistungen „nicht ausreichend“ sind, um die nächste Klasse zu erreichen. Das ist bewiesen durch die Angaben über den Schuljahresabschluß 1974/75 an den Münchner Realschulen und Gymnasien. Im Durchschnitt haben rund 9 Prozent oder von etwa 55 000 Schülern an diesen Schulen 5 000 das „Klassenziel“ nicht erreicht.

An diesen Zahlen kann man die grenzenlose Heuchelei der bürgerlichen Politiker ermessen, wenn sie Besorgnis äußern über „zunehmendes Schulversagen“ und „negative Folgen von Streß“. Das wird von ihnen benutzt als Vorwand für eine weitere Verschärfung der Unterdrückung in den Schulen. Bevor ein Kind mit 11 Jahren heute das fünfte Schuljahr erreicht hat, muß es inzwischen schon mehr Prüfungen über sich ergehen lassen als vor zwanzig Jahren ein Doktor der Philosophie. Es beginnt mit der Schuleignungsprüfung, es folgen verschiedenste „Leistungs-“ und „Intelligenztests“. Dann muß das Kind in verschiedenen Bundesländern inzwischen bereits nach dem zweiten Schuljahr „eingestuft“ sein in verschiedene „Leistungskurse“. Aber das ist nur Vorspiel. Das ganze vierte Schuljahr besteht aus solchen „Einstufungen“: Die Schulämter und Kultusbehörden lassen sich die Halbjahreszeugnisse kommen, um die Notendurchschnitte für von ihnen festgelegten Übergangszahlen auf Realschulen und Gymnasien auszurechnen. Danach wird beinahe jede Äußerung des Schülers in das Notensystem gepreßt.

Damit nicht genug. In einer Reihe von Bundesländern haben sich die Kultusministerien einen besonderen Leistungstest einfallen lassen vor Ende des vierten Schuljahres. Die Aufgaben diktieren sie direkt, die Notenmaßstäbe werden von ihnen festgesetzt, und man versteht, warum in den letzten Jahren die Anzahl der für Realschulen und Gymnasien „geeigneten“ Schüler sinkt.

Für den eigenen Nachwuchs der Kapitalistenklasse ist der Weg über die höheren Anstalten der Weg zur Vorbereitung auf die Nachfolge ihrer Väter in der Ausbeutung der Arbeiter. Mit 10 DM aufwärts pro Stunde in der Vielzahl der in den letzten Jahren aus dem Boden geschossenen „Nachhilfe“firmen und über die Privatschulen sichern die Kapitalisten den Erfolg auf diesem Weg für ihren Nachwuchs.

Die bürgerlichen Parteien preisen alle die Chancengleichheit. Wie kann es in einer Gesellschaft, in der die kleine Minderheit die übergroße Mehrheit ausbeutet, Chancengleichheit geben? Es gibt sie nicht. Was es gibt, ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen die politische Unterdrückung und für die Beseitigung der Ausbeuterordnung.



Forderungen der Krankenpflegeschüler auf der Mai-Demonstration in Gießen

Erfolgreiche Beratungskonferenz für Schuldemonstration in Schleswig-Holstein

Kiel. Am vergangenen Freitag, den 7.5., fand an der Pädagogischen Hochschule Kiel eine Beratungskonferenz für eine landesweite Demonstration gegen die Zustände im Volksbildungswesen statt. Dem Aufruf des PH-AStA waren mehr als 350 Menschen gefolgt, davon 99 Gremienvertreter von Schülern, Studenten, Eltern, gewerkschaftlich organisierten Lehrern und von anderen Gewerkschaftsgremien.

Die Kampfbereitschaft gegen die unerträglichen Verhältnisse an den Schulen ist hoch. Die Konferenz legte als Termin für die Demonstration den 29. Mai, 15 Uhr fest. Ausgangspunkt Kiel/Innenstadt. Dies wurde mit überwältigender Mehrheit von den Mandatsträgern beschlossen. Anhand der Forderungen des Aufrufs des PH-AStA wurden die Forderungen für die Aktionseinheit erarbeitet. Folgende Forderungen wurden beschlossen:

– Einstellung aller Lehrer und Erzieher. Besetzung aller und Schaffung neuer Planstellen. Umwandlung aller Lehraufträge in Planstellen. Keine Klassen über 25 Schüler.

– Ausbildung aller arbeitslosen Jugendlichen in Fachklassen ihrer Wahl. 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen. Keine Aushöhlung der Berufsschulpflicht durch das neue Berufsbildungsgesetz. Weg mit dem Abbau des 2. Bildungsweges. Weg mit der Stufenausbildung. Übernahme aller Lehrlinge in die 2. Phase.

– Weg mit dem neuen Arbeitsschutzgesetz. Für das Verbot der Nacht- und Akkordarbeit für Jugendliche. Für das vollständige Verbot der Kinderarbeit. Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche und Hochschulabgänger.

– Weg mit dem Abbau der Lernmittelfreiheit durch den 5-DM-Erlaß

– Keine Arbeitszeitverlängerung und Gehaltskürzung für Lehrer.

– Sofortige Übernahme aller ausgebildeten Lehrerstudenten in die 2. Ausbildungsphase

– Gegen die politische Entrechtung von Eltern, Schülern und Lehrern. Für das uneingeschränkte Recht der Schüler auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit politischem Mandat und Satzungshoheit. Weg mit dem SV-Erlaß. Weg mit dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst. Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Schulen.

Am Ende der Beratungskonferenz wurde zur Vorbereitung der Demonstration ein Stab eingesetzt, dessen Sekretariat im AStA der PH Kiel zu erreichen ist.

Solidarität mit dem Streik der Druckarbeiter

Transparent in der Lehrwerkstatt aufgehängt

Hamburg. Am Freitag haben die Lehrlinge von SE, die zur Zeit in der Lehrwerkstatt arbeiten, eine Solidaritätsadresse einstimmig an die streikenden Drucker verabschiedet. Darin heißt es:

„Ihr habt diesen Streik mit großer Geschlossenheit begonnen. Deshalb hat euer Kampf auch viel Sympathie und genießt viel Unterstützung, was sich auf der Demonstration am 1. Mai bestätigte durch zahlreiche Sprechparolen ...

Zur Untertützung eures Kampfes und um zu beweisen, daß unser Kampfwille noch längst nicht gebrochen ist und wir unsere Forderungen noch nicht aufgegeben haben, werden wir heute in der Lehrwerkstatt ein Transparent aufhängen mit der Forderung:
Existenzlohn für Lehrlinge
60 % vom Facharbeiterlohn

Von 19 anwesenden Lehrlingen der Firma SE-Fahrzeugwerke einstimmig angenommen.“

Nach dem Mittag hing dann das Transparent, welches wir zum ersten Mal am 1. Mai auf die Straße getragen haben.

Als dann der Meister kam, forderte er uns auf, das abzunehmen. Dies sei ein demonstrativer Akt und habe in der Firma nichts zu suchen.

Das war ein demonstrativer Akt, und das ist es auch, was in den Fabriken unterbunden werden soll. Die Arbeiter sollen sich nicht äußern dürfen.

Der Meister „Nehmt ihr das Transparent nicht ab, dann ist nichts mehr mit 14.40.“ Es war zu befürchten, daß der Meister uns dann erst um 15.40 Uhr nach Hause läßt.

Wir Lehrlinge waren empört und diskutierten: „Sollen wir uns das gefallen lassen oder nicht?“ Im wesentlichen ging es dabei um das Recht auf politische Äußerung im Betrieb. Diskutiert wurde, daß es eben darum geht und die eine Stunde überhaupt nicht im Verhältnis dazu steht und daß, wenn wir das abnehmen, wir eine Niederlage einstecken.

Entgegen stand diesem Argument, daß das Transparent hier kein Kollege sehen würde, infolgedessen es nicht viel Sinn hat, es in der Lehrwerkstatt aufzuhängen und wir unter diesen Umständen auch nicht auf die Stunde verzichten sollten.

Eine Einheit konnte an diesem Punkt nicht hergestellt werden und in einer Abstimmung stand es fifty : fifty.

Es hatte aber auch keiner Interesse an einer Niederlage, und jeder hielt es für notwendig, diese Sache der Belegschaft bekanntzumachen. Deshalb wurde das Transparent an der Fabrikmauer zur Straße hin aufgehängt, wo es mehr Menschen sahen und der Meister nicht mehr.

Zum zweiten wurde beschlossen, über diesen Vorfall und die Solidaritätsadresse den Vertrauenskörper und den Betriebsrat zu unterrichten und ihn zur Unterstützung der Solidarität mit den streikenden Druckern und unserer Aktion aufzufordern. – (b., KAJB Hamburg)

Druckerlehrlinge Steinheim

In einer Kampffront mit den streikenden Druckern

Frankfurt. Kurz vor der Urabstimmung in der Tarifrunde ist auch bei uns in der Ausbildungsstätte Steinheim unter den Lehrlingen und den Umschülern über die Forderungen der IG Druck und Papier gesprochen worden.

Auch in der Ausbildung macht sich der Druck aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Situation bemerkbar. Immer mehr Aufträge auf der einen Seite, auf der anderen werden die Lehrlinge des 3. Lehrjahres schon vor der Prüfung gekündigt, damit sie sofort nach der Prüfung entlassen werden können.

Diese Lage bestimmte die Diskussion über die Tarifrunde. Zwei Tage vor der Urabstimmung reagierten die anwesenden organisierten Kollegen der Ausbildungsstätte auf die Ankündigung des Gewerkschaftsvorsitzenden Mahlein, eine 6 müsse vor dem Komma stehen, mit einem Telegramm, Inhalt: „6 % - nein, Streik für 9 %, mindestens 140 DM!“ Von 18 an diesem Tag anwesenden Kollegen unterschrieben 15.

An der Urabstimmung in den Betrieben Horst KG und Illert KG, in denen ein Teil der Lehrlinge der Ausbildungsstätte arbeiten, nahm die Mehrheit der Lehrlinge teil.

Nach der Urabstimmung wurden die Arbeiter der noch nicht bestreikten Betriebe Horst und Illert vom Arbeitgeberverband ausgesperrt. Die Lehrlinge in der Ausbildungsstätte natürlich nicht. Die Stimmung im Betrieb war für Kampf. So mußten die Ausbilder alleine die Aufträge drucken – kein Lehrling half ihnen dabei.

Da wir die ausgesperrten Kollegen aktiver unterstützen wollten, besuchten wir während der Mittagspause die Streikleitung in Steinheim. Die Kollegen der Streikleitung freuten sich über das Interesse und die Solidarität der Lehrlinge und der Umschüler.

Der Vorschlag, die Sozialkundestunden in der Berufsschule am folgenden Tag zusammenzulegen und ein Mitglied der Streikleitung einzuladen, wurde von allen begrüßt.

Am nächsten Tag (30. April) wurde den Lehrern diese Forderung mitgeteilt und in der 1. Pause mit allen anwesenden Schülern die Lage besprochen. Die Lehrer waren zwar für den Vorschlag, sagten aber, daß es ihre Pflicht wäre, die Schulleitung in Offenbach zu informieren. Sie teilten auch ihre Bedenken mit, ob die Genehmigung erteilt würde, denn die „Ausgewogenheit“ und „Objektivität“ des Unterrichts sei nicht gewährleistet, solange kein Vertreter des „Arbeitgeber“-Verbandes eingeladen würde.

Nach der Pause begann der Unterricht nicht mehr, weil die Klassen Repro und Offset des 3. Lehrjahres über die Lage diskutierten. Die Klasse des 1. Lehrjahres durfte daran nicht teilnehmen, weil die Lehrer dies mit Drohungen verboten.

Die Schulleitung verbot uns, die Mitglieder der Streikleitung in die Klasse zu holen. Daraufhin wurde der Vorschlag diskutiert, daß wir alle zur Streikleitung gehen. Trotz der Androhung der Meldung an den Betrieb und anderer Konsequenzen sprach sich die Mehrheit der Lehrlinge für den Vorschlag aus und ging. Auch die Schüler des 1. Lehrjahres schlossen sich uns an. Die Zurückgebliebenen waren fast alle nicht gewerkschaftlich organisiert und hatten Angst.

Im Steinheimer Streiklokal wurden wir mit großen Sympathien begrüßt. Ein Mitglied der Streikleitung berichtete über die Lage und erklärte, daß das Streikrecht der Lehrlinge ja juristisch nicht abgeklärt sei. Die IG Druck und Papier fordere trotzdem alle Auszubildenden zum Streik auf, und unter dem starken Beifall aller anwesenden Schüler sagte er: „Sollten trotzdem Repressionen erfolgen, werden wir mit der ganzen Kraft der Organisation hinter Euch stehen. Dann laufen die Maschinen eben nicht mehr an.“

Ein Kollege trat unter starkem Beifall der Versammlung in die Gewerkschaft ein.

An die Lehrer der Berufsschule verabschiedeten wir eine Resolution, in der wir sie aufforderten, in einer der nächsten Sozialkundestunden einen Kapitalistenvertreter einzuladen. „Damit ist der Unterricht ‚ausgewogen‘ und diese Herren sind uns herzlichst willkommen.“, meinten einige.

Um 12.15 Uhr haben wir wieder das Schulgebäude betreten unter der Parole: „Haut den Schleyer auf den Sack, wir brauchen 140 Mark!“

Den zurückgebliebenen Kollegen merkte man ihr Unwohlsein an. Bis zum Schluß wurde dann fast nur noch über die Tarifauseinandersetzungen diskutiert.

All dies hat die Solidarität unter den Lehrlingen in großem Maße verstärkt und gezeigt, daß alle Drohungen von Kapitalisten und Schulleitung dann zwecklos sind, wenn man gemeinsam handelt und daß man sich die Rechte nehmen muß, die man braucht. Am Montag, als die Aussperrung aufgehoben wurde, hängten die Ausbilder in der Ausbildungsstätte das Düsseldorfer Arbeitsgerichtsurteil aus dem Jahre 1972 auf, das besagt, daß Lehrlinge kein Streikrecht haben.

Die Reaktion der Kollegen auf die Aufhebung des Streiks war: Wenn wir was erreichen wollen, muß der Vollstreik erfolgen. – (r., Steinheim)

Gegen Jugendhaus, für Jugendzentrum!

Erkelenz (Nordrhein-Westfalen). Zu dem Artikel „Milliarden für die Bewachung der Jugendlichen“ (KVZ 18) erhielt die Redaktion eine Zuschrift über die Situation der arbeitslosen Jugendlichen in der kleinen Stadt Erkelenz (etwa 20000 Einwohner): „Aufgrund hoher Arbeitslosigkeit“, heißt es darin, „und absolut fehlender Möglichkeit, sich zu treffen und ungestört die freie Zeit zu verbringen, ist hier das Rauschgiftproblem (Heroin) extrem verbreitet.“ Inzwischen gehe der Staat mit äußerster Härte gegen die Jugendlichen vor. Die Jugendlichen werden, auch wenn sie nur wenig mit Rauschgift in Berührung gekommen seien, sofort vor die Alternative gestellt: Entziehungskur oder Gefängnis. „Wöchentlich verschwinden dann so im Schnitt 5 Leute auf unabsehbare Zeit. Strafen um 1 Jahr ohne Bewährung allein für Konsum sind an der Tagesordnung ... Pro Woche werden mindestens 10 Vorladungen verschickt. insbesondere auch Eltern und Jugendliche, indem zum Teil erfundene Straftaten als Vorwand für Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl benutzt werden.“ Weil die Gefängnisse inzwischen aus allen Nähten platzen, wird jetzt in der Kreisstadt Heinsberg eine neue Jugendstrafanstalt gebaut.

„Deswegen“, heißt es weiter, „haben am 1. Mai 11 Jugendliche einen Umzug durch Erkelenz gemacht ‚Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, finanziert durch die Stadt!‘, wo wir gleichzeitig gegen den geplanten Jugendknast in Heinsberg protestiert haben. Bei vielen wächst darüber Klarheit: Wenn der Staat rangeht, die Jugend der Arbeiter zu vernichten, soll man nicht sich selbst noch mit Heroin den Rest geben, sondern gegen diesen Staat, der die bestehenden Verhältnisse verteidigt, und für seine eigenen Interessen kämpfen.“

Pinneberg. Am Mittwoch, den 28. April, demonstrierten etwa 350 Jugendliche aus dem Kreis Pinneberg gegen die reaktionäre Jugendpolitik des Kreises und der Städte. Aufgerufen hatte das Koordinationstreffen der Jugendzentren und Jugendinitiativen des Kreises. Die Demonstration wandte sich gegen die Schließung von Jugendzentren, und folgende Bestimmungen der Richtlinien für Jugendzentren, Jugendzentren werden vom Kreis nur zu 20 Prozent bezuschußt; der „Träger hat die Mitwirkung von Personen und Gruppen zu verhindern, die sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen“.

Bezirkskonferenz der IG Chemie Nord-Rhein zum § 218

„Wir fordern weiterhin die ersatzlose Streichung!"

Köln. Am 7. und 8. Mai fand in Köln die Bezirkskonferenz der IG Chemie Nordrhein, des größten IG-Chemie-Bezirks der BRD, statt.

Der Konferenz lag der am 13. März von der Kölner Delegiertenhauptversammlung verabschiedete Antrag zur ersatzlosen Streichung des § 218 vor.

Bereits bei der Begrüßung zu Beginn der Konferenz durch das Mitglied des IG Chemie–Papier–Keramik-Hauptvorstandes Liesel Winkelsträter wurde die Auseinandersetzung um den § 218 eingeleitet. Sie fing nämlich wieder einmal damit an, daß jetzt glücklicherweise diese „Reform" durchgesetzt, das „Tauziehen zwischen den Parteien" beendet sei.

Diese Auffassung wurde von den Kollegen bei der Debatte des Antrags nicht geteilt.

Hervorgehoben wurde, daß der Kampf der Gewerkschaften keineswegs ein Ende gefunden haben kann in dieser Sache, weil das neue Gesetz weiterhin die Abtreibung unter Strafe stellt.

Der Kampf gegen den Paragraphen 218 und die Spaltungsversuche der herrschenden Klasse

In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3, Mai 1976

zu beziehen für 2,00 DM über Buchvertrieb Hager Postfach 5129 6800 Mannheim

---

Gegen die Verabschiedung der Forderung nach ersatzloser Streichung traten der Bezirksleiter Walter Gläsner sowie Margarete Gentges, Verwaltungsstelle Bonn, Mitglied des Bezirksfrauenausschusses und des Bezirksvorstands Nordrhein, auf.

Walter Gläsner, Aufsichtsratsmitglied bei Bayer, der sich gleichzeitig auf dieser Konferenz gegen die Abführung der Aufsichtsratstantiemen bis auf 2 000 DM an die Gewerkschaft aussprach, gab in diesem Punkt ein äußerst schwaches Bild ab. Seine Argumente: Über den § 218 ist in der IG Chemie die Meinung nicht einheitlich. Nachdem wir die Fristenlösung gefordert hätten und sie von „unseren" Leuten im Parlament verabschiedet worden sei, hätten wir „das Pech" gehabt, daß das Bundesverfassungsgericht gegen uns entschied. Unserem „Demokratieverständnis" entspreche es, das jetzt zu akzeptieren.

Ein noch geringeres Echo fand Margarete Gentges, die offenbar bei der Verteidigung der Empfehlung der Antragskommission auf Ablehnung des Antrages so große Schwierigkeiten hatte, daß ihre Argumentation in sich völlig unschlüssig und unlogisch war: Lange habe die Debatte in der Gewerkschaft gedauert über dieses Problem. Schließlich sei man dann überall entschieden gegen diesen Paragraphen aufgetreten. Anfangs auch für die ersatzlose Streichung. Denn dieser Paragraph habe immer nur Elend für die Betroffenen bedeutet. Jetzt hätten wir das Gesetz, sie empfehle deshalb den Antrag zu übernehmen.

Fünf Kollegen traten gegen den Antrag der Antragskommission auf. Der Staat habe absolut kein Recht, sich hier in die Entscheidung einzumischen. Und in überhaupt keiner Form habe die Frage des Schwangerschaftsabbruches etwas im Strafgesetzbuch zu suchen. Das sei auch der Hauptgrund dafür, daß auch das neue Gesetz abzulehnen ist.

Dann wurde festgestellt, daß es nicht angehen könne, jetzt die Köpfe einzuziehen, weil Staat und Verfassungsgericht nicht die Forderungen, die wir stellen, umsetzen. Als es in der Verfassung noch nicht das Wahlrecht der Frauen gab, hat niemand gepredigt, das sei eben Verfassung und für Demokraten „verbindlich". Nicht das Verfassungsgericht also ist für uns maßgeblich, sondern unsere eigenen Interessen. Es wurde gesagt, daß fast jeder der Anwesenden es aus der eigenen engsten Umgebung kenne, wie es ist, wenn in einer Familie ein Kind unterwegs ist, das man nicht großkriegen kann. Betont wurde, daß *jeder*, der finanzielle Schwierigkeiten hat, bei einer Schwangerschaft zunächst überlegt, ob es nicht doch irgendeinen Weg gibt, das Kind zu bekommen. Es ist aber eben doch gerade so, daß wir und unsere Kollegen es sind, die dieser Paragraph in Schwierigkeiten bringt und die dann als Straftäter behandelt werden. Nicht aber diejenigen, die dieses Gesetz gemacht haben oder für seine ewige Erhaltung plädieren. Bei 118 Delegierten wurde der Antrag angenommen mit zwei Enthaltungen und 12 Gegenstimmen aus dem Bezirksvorstand. In dem Antrag heißt es: „Wir unterstreichen unseren Protest gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218. Auch das neue Gesetz, das am 12. Februar vom Bundestag verabschiedet wurde, reicht nicht aus. Wir fordern weiterhin die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch."

Und in der Begründung: „Wir lehnen es ab, den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe zu stellen, solange es noch soziale Verhältnisse gibt, die die Familien der Arbeiter und Angestellten zur Abtreibung als letztem Mittel greifen lassen.

Die Aufrechterhaltung des § 218 widerspricht den Interessen der Lohnabhängigen."

Dieser Antrag wird zusammen mit dem der Verwaltungsstelle Darmstadt dem Gewerkschaftstag der IG Chemie am 19. bis 25. September in Hamburg vorliegen. – (u., Komitee gegen den § 218 Köln)

Seuchengesetz soll bei der Durchsetzung des § 218 helfen

Kiel. In der Vorlesung „Mikrobiologie" sprach Professer Gärtner am 15.4. über das neue Bundesseuchengesetz; dabei wies er darauf hin, daß u.a. nach diesem Gesetz auch das „Kindbettfieber" meldepflichtig sei gegenüber dem Gesundheitsamt. Den Grund dafür nannte er ganz offen: Der bürgerliche Staat hofft so einen Großteil der „illegalen Abtreibungen", die oft – da sie unter den miesesten hygienischen Bedingungen von irgendwelchen Kurpfuschern durchgeführt werden – zu schweren Infektionen führen, noch nachträglich zu erfassen.

Schulstrafe wegen Plakette gegen den § 218

Das Gericht mußte die Vollstreckung aufschieben

Osterburken (Baden-Württemberg). Wie wir in der KVZ bereits berichtet haben, wurde die stellvertretende Schulssprecherin der Ganztagsschule Osterburken vom Unterricht ausgeschlossen, weil sie eine Plakette gegen den § 218 in der Schule getragen hat. Der Widerspruch gegen die sofortige Vollziehung der Strafe wurde vom Verwaltungsgericht Karlsruhe zunächst abgelehnt. Begründung: Es bestehe „öffentliches Interesse" an sofortiger Vollziehung, denn es müsse sofort unterbunden werden, daß „einzelne Schüler unter ihren Mitschülern systematisch für eine bestimmte Ansicht zu aktuellen tagespolitischen Problemen mit den in der Politik üblichen Mitteln werben". Das führe zur „Störung des Schulfriedens" weil zu „Aufspaltung der Schule in verschiedene politische Lager", wie es ja auch in Osterburken eingetreten sei. „Die Fragen der Reform des § 218 Strafgesetzbuch" seien „besonders ungeeignet für eine politische Auseinandersetzung innerhalb einer Schulgemeinschaft."

Die Richter haben gsehen, in der Frage des § 218 sind die Fronten unerbittlich und die „Aufspaltung" ist unvermeidlich. Wenn der § 218 durchgesetzt werden soll, dann muß die Tätigkeit der Gegner des 1 218 unterdrückt werden, sei es in der Schule oder sonst wo. Gesucht haben sie einen juristischen Dreh. Das hanebüchene Zeug, was dabei rausgekommen ist, hat es aber offensichtlich nicht gebracht, die nächste Instanz hat die Entscheidung aufgehoben und die aufschiebende Wirkung der Klage wiederhergestellt. Die Begründung liegt gegenwärtig noch nicht vor, aber vermutlich haben sich die Richter der höheren Instanz Sorgen gemacht, daß sie bei so einer Begründung auch die Plaketten von reaktionären Schülerverbänden einziehen müßten.

In Osterburken haben Schüler sich zu einer Solidaritätsgruppe gegen den Rausschmiß der Schulsprecherin und eines weiteren Schülers zusammengeschlossen und vor dem 1. Mai eine Aktionswoche in der Stadt mit einer Kundgebung und einer Unterschriftensammlung durchgeführt. Als nächsten Schritt im Kampf gegen den § 218 und gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Schulleitung wollen sie die Eltern der Schüler zu einer Vesammlung einladen.



Delmenhorst. Der Lefferspark : 124 Wohnungen stehen leer, weil ein Kapitalist sich verkalkuliert hat und für die Luxuswohnungen keinen Käufer mehr findet, zu viele Baukapitalisten sind in das lukrative Geschäft eingestiegen Das Pleite-Projekt verrottet. Die von den Arbeitern geschaffenen Werte können nicht nutzbringend verwendet werden, denn der Betonklotz ist Privatbesitz.

In der Bundesrepublik stehen gegenwärtig drei- bis viertausend Wohnungen leer, während gleichzeitig nach Angaben des statistischen Bundesamtes fast ein Viertel aller Wohnungen „überbelegt" sind. Kinderreiche Familien drängen sich auf engstem Raum zusammen und müssen oft bis zu einem Drittel ihres Monatslohnes für Miete aufbringen. Ein Viertel aller Wohnungen hat weder ein Bad noch ein WC, 2 Millionen, also fast 10 % aller Wohnungen sind als „abbruchreif" eingestuft. Die Zahl der Obdachlosen hat in den letzten Jahren ständig zugenommen.

„Nieder mit dem Profitsystem" – angesichts solcher Schandmale der Anarchie der kapitalistischen Produktion die einzig richtige Parole!

Mannheim:

Sofortige Einstellung der Remiszko-Prozesse!

Mannheim. Vor eineinhalb Jahren wurde in Mannheim-Käfertal der junge Arbeiter Remiszko von einer als Rocker verkleideten „Sonderstreife" der Polizei vor einer Diskothek erschossen. 400 Mannheimer, die sich damals in einem Untersuchungsausschuß zur Aufdeckung der Polizeischießerei zusammengeschlossen haben, erklärten öffentlich:

„Aufgrund der Tatsachen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Sonderstreife und diejenigen, die solche Streifen einsetzen und kommandieren, des Totschlags schuldig sind."

Der bürgerliche Staat, bei einem seiner Terrorakte gegen das Volk gestellt, reagierte hektisch:

Erst sind die Dokumentationen und Zeitungen beschlagnahmt worden, die das Verbrechen enthüllt haben. Wegen „übler Nachrede" und „Volksverhetzung" wurden im Februar der verantwortliche Sprecher des Untersuchungsausschusses und der Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung vor Gericht gestellt. „Üble Nachrede" und „Volksverhetzung" sollte es sein, daß man sich dagegen erhebt, daß der Staat einen Arbeiter auf offener Straße erschießt, Störung der „öffentlichen Ordnung". Wenn ein Arbeiter von einer Sonderstreife der bürgerlichen Staatsmacht erschossen wird, so ist das nicht geeignet, „den öffentlichen Frieden zu stören", die Menschenwürde anderer wird dadurch nicht angegriffen, denn was zählt die Menschenwürde eines Arbeiters in dieser Gesellschaft. Das ist die Logik der Klassenjustiz.

Bei diesen Prozessen im Februar ist es der Klassenjustiz jedoch nicht gelungen, diese Logik durch ein Urteil abzusegnen. Die Staatlichen Ankläger wurden selbst zu Angeklagten, fast 100 Menschen forderten die sofortige Einstellung dieser Prozesse.

Vorläufig wurden die Verfahren jetzt eingestellt.

Jetzt hatte die Justiz die jungen Arbeiter, die Zeugen der Erschießung von Remiszko waren, selbst zu Angeklagten gemacht, weil sie sich damals von den Polizisten in Rockerverkleidung nicht widerstandslos haben bedrohen lassen. Als Angeklagte können sie keine Zeugen mehr sein. So einfach geht das. Das Urteil sollte stehen, bevor der Prozeß überhaupt begonnen hat. Die Schuld der Angeklagten sollte von vornherein erwiesen sein – hat man doch das Verfahren gegen den Todesschützen von der Polizei, Kastner, längst eingestellt. In der Tat decken sich die Anklageschriften gegen die damaligen Zeugen der Erschießung fast wörtlich mit der Einstellungsverfügung des Verfahrens gegen Kastner. Die Erschießung eines Arbeiters auf offener Straße war „Notwehr". Der Widerstand der Zeugen „Landfriedensbruch" – so wie die Aufdeckung des gewaltsamen Vorgehens der Staatsmacht „Volksverhetzung" war.

Doch der Klassenjustiz wurde ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Die beiden Polizisten der „Sonderstreife" verwickelten sich derart in Widersprüche, daß sogar das Gericht ihre Unglaubwürdikeit als Belastungszeugen bestätigen mußte. Die Angeklagten traten – mit einer Ausnahme – geschlossen vor Gericht auf und weigerten sich, Angaben zur Sache zu machen. Ein junger Arbeiter, dessen Anwalt der Staatsanwaltschaft zuarbeitete, machte doch gerade durch seine Aussagen deutlich, wie notwendig der Widerstand gegen die Sonderstreifen ist: Dem wild in die Menschenmenge hineinballernden Zivilpolizisten, der seinen Freund Remiszko tödlich traf, hatte er die Pistole mit den Worten aus der Hand genommen: „Wenn Du jetzt nicht aufhörst, bist du selber dran." Nur dadurch wurde verhindert, daß weitere Menschen der Sonderstreife zu Opfer fielen.

Die Klassenjustiz machte aus dieser Aussage eine Anklage wegen „Schußwaffenführung ohne Genehmigung" und „gefährliche Körperverletzung" und eine Gefängnisstrafe von einem Jahr auf Bewährung.

Die Anklage wegen „Landfriedensbruch" und „Widerstands gegen die Staatsgewalt" wurde in allen Fällen fallengelassen, weil selbst das Gericht widerwillig bestreiten mußte, daß der Einsatz der Sonderstreife der Polizei in nichts von dem Überfall einer Gangsterbande zu unterscheiden war. Ein Verfahren wurde bereits im Laufe des Prozesses eingestellt, die vier anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Arbeiter U., der ausgesagt hatte, sollte als Legitimation der Klassenjsutiz herhalten, um das Vorgehen der Sonderstreife und die Erschießung Remiszkos für rechtens zu erklären. „Eine volle Freisprechung durfte aus ‚Rechtsgründen' nicht erfolgen", so der Richter.

Die Verurteilung des Arbeiters U. bestätigt die öffentliche Anklage der 400 Mannheimer:

„Es ist für einen Arbeiter in dieser Gesellschaft unmöglich, zu seinem Recht zu kommen."

Am 10. Juni stehen 6 weitere Zeugen der Erschießung Remiszkos vor Gericht. Erreicht werden muß die

Sofortige Einstellung der Remiszko–Prozesse! – (u., Mannheim)

Hungerstreik gegen verschärfte Haftbedingungen in Butzbach

Butzbach (Hessen). In der Justizvollzugsanstalt Butzbach sind am 3.5. fünf Häftlinge in den Hungerstreik getreten. Sie protestieren damit gegen die zunehmende Isolierung der Häftlinge, die von der Gefängnisleitung betrieben wird (Anbringung zusätzlicher Gitter, Bau sogenannter Beruhigungszellen u.a.). Häftlinge, die keine Arbeit haben – in Butzbach ca. 300 – sitzen täglich 23 Stunden in der Zelle. Besuch höchstens 2 mal im Monat unter Aufsicht. Kaum Sportmöglichkeiten. Die Häftlinge fordern die Öffnung der Zellen an allen Tagen zur Freizeit, Verlängerung des Hofgangs und Sport für alle. Wöchentliche Besuchszeiten. Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten und insbesondere eine Erhöhung der „Arbeitsbelohnung". Die Gefängnisleitung hat bisher auf den Hungerstreik mit verschärften Haftbedingungen für die streikenden Häftlinge geantwortet. 3 der Häftlinge setzen den Hungerstreik fort.

Nach den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg

Ein erstes Terrorurteil

Heidelberg. Für 7 Monate soll ein Mann aus Heidelberg ins Gefängnis. Vorgeworfen wird ihm, daß während der Massenkämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen im letzten Sommer aus seiner Wohnung in der Hauptstraße – wie in Hunderten von Fällen damals – ein paar Bierflaschen auf die Prügelgarden der Polizei geflogen seien.

Die erste Instanz hatte den Mann zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft sofort auf Strafverschärfung gedrängt und in der Berufungsverhandlung 9 Monate ohne Bewährung beantragt. „Nur mit viel Mühe, hohem personellem und sachlichem Einsatz gelang es den öffentlichen Frieden in Heidelberg wiederherzustellen. Würde eine derartige Tat ... nicht mit einer zu verbüßenden Freiheitsstrafe geahndet, so wäre ein schwindendes Vertrauen der Bevölkerung in die Funktion der Rechtspflege zu besorgen." Mit drakonischen Strafen gegen Menschen, die sich an den Kämpfen gegen die Ausplünderungspolitik der herrschenden Klasse beteiligt haben, will die Reaktion in Heidelberg jetzt offenbar aufräumen und der Massenbewegung gegen die Politik der herrschenden Klasse das Kreuz brechen. Einige hundert weitere Prozesse sind in Vorbereitung. In den letzten Wochen wurden an die 20 Menschen, die im Sommer an den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen teilgenommen haben, frühmorgens in den Wohnungen festgenommen und zum Polizeipräsidium geschleppt zur erkennungsdienstlichen Behandlung und zu Verhören über ihre Beteiligung an den Kampfaktionen im Sommer.

Technische Hochschule Darmstadt:

Für eine Woche wurde der Lehrbetrieb bestreikt

Darmstadt. Die Studenten der Technischen Hochschulen gelten als politisch desinteressiert. Von der herrschenden Klasse wurden die Studienordnungen an diesen Hochschulen in den vergangenen Jahren zum Vorreiter für eine ungeheure Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen gemacht. In einzelnen Studiengängen, vor allem der Ingenieurwissenschaften, kommen Spitzenbelastungen von über 80 Wochenstunden durchaus vor. Die Klausuren sind häufig und scharf. Durchfallquoten bei 70 % sind nicht selten. Die Kürzungen an Sachmitteln und Lehrpersonal drücken drastisch auf die Studienbedingungen. Die Absichten der herrschenden Klasse mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) durch Einführung der Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation, durch Ordnungsrecht und durch die Einschränkung der Vertretungsrechte der Studenten , diese Studienbedingungen weiter zu verschärfen und die politische Entrechtung der Studenten voranzutreiben, haben das Faß zum Überlaufen gebracht: in der vergangenen Woche wurde der Lehrbetrieb an der Technischen Hochschule Darmstadt vom 3. bis zum 7. Mai bestreikt.

Vorbereitet durch mehrere Fachbereichsvollversammlungen wurde schon Ende Januar der Beschluß von der TH-Vollversammlung zum Streik gegen das HRG gefaßt. Vom 21. bis 28. April fand die Urabstimmung statt. 49 % der Studenten, das sind 4221 von ungefähr 9000 eingeschriebenen Studenten beteiligten sich daran. Zum Vergleich: An den letzten Studentenparlamentswahlen nahmen nur 42 % der Studenten teil. 86 % stimmten für Streik. Die Universitätsvollversammlung beschloß am 29. April daraufhin: Aktiver Streik ab 3. Mai!

Schon die Urabstimmung wurde von den Studenten genutzt als Mittel, um die miserablen Verhältnisse im Studium ans Licht zu bringen und zu diskutieren. Arbeitsgruppen hatten sich gebildet und einzelne Institute mit Wandzeitungen bepflastert, auf denen die Mißstände angeprangert wurden: so z.B. der Striez mit der Notengebung am Beispiel des Prüfungsvorsitzenden Schatz, der den Prüfern mitteilt, daß sie bei der Notengebung die gesunkene Zahl der offenen Lehrstellen zu berücksichtigen hätten; die Seminarüberfüllungen, wo man – wenn man schon nicht rausgeschmissen wird – nichts lernen kann; die fehlenden Tutorenstellen und die vom Kultusminister angeordnete Berichterstattung über politisch „extreme" Gruppen, die sich v.a. dadurch bemerkbar machen sollen, daß sie „Mißstände enthüllen und bekanntmachen und den Protest der Betroffenen organisieren", und die willkürliche Verweigerung der Zulassung von ausländischen Studenten zum Studium – dies und vieles mehr wurde bekannt gemacht und erörtert.

Zu 90 % wurden die Lehrveranstaltungen bestreikt. Der Rektor traute sich nicht, die Professoren zum Widerstand aufzufordern. Einzelne, die es dennoch versuchten, scheiterten an der geschlossenen Streikfront der Studenten. Mit ihren Argumenten wie z.B., die Studenten sollten doch „froh sein, überhaupt einen Studienplatz zu haben", oder ihr Kampf würde keine Unterstützung bekommen, weil „die Bevölkerung sowieso nur an den Gemüsepreisen interessiert ist", ernteten diese Reaktionäre nur Protest und Gelächter.

In vielen Fachbereichen fanden Arbeitsgruppen statt, zum HRG, zu den konkreten Studienbedingungen und zur Information der Arbeiter, Lehrlinge und Schüler über die Ziele des Streiks. An den Arbeitsgruppen, die sich mit den konkreten Studienbedingungen auseinandersetzten und dagegen Forderungen an die Professoren aufstellten, nahm die Beteiligung im Laufe des Streiks zu. Ebenso nahm zu die Zahl der Streikposten und die Beteiligung an den Gruppen, die Flugblätter zur Information über den Streik erstellten und vor Betrieben, Schulen und in der Stadt verbreiteten.

Der DGB-Kreis Darmstadt hat sich mit den streikenden Studenten solidarisch erklärt. Die streikenden Studenten erklärten dem Streik der Drucker ihre Solidarität und beschlossen auch praktische Unterstützung. U.a. unterstützten sie die Aktionen der Drucker zur Verhinderung der Auslieferung von Notausgaben.

Die Stärkung des Kampfes, die durch diesen Streik erreicht worden ist, hat sich auf der Vollversammlung am vergangenen Donnerstag gezeigt. Es kamen über 2000 Studenten. Das sind um die Hälfte mehr als auf der Vollversammlung, die den Streik beschlossen hatte. In ihrem Beschluß erklärt die Vollversammlung, daß der Streik gezeigt hat, „daß wir eine entschlossene, starke Streikfront bilden können, daß die Professoren dem nichts entgegenzusetzen haben". Beschlossen wurde, den Streik zu beenden mit dem Ziel, „auf einen bundeseinheitlichen Streik hin(zu)arbeiten. Für diesen Streik müssen in der VDS alle Schritte unternommen werden, um die Durchführung zu verwirklichen. ...Die jetzt gebildeten Arbeitsgruppen müssen auch nach dem Streik weiterbestehen, denn der Kampf gegen das HRG läuft nur über die konkreten Mißstände (Stellen- und Mittelkürzungen, Verschärfung des Prüfungsdrucks etc.) am Fachbereich und muß auch *dort* geführt werden". Neben den Forderungen nach ‚Rücknahme des HRG' und ‚Keine Anpassung des Landeshochschulgesetzes an das HRG' wurden u.a. folgende Forderungen von der Vollversammlung erhoben:

– Keine Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation
– Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen
– Sofortige Zulassung aller Studienkollegiaten zur Hochschule
– Kostendeckende Ausbildungsförderung
- Statt Ordnungsrecht und Gesinnungsschnüffelei: Uneingeschränktes Recht auf Meinungsfreiheit, Streik, Versammlung und Organisation an der Hochschule
– Für eine Verfaßte Studentschaft mit uneingeschränktem politischem Mandat, Beitrags- und Satzungsautonomie
– Weg mit den Berufsverboten, Rücknahme des Radikalenerlasses.

Anschließend an die Vollversammlung bekräftigten über 2000 Studenten diese Forderungen durch eine Demonstration in der Stadt. – (Red., nach Bericht aus Darmstadt)

Westberlin. Rund 300 Studenten der Technischen Fachhochschule führten am 5.5. im Rahmen eines eintägigen Warnstreiks eine Streikvollversammlung gegen die Einführung des Industriesemesters vor der Technischen Fachhochschule durch. Das Industriesemester sichert den Kapitalisten, in deren Betrieb dieses Semester absolviert wird, direkten Einfluß auf die Bewertung und das Studium der Studenten zu. Die Streikvollversammlung wurde vor der Technischen Fachhochschule durchgeführt, da die Hochschulleitung den Eingang zur Technischen Fachhochschule durch Polizei konrollieren ließ und den Studenten einen Raum für die Vollversammlung verweigerte. – Auch die Vollversammlung der PH Studenten beschloß auf der Grundlage einer Resolution der Kommunistischen Hochschulgruppe einen Streik als Antwort auf die Sperrung der AStA-Gelder durch die Hochschulverwaltung, mit der diese die Offenlegung der Finanzbücher des AStA erzwingen wollte. – In vielen Seminaren der Freien Universität, so in 7 Seminaren bei den Germanisten, bei den Ökonomen und Wirtschaftspädagogen, auf einer Vollversammlung der Juristen, sowie der Sozialpädagogen der Pädagogischen Hochschule und an der Hochschule der Künste und der Fachhochschule für Sozialwesen wurden Solidaritätsresolutionen für die streikenden Drucker verabschiedet. Dabei wurden auch Gelder für den Streik der Drucker gesammelt, die samt den Resolutionen in die Streiklokale der Drucker gebracht wurden.



Göttingen. Nach einer Studie des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschat muß jeder 4. Studienanfänger sein Studium abbrechen, werden von den Studienanfängern des Jahres 1974 22000 keinen Abschluß erreichen, werden in den kommenden 5 Jahren 100000 Studenten, die keinen Abschluß erhalten, Arbeit suchen und wird „rein rechnerisch" 1985 mit einer Wartezeit von 15 Jahren auf einen Studienplatz gerechnet. Man kann an diesen Zahlen ermessen, was es mit dem Getöne Kanzler Schmidts auf sich hat, der auf einer Pressekonferenz am Montag erklärte, eine neue SPD-Regierung strebe die Abschaffung des Numerus Clausus schon für nächstes Jahr an. Direkt verantwortlich für diese Politik der verschärften Aussiebung, Konkurrenz und Unterdrückung an der Hochschule, welche sich hinter diesen Zahlen verbirgt, ist der Minister Rohde. Bei einem Besuch in Göttingen mußte er sich angesichts einer Demonstration von über 1000 Studenten, die ihm ihre Forderungen entgegenhielten unter Polizeischutz aus der Stadt stehlen (siehe Bild). Die Forderungen der Studenten richteten sich gegen die Prüfungsverschärfung gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, gegen HSB und Ordnungsrecht und gegen alle Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft.

Universität Bremen:

Diese „Partnerschaft" lehnen wir ab



Bremen. Laut Gesetz ist der Beamte zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Heraus kommt dabei, daß jeder Beamte als Polizist auftreten soll, wie man in Bremen sehen kann, wo eine Riege aus Professoren und höheren Verwaltungsbeamten als Hauspolizei den Professor Duwe in einer Lehrveranstaltung davor schützten, daß ihn die Studenten zur Rede stellen konnten. Aufgrund von Anzeigen des Professor Duwe waren mehrere Studentenvertreter, die diesem Fälschung von Protokollen nachgewiesen hatten, wegen „ehrenrühriger Beleidigung" verurteilt worden.

Bremen. Durchführung einer Streikabstimmung in dieser Woche, das ist die Antwort der Bremer Studentenschaft auf die Versuche des Senator Franke, mit Drohungen und Sperrung der AStA-Gelder den Boykott der Sozialwerksgebühren der Bremer Studenten in die Knie zu zwingen. Anlaß dieses Zahlungsboykotts war die Erhöhung der Sozialwerksgebühren zum Sommersemester von 5 auf 12 Mark.

Neben der Sperrung der Gelder für den AStA (35000 Mark) hat der Senator versucht, mit einem Brief an alle Studenten (Portokosten allein 2000 Mark), worin er alle Register der Einschüchterung, Drohung und Anbiederei zieht, den Zahlungsboykott zu spalten.

Da schreibt er in diesem Brief: „Die Folgen einer Beitragsverweigerung treffen ... Sie ganz allein. Ich schreibe darum diesen Brief an Sie ... (um) Sie zu bitten, durch Zahlung der vorgeschriebenen Beiträge die soziale Versorgung aller Studenten sowie den Fortgang ihres Studiums zu sichern." Anschließend wird dann diese „Bitte" durch die Peitsche untermauert: „Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn wir durch Ihr Verhalten zu einer Eskalation kämen und ich sehr widerwillig von den angegebenen Maßnahmen und evtl. noch weiteren Gebrauch machen müßte." Und nachdem er offen mit der Unterdrückung gedroht hat, bietet er als Preis für die Unterwerfung der Studenten an: „Ich habe diesen Brief in der Hoffnung geschrieben, daß wir in dieser leidigen Angelegenheit doch am Ende Partner sein können."

Offener wurde selten ausgesprochen, worin letztenendes die „Partnerschaft" besteht, welche mit der Reformuniversität „Bremer Modell" geschaffen werden sollte: In der Unterwerfung der Studenten unter den Bremer Senat.

900 Studenten haben dem Briefeschreiber Senator Franke daraufhin die passende Antwort erteilt: Sie führten eine Demonstration durch und auch weitere Schikanen des Senator Franke hat sie nicht zur Annahme der „Partnerschaft" gebracht, sondern dazu, ihre eigenen Reihen zu verbreitern. Verschiedene Kommilitonen bekommen kein Bafög mehr, weil sie neue beantragen müssen und es keine Bescheinigungen gibt, hat man die Erhöhung nicht bezahlt. Kindergeld wird nicht mehr ausgezahlt. Aber auch diese Schikanen des Senators haben nur die Wut und Streikbereitschaft der Studenten erhöht: 1400 tragen den Zahlungsboykott aktiv, und auf einer Vollversammlung wurde der Streik beschlossen.

Getragen wird der Streikbeschluß von allen Studentenorganisationen und auch die Jusos mochten nicht dagegen auftreten. Das ist ein Erfolg der Kraft und Breite der Bewegung unter den Studenten gegen den Bremer Senat, die es bisher verhindert hat, daß die Reformisten und Revisionisten die Interessen der Studenten in Verhandlungen mit dem Senat verkaufen. Verhandeln, das schwebt ihnen vor und sofort nach der Demonstration schrieb der von DKP und SPD-Studenten getragene AStA: „Durch die Demonstration ist Franke gezwungen zu verhandeln." Darauf verstehen sich Franke und die DKP- und SPD-Studenten bestens, was man daran sehen kann, daß Franke bereits vor der Demonstration Verhandlungen angeboten hat. Denn wie anders als durch Verhandlungen kann er gegenwärtig hoffen, die Bewegung der Studenten festzubinden. Solchem Verhandlungszweck entspricht auch, daß der AStA bisher den Studenten verschwiegen hat, zu welchen Bedingungen der Senat zusammenarbeiten und verhandeln will.

Kein Wunder, denn worüber soll man denn verhandeln, da die Forderungen der Studenten klar und eindeutig sind: Die Erhöhung der Sozialgebühren muß weg, die Geldersperre für den AStA muß aufgehoben werden. – (Red., nach Bericht aus Bremen)

Nachrichten

Die Fachschaftsvollversammlung Diplompädagogik der PH Freiburg verabschiedete am 4.5. eine Solidaritätsadresse an die streikenden Drucker und unterstützt deren Forderung nach 9 % mindestens 140 Mark. In der Solidaritätsadresse wird festgehalten, daß die bisherigen Lohnabschlüsse, wie die 5,4 % im Metallbereich einen realen Lohnabbau bedeuten. Solidaritätsresolutionen mit dem Streik und den Forderungen der Drucker verabschiedeten auch die Vollversammlung der Medizinstudenten Klinik in Essen am 10.5. und eine Gesamtvollversammlung der Gesamthochschule Essen am selben Tag. Auch die Fachgruppe der Medizinstudenten in der VDS (siehe Nachricht auf dieser Seite) verabschiedete eine Solidaritätsresolution, in der sie den Streik und die Forderung der Druckarbeiter begrüßte. Solidaritätsresolutionen mit den streikenden Druckern verabschiedeten ebenfalls die Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein, die Vollversammlung der Fachhochschule Kiel, die Fachschaftsgruppe Anglistik/Romanistik der Universität Kiel, eine Lehrveranstaltung an der Universität Bremen, der Fachschaftsrat Pädagogik der Universität Trier, ein Pädagogikseminar Hamburger Studenten, sowie die Konferenz der hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse.

Hannover. Eine Streikurabstimmung gegen die Prüfungsverschärfungen an den niedrsächsischen Pädagogischen Hochschulen beschloß die studentische Vollversammlung der PH Hannover am 10.5. Durch die Urabstimmung soll gleichzeitig entschieden werden, ob ein befristeter oder unbefristeter Streik durchgeführt werden soll.

Frankfurt. Am 8./9.5. tagte in Frankfurt die VDS-Fachtagung Medizin um ihre weiteren Kampfschritte gegenüber dem von der Bundesregierung beschlossenen Praktischen Jahr festzulegen. Beschlossen wurde, an der zentralen Demonstration der VDS am 22. Juni teilzunehmen unter folgenden Forderungen: „Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Absolventen des Praktischen Jahres! Gleichstellung der PJ-Studenten mit allen Auszubildenden im Gesundheitswesen! Existenzsicherung durch zur Zeit mindestens 700 DM für alle Auszubildenden am Krankenhaus! Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung einschließlich Streikrecht! Sofortiger Abschluß von Verträgen mit den Akademischen Lehrkrankenhäusern! Sofortige Übernahme aller Prüfungsabsolventen des 2. klinischen Prüfungsabschnitts ins Praktische Jahr! Für die Einrichtung von Polikliniken und Ambulatorien! Weg mit dem Hochschulrahmengesetz und Ordnungsrecht! Für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Weg mit den Berufsverboten – für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf einschließlich Streikrecht!" Weiterhin wurde beschlossen, am 1.10., dem Tag des Beginns des Praktischen Jahres, gemeinsame Kundgebungen der Fachschaften mit den Vertretungsorganen des Klinikpersonals aus ÖTV, Personalrat, Jugendvertretung vor den Ausbildungskrankenhäusern durchzuführen. Darüber hinaus verurteilte die Fachtagung die Spaltungsversuche des Marburger Bundes (vgl. KVZ Nr. 18/76), und erklärte, daß dieser das genaue Gegenteil der Forderungen der Medizinstudenten verfolge.

Soldatenforderungen

Stadt-Allendorf, Herrenwaldkaserne. Am 29. April wurden auf einer Mannschaftsversammlung der 4. Batterie des Beobachtungsbataillons 2 folgende Forderungen mit überwältigender Mehrheit beschlossen:

1. Dienstausgleich für am Wochenende geleistete Sonderdienste wie z.B. Wache, GvD oder UvD. (Zum größten Teil übernehmen Mannschaftsdienstgrade den Unteroffizier vom Dienst, UvD.)
2. Mindestens alle vier Wochen eine Mannschaftsversammlung.
3. Informationsbrett zur Verfügung des Vertrauensmannes.
4. Offizielle Wiedereröffnung der Mannschaftsklause. (Die Klause ist ein Raum in der Unterkunft, wo die Soldaten bei gemütlichem Zusammensein ihr Bierchen trinken. Sie war auch während der Dienstzeit offen und die Mannschaften trafen sich dort in den Pausen, bis der Bataillonskommandeur die Klause schließen ließ.)
5. Keine Einteilung der Wach- und GvD-Pläne durch den Vertrauensmann.

Weiterhin wurde beschlossen, daß der Vertrauensmann Rechenschaft über seine Tätigkeit den Mannschaften gegenüber ablegen muß.

Der Vertrauensmann hatte schon Tage vorher diese Forderungen mit Kameraden besprochen.

Über die letzte Forderung entstand eine heftige Diskussion, da viele der Meinung waren, daß es für die Mannschaften von Vorteil sei, wenn der Vertrauensmann die Einteilung der Wach- und GvD-Pläne weiterhin übernimmt (seit Januar wird dies in der 4. Batterie praktiziert). Doch welcher Vertrauensmann hat schon Lust, seine eigenen Kameraden über das Wochenende zum Dienst einzuteilen? Der Unmut der Mannschaften richtet sich dann gegen den Vertrauensmann. Reibereien, ja sogar Spaltung unter den Mannschaften, ihren Zusammenschluß verhindern, das ist der Grund, warum die Offiziere dem Vertrauensmann die Einteilung von Diensten überlassen. Die Mannschaften fanden diese Argumentation richtig und mit großer Mehrheit wurde auch die letzte Forderung beschlossen. – (w., Initiative für ein Soldaten- und Resevistenkomitee, Marburg)

Sonderauftrag für zwei MAD-Spitzel

Zwei Spitzel überwachen einen Soldaten

Oldenburg. Auf dem Fliegerhorst wurde der Gefreite V. in der Woche vor Ostern von seinem stellvertretenden Staffelchef Hauptmann Vogt zweimal verhört, weil er die „Oldenburger Militärzeitung" (OMZ), Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees, in der Kaserne verteilt haben soll.

Die ganze Sache hatte ein sehr vertraulich und freundlich tuender Feldwebel, der die OMZ von dem Gefreiten während des öffentlichen Verkaufs der OMZ in der Innenstadt erhalten hatte, in Gang gesetzt, als mehrere Exemplare der OMZ auch in der Unterkunft der Soldaten aufgetaucht waren. Mit einem Stabsunteroffizier durchkämmte er nun alle Stuben der Soldaten nach wehrkraftzersetzendem Material. Zusammen mit der OMZ gab er ein Foto des Gefreiten an den Sicherheitsoffizier des Geschwaders und fragte viele Soldaten der Flugbetriebsstaffel aus, ob sie die Zeitung kennen und von wem sie sie erhalten hätten.

Bei der ersten Vernehmung machte der Gefreite von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch und machte nur Angaben zur Person. Beim zweiten Verhör durch Hauptmann Vogt wurde ihm vorab sofort mitgeteilt, daß die ganze Sache zu seinem Kommandeur weitergeleitet sei, da der 1. Vertrauensmann in Urlaub gewesen sei und der Gefreite V. als sein Stellvertreter an dem betreffenden Tag den Kommandeur zum Disziplinarvorgesetzten hatte. Des weiteren sollte dies Gespräch keine Vernehmung, sondern ganz intern sein. Hauptmann Vogt wollte ganz gerne einmal die Motive wissen, wieso er die Zeitung verteilen würde. Der Gefreite ließ sich allerdings nicht aushorchen.

Am Ostersamstag wurden die Verhöre auf einer Stellwand in der Innenstadt vom Soldaten- und Reservistenkomitee angeprangert. Dies löste unter den Passanten große und heftige Diskussionen über den Charakter und Zweck der Bundeswehr aus. Die Verhöre bzw. die sich aus der Sache ergebenden möglichen Strafen wurden von sehr vielen Leuten verurteilt und das Soldaten- und Reservistenkomitee konnte über 45 neue Militärzeitungen verkaufen. Der Gefreite V., der neben der Stelltafel gestanden hatte, wurde dabei von zwei Unbekannten fotografiert, die sich sofort, als man auf sie aufmerksam wurde, wieder aus dem Staube machten (wahrscheinlich Spitzel des MAD).

Am Mittwoch, dem 21.4., wurde der Gefreite bei der Vernehmung durch seinen Kommandeur Oberstleutnant Vieth sofort über die Aktion des Soldaten- und Reservistenkomitees in ein Gespräch verwickelt. Bei dem Verhör sollte er ebenfalls auf seine politische Gesinnung hin ausgehorcht werden, natürlich so, als wäre man nicht im Dienst und im Gespräch von Mann zu Mann, wie sich der Oberstleutnant ausdrückte. Aber auch hier war nichts aus dem Gefreiten herauszukriegen.

Am Nachmittag, nachdem der 1. Vertrauensmann noch zur Sache gehört worden war, bekam der Gefreite dann vom Oberstleutnant Vieth den Bescheid über eine Disziplinarbuße von 70 DM mit der Frage, ob denn die Verhängung der Strafe am nächsten Samstag in der Innenstadt wieder angeprangert würde, ausgehändigt. Begründet wurde in diesem Schreiben gar nichts. Es wird darin lediglich festgestellt, daß der Gefreite V. die OMZ, die teils unwahren und herabsetzenden Inhalt habe, in der Unterkunft verteilt habe.

Als seine Kameraden von der Disziplinarmaßnahme hörten, stieß dies auf helle Empörung und einige machten spontan den Vorschlag, eine Spendensammlung durchzuführen. Des weiteren hat der Gefreite beim Kommodore des Geschwaders, Oberst Laube, Beschwerde eingelegt.

Aber die Bespitzelung des Gefreiten geht weiter, denn um zu prüfen, ob er Rädelsführer beim Soldaten- und Reservistenkomitee oder nur vorgeschoben sei, setzte der Kommandeur zwei Leute vom MAD auf ihn an, die ihn am Samstag in der Innenstadt bei der Anprangerung der Strafe fotografieren sollten. Des weiteren mußte er im Rahmen der Verlegung des Flugbetriebes des Geschwaders nach Ahlhorn dort für fünf Wochen seinen Dienst verrichten, was mit einer erheblichen Mehrbelastung verbunden ist.

Warum ist die freie politische Betätigung im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes verboten und wird von der Bundeswehrführung schärfstens verfolgt? Zuerst muß man dazu sehen, daß die schlechten Verhältnisse im Kapitalismus, die nur den Kapitalisten dienen, von den Soldaten (die gerade in ihrer übergroßen Mehrzahl aus der Arbeiterklasse und dem Volk kommen) als die besten verteidigt werden sollen, daß nur der einfache Soldat das Recht auf politische Betätigung nicht hat, daß der Offizier es hat und der General mit mindestens 7500 DM im Monat dem System loyal ist.

Die freie politische Betätigung in der Bundeswehr gefährdet schwerstens das Interesse der westdeutschen Kapitalistenklasse, die Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen in Uniform zu Söldnern für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und ihrer imperialistischen Ziele zu machen. So mußte die gesamte 11. Panzergrenadierdivision über den 1. Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, ins Manöver. Die Teilnahme der Soldaten an den Aktionen der Arbeiterklasse sollte somit verhindert werden. Das Recht auf freie politische Betätigung in der Bundeswehr muß von der gesamten Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat erkämpft werden, damit die Arbeiter und Lohnabhängigen in den Kasernen weiterhin die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse und des Volkes diskutieren und an ihren Kämpfen teilnehmen können. Somit also ein Schritt gemacht wird, um die Trennung der Soldaten vom Volk zu überwinden. – (Gefr. r., Soldaten- und Reservistenkomitee Oldenburg)



Soldaten auf der 1. Mai-Demonstration in Frankfurt fordern freie politische und gewerkschaftliche Betätigung. Die Bundeswehrführung hatte die Teilnahme in Uniform an den 1. Mai-Veranstaltungen in vielen Einheiten verboten.

Meldungen und Berichte

Uniformverbot für Maikundgebungen

Bremen. Während fast die gesamte 11. Panzergrenadierdivision, also etwa 10 000 Soldaten, den 1. Mai mit Schieß- und Gefechtsübungen in Bergen-Hohne und Munster verbringen mußten, ist in zahlreichen Kompanien die Teilnahme in Uniform an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB zum 1. Mai verboten worden. So wurde in der Nachschubkompanie 320 (Bremen-Vahr), in der Panzerpionierkompanie 320 (Barme) und in Einheiten in Rheine, Rothenburg/Wümme und Achim die Teilnahme in Uniform an sämtlichen Maikundgebungen des DGB verboten.

Noch in Nummer 1/1976 der „Informationen für die Truppe" wurde aus den verschiedenen Erlassen des Verteidigungsministers zum Thema Uniformverbot auf politischen Veranstaltungen der Schluß gezogen, daß es erlaubt sei, sich an gewerkschaftlichen Veranstaltungen in Uniform zu beteiligen, außer wenn diese politischen Charakter annehmen würden. Den Standortkommandanten wurde empfohlen, den Soldaten gleich im voraus die Teilnahme in Uniform an solchen Gewerkschaftsveranstaltungen im Standortbereich zu verbieten, die vermutlich politischen Charakter haben würden. Jetzt haben es sich die Offiziere herausgenommen, die Teilnahme an *allen* Maikundgebungen in der BRD zu verbieten, d.h. sie sind wohl zu der Erkenntnis gekommen, daß alle Maikundgebungen politisch sein müßten. Der Plan der Bundeswehrführung ist nicht aufgegangen, wie die Maikundgebungen gezeigt haben. – (m., Schwanewede)

Panzerzusammenstoß

Bergen Hohne. Am Wochenende nach Ostern sind in Bergen Hohne zwei Kampfpanzer „Leopard" während einer Marschübung in schneller Fahrt zusammengeprallt. Es gab dabei sieben Schwerverletzte. Die Panzer gehören Einheiten der 11. Panzergrenadierdivision an. Ein Panzerfahrer aus einer anderen Einheit berichtete: „Ich habe auch an dieser Übung teilgenommen. Wir mußten nachts von Bergen Hohne nach Munster fahren. Dort haben wir zwei Stunden auf nichts und wieder nichts gewartet und sind dann wieder zurückgefahen. Wir hatten vor der Übung nur zwei bis drei Stunden geschlafen und alle waren müde und erschöpft. Ich hätte auch fast einen Unfall verursacht, weil ich dem Einschlafen nahe war. Sogar unser Zugführer war empört und meinte, so etwas hätte er noch nie erlebt, das sei unverantwortlich." Erzählte wurde auch, daß Kameraden morgens einfach im Bett geblieben seien, weil sie einfach übermüdet und kaputt waren. Sie mußten dann zur Strafe zu Fuß zur Schießbahn laufen. – (m., Schwanewede)

Chef beeinflußt Wahl des Vertrauensmanns

Gießen/Steuben-Kaserne. Der Chef der 3. Kompanie des Nachschubbataillons 2 hat die Wahl des Vertrauensmannes beeinflußt. Während der Kandidatenvorstellung auf der Mannschaftsversammlung, auf der anschließend gewählt wurde, griff der Chef ein. Er erklärte gegen die Forderung nach monatlicher Mannschaftsversammlung, daß er sie nur gewähren könne, wenn die dadurch für die Ausbildung „verlorene" Zeit durch zusätzliche Nachtausbildung wieder ausgeglichen würde. Diese Drohung wirkte. Gewählt wurde mit 57 gegen 48 Stimmen der Kandidat, der sich zuvor gegen diese und andere Forderungen der Mannschaften gestellt und seine Bereitschaft erklärt hatte, sich der Kompanieführung zu unterwerfen. – (Nach einer Korrespondenz von Soldaten der 3./2)

Weitere US-Truppen in die BRD

Daß Europa der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte um Weltherrschaft ist und die US-Imperialisten sich durch Verstärken ihrer militärischen Einheiten in der BRD auf entscheidende Schlachten in diesem Raum vorbereiten, zeigen die folgenden Meldungen aus der Militärzeitschrift „Wehrkunde":

„Ein Geschwader von US-Erdkampf-Unterstützungsflugzeugen des Typs ‚Fairshield A 10', dessen moderne Panzerbekämpfungsmöglichkeiten (Kanone, Raketen, elektrooptische Lenkflugkörper, konventionelle und lasergelenkte Bomben, Bündelbomben) für europäische Verhältnisse durch die US-Air Force als besonders geeignet bezeichnet wurden, soll bis 1980 in Europa stationiert werden." Auf Betreiben des US-Imperialismus werden auch die in Westdeutschland stationierten Teile der kanadischen Armee verstärkt:

„Die Regierung Kanadas hat ihre Planung bezüglich der kanadischen Streitkräfte in Deutschland geändert. Die 4. Panzergrenadierbrigade wird moderne Panzer erhalten und das Panzerregiment von zwei auf drei Bataillone mit insgesamt 57 Panzern verstärkt werden. Die Unterstützungsartillerie soll über 24 statt 18 Geschütze verfügen. Im Bedarfsfall wird ein viertes Infanteriebataillon nach Europa geschickt werden, die beiden anderen Bataillone erhalten eine vierte Kompanie. Die Luftstreitkräfte werden ein neues, von Lockheed gebautes Langstrecken-Seeaufklärungsflugzeug erhalten."

Diese Maßnahmen reihen sich ein in die Verlegung von US-Panzerbrigaden und der Infanteriebrigade 75 in die BRD, die im Laufe des letzten Jahres durchgeführt wurde. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden)

Rheinübergänge

Rüsselsheim. Von Kriegsvorbereitung zeugt der Bau von Militärstraßen und der Ausbau von Rheinübergängen in der „Mainspitze". Bei Gustavsburg wird eine „NATO-Straße" gebaut, die auf der rechten Rheinseite von dem Ersatzübergang über den Rhein, der Eisenbahnbrücke nach Mainz-Süd, zur B 42/43 führt. Auf der linken Stromseite besteht schon eine betonierte Panzerabfahrt von der Brücke zur Rheinallee. Die Eisenbahnbrücke selbst ist seit 10 Jahren auf der Unterstromseite mit Stahlplatten zur Nutzung durch Rad- und Kettenfahrzeuge ausgebohlt. Bei Geinsheim (Kornsand) liegt eine Pontonbrücke zu Manöverzwecken. Neben der Autobahnbrücke über den Rhein bei Mainz-Weisenau sind an beiden Stromseiten befestigte Uferzufahrten, die größeren Panzereinheiten die schnelle Stromdurchquerung ermöglichen.

Ritterkreuz-Verleihung

In einem der Kirche gehörenden Soldatenheim im Bundeswehrstandort Sonthofen überreichte am letzten April-Wochenende (24./25. April) der SS-General Lombard dem Oberscharführer der Waffen-SS Bruck nachträglich das „Ritterkreuz". Dies war Bruck zu Kriegsende von Hitler-Nachfolger Dönitz „wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feind" verliehen worden.

An der „Feierstunde" in dem von den Kirchen getragenen Sonthofener Soldatenheim der Bundeswehr nahmen auch Bundeswehroffiziere in Uniform teil. Beschirmt und vereint von der Kirche waren Reaktionäre, Militaristen und Faschisten im trauten Kreis. Dies war das erste Nachkriegstreffen der Waffen-SS-Divisionen „Maria Theresia", „Florian Geyer" und „Lützow". Gemietet hatte das Heim die „HiAG" („Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS"), die nach dem Krieg gebildete Sammelorganisation von SS-Offizieren und alten Nazis.



Bild aus dem italienischen Erdbebenkatastrophengebiet: Alte Häuser sind vielfach unzerstört, während Neubauten oft wie ein Kartenhaus zusammengefallen sind. Die Schutzvorschriften gegen Erdbeben wurden bei Neubauten nicht mehr beachtet.

Erdbeben in Norditalien

Für die Katastrophe ist die herrschende Klasse verantwortlich

Das Erdbeben in Norditalien fordert nach bisherigen Schätzungen zirka 1000 Tote und eine noch größere Zahl von Verletzten. Einige Ortschaften in diesem Gebiet sind bis zu 50 Prozent zerstört. Der Umfang der Katastrophe wird in Italien verglichen mit dem Erdbeben im Belice-Tal 1968, wo über 150000 Menschen obdachlos wurden. Die Presse berichtet von großer spontaner Hilfsbereitschaft vieler Menschen, die Schäden zu beheben.

Der Krisenstab zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen wurde viel zu spät eingesetzt. Der Provinzpräfekt, der diesem Stab vorsitzt, hat sich jetzt mißbilligend gegenüber den freiwilligen Helfern geäußert. Man brauche Fachkräfte und vor allem viel Geld. Das hat zu harten Auseinandersetzungen mit den Bewohnern der Dörfer und Städte in dem Gebiet geführt. Sie protestierten dagegen, daß die Behörden mit ihren paramilitärischen und militärischen Organisationen (Armee, Polizei und Carabinieri) alles an sich ziehen und die Geldmittel den Behörden zufließen.

Die Gemeinden fordern, daß „sie ihre Probleme selber lösen wollen" und die Geldmittel den Gemeinden zufließen sollen. Das hat seinen guten Grund. Bei der Katastrophe in Belice sind Millionengelder gesammelt und vom Parlament bewilligt worden, die den Obdachlosen zukommen sollten. Bis heute sind die Gelder bei ihnen noch nicht angekommen. Stattdessen sind sie in den Händen einer Erdölgesellschaft gelandet, die damit ihre Anlagen ausgebessert und vergrößert hat. Delegationen aus Belice sind jetzt ins Erdbebengebiet gefahren, um die Bevölkerung vor den Machenschaften der Behörden und Konzerne zu warnen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Überhaupt hat das Erdbeben in Italien eine breite Debatte ausgelöst über die Frage der Vorwarnung bei Erdbeben und wie man größeren Schaden für die Bevölkerung abwenden kann. Italien ist in den letzten 20 Jahren von 27 größeren Beben betroffen worden. Im jetzigen Katastrophengebiet gab es viele kleinere Beben, die von den Behörden völlig geringgeschätzt wurden. Italienische Professoren haben erklärt, daß Erdbeben rechtzeitig erkannt werden können, wobei sie sich auf eine von der Unesco veröffentlichte Untersuchung aus der Volksrepublik China berufen haben. In Italien würden bloß keinerlei Mittel dafür bereitgestellt werden, so daß die Erkenntnisse auf diesem Gebiet miserabel seien. So müßten z.B. jährlich neue Karten über Erdverschiebungen angelegt werden auf der Grundlage ständiger Messungen und Beobachtungen. Die letzte dieser Karten aber ist in Italien 1962 angelegt worden. Weiterhin wurde aufgedeckt, daß die Bauvorschriften, die zur Sicherheit gegen Beben bestehen, von profitgierigen Baukapitalisten in den letzten Jahren immer häufiger verletzt worden sind. So ist auch zu erklären, daß ältere Häuser in dem Erdbebengebiet vielfach stehen geblieben sind.

Die Volksrepublik China dagegen sei führend in der Welt bei der Erkennung von Erdbeben und der Verhütung von Schäden, besonders für die Menschen. So ist in China ein Erdbeben bis auf den Tag genau schon ein Jahr vorausgesagt worden, berichten die italienischen Professoren.

In der Peking Rundschau Nr. 12/75 wird über die Bewährung des Vorwarnsystems berichtet. Deutlich wird dabei, daß das Entscheidende dabei ist die Einbeziehung des ganzen Volkes, wodurch eine exakte Voraussage aufgrund massenhafter Beobachtungen möglich wird. Nachdem in China die zuständigen Organe die ersten Anzeichen für ein mögliches Beben analysiert hatten, wurde „das Netz der von Berufs- und von Amateurseismologen besetzten Erdbebenwarten und -stationen ... ausgeweitet, die Anlagen ausgebaut. Die Massen wurden genau über das Erdbeben informiert, sie wurden für die Beobachtungsarbeit und für Vorbeugemaßnahmen mobilisiert." „Obwohl dieses starke Beben ein dicht besiedeltes Gebiet heimsuchte, konnten die Verluste an Menschenleben und die Zerstörungen in engen Grenzen gehalten werden", schreibt die Peking Rundschau.

Während im sozialistischen China die Interessen des Volkes Vorrang haben, bestimmt im kapitalistischen Italien das Streben nach Profit und die Absicherung dieses Interesses durch den bürgerlichen Staat die Vorbereitung auf Naturkatastrophen. Der Südwestdeutsche Rundfunk berichtete, in „Wirtschaftskreisen" stünde man der Möglichkeit von Voraussagen überhaupt skeptisch gegenüber. Erstens könnte aufgrund einer solchen Voraussage leicht eine Panik entstehen, wirtschaftliche Verluste würden eintreten, was angesichts der Möglichkeit, daß eine Voraussage sich auch mal als falsch herausstellen könnte, ganz untragbar sei. Und dann seien auch die versicherungstechnischen Probleme überhaupt nicht zu überblicken, die bei Veröffentlichung solcher Voraussagen sich ergeben müßten. Die Herrschaft des Privateigentums ist es, die es der Gesellschaft unmöglich macht, mit Naturkatastrophen fertig zu werden. – (j.k.)

Italien: Schutzzölle mit Zustimmung der EG

Ein Schlag gegen den Lebensstandard des Volkes

Mit scharfen Importbeschränkungen versucht die zurückgetretene, aber noch im Amt befindliche Regierung Moro dem Verfall der italienischen Währung und dem drohenden Staatsbankrott entgegenzuwirken. Beschlossen hat sie, daß die italienischen Importeure 50 Prozent des Werts der importierten Waren zinslos bei der Notenbank hinterlegen müssen. Diese Maßnahme wurde für die Dauer von drei Monaten getroffen und in ihrem Kern stellt sie die Einführung eines Schutzzolles dar.

Die italienische Regierung war zu diesem Schritt gezwungen aufgrund des Handelskrieges, den die Imperialisten sich untereinander liefern und worin sie schwere Schläge hat einstekken müssen. Waren 1000 Lire im Vorjahr noch 3,80 Mark wert, so jetzt nur noch 2,65. Die Lira war so auf dem Weg, im Außenhandel ein Stück Papier zu werden, für welches man kaum mehr etwas bekommt. Gleichzeitig nahm die Überschwemmung des italienischen Marktes mit ausländischen Waren zu. Im März dieses Jahres erreichte die italienische Handelsbilanz ein Rekorddefizit von 592 Milliarden Lire. Um diese Schulden zu bezahlen, mußte die Regierung der italienischen Kapitalistenklasse im Ausland ständig Schulden aufnehmen, insgesamt 10 Milliarden Dollar Kredite, und auch die Verschuldung des italienischen Bankensystems gegenüber dem Ausland nahm drastisch von 358,6 auf 858,6 Milliarden Lire zu. Zuletzt mußte die italienische Regierung die aufgenommenen Kredite zu nichts anderem mehr verwenden, als durch Kauf von Lire, also ihrer eigenen Währung, deren Kursverfall zu stützen, wofür allein im März 1,5 Milliarden Dollar draufgingen. Der Reservebestand der Banca d'Italia war schließlich auf 100 Millionen Dollar gesunken und binnen kurzem wäre die italienische Regierung nicht mehr in der Lage gewesen, durch Stützungskäufe dem Verfall ihrer eigenen Währung entgegenzutreten.

Im Verlauf dieses Handelskrieges wurden ganze Bereiche der italienischen Produktion vernichtet, so die italienische Fleischproduktion. Zu den wichtigsten Fleischimporteuren gehört mittlerweile die BRD, welche jährlich 3814000 Tonnen Fleisch produziert, Italien 1973 nur noch 1789000 Tonnen.

Nachdem Italien vom Fleischimport abhängig war, stiegen die Fleischpreise an. Gegenwärtig nimmt der Fleischimport nach dem Ölimport den zweitgrößten Platz innerhalb der italienischen Einfuhren ein.

Daß die westdeutschen und auch französischen Nahrungsmittelkonzerne den italienischen Markt mit billigeren Produkten erobern konnten, hat seinen Grund weitgehend darin, daß im Bereich der Landwirtschaft die Produktivität in Westdeutschland und Frankreich diejenige in Italien auf Grund des dort relativ unterentwickelten Südens weit übertrifft. Dazu einige Zahlen. Während der Hektar-Ernteertrag für Weizen in der BRD 44,5 Doppelzentner betrug, erreichte er in Italien nur 24,8 Doppelzentner, für Gerste betragen die entsprechenden Zahlen 39,6 bzw. 24,8 Doppelzentner und für Hafer 37,1 bzw. 17,6 Doppelzentner. Den niedrigeren Produktivitätsstand der italienischen Landwirtschaft kann man auch leicht erkennen, vergleicht man den Grad der Mechanisierung dort mit den entsprechenden Zahlen in der BRD. So betrug der Bestand an Schleppern mit landwirtschaftlicher Nutzung bereits 1972 für die BRD 1408723, während in der italienischen Landwirtschaft lediglich 689278 eingesetzt wurden. Bei Mähdreschern lauten die Vergleichszahlen 160000 und 19802.

Mit den jetzt eingeführten Schutzzollmaßnahmen hat die italienische Kapitalistenklasse einen Gegenschlag geführt, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden, um sich vor den Folgen der imperialistischen Konkurrenz zu schützen und um selbst wieder an Stärke zu gewinnen. Die „Neue Zürcher Zeitung" spricht von einer „kriegswirtschaftlichen Situation".

Es war ein gehemmter Gegenschlag: gehemmt durch die schon bestehende Abhängigkeit von ausländischen Imperialisten. Die italienische Regierung hatte eine hundertprozentige Rücklage der Importeure bei der EG-Kommission beantragt. 50 Prozent sind ihr für die Dauer von drei Monaten genehmigt worden. Die Importbeschränkungen auch ohne Genehmigung der EG-Kommission durchzusetzen, wie noch 1974, konnten sie aufgrund der Abhängigkeit von den Krediten der EG und BRD erst gar nicht mehr riskieren, wo 1974 doch gerade über das Zudrehen des Kredithahnes die Importbeschränkungen wieder beseitigt worden waren.

Hemmungslos aber ist dieser Gegenschlag der italienischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse des eigenen Landes. Als einzige Ware ist der Weizen von den Importbeschränkungen ausgenommen. Die Folge: Fleisch wird für die italienischen Massen endgültig unerschwinglich, während Getreideprodukte wie Brot und Nudeln nur im allgemeinen Inflationstempo verteuert werden. Die arbeitenden Massen Italiens werden von eiweißreicher vollends auf kohlehydrathaltige Nahrung heruntergedrückt. Versucht hatte sich die Regierung daran vor einiger Zeit mit dem Plan der Einführung eines fleischfreien Tages, wo die Metzgereien geschlossen sind. Es geht der Regierung darum, einen schweren Schlag zu führen gegen den historisch erkämpften Lebensstandard der italienischen Arbeiterklasse, was sie angesichts der Kampfstärke der Gewerkschaften durch direkte Lohnsenkung nicht durchzuführen wagen könnte. Diese Seite des Plans der italienischen Regierung findet natürlich auch die Zustimmung des westdeutschen Finanzkapitals und der EG-Kommission. Finanzminister Apel hat sogar getönt: Es müßten noch „zusätzliche Maßnahmen" getroffen werden. Er meint da vor allem die Fesselung der Gewerkschaften, um damit die von Kanzler Schmidt gelobten „westdeutschen Verhältnisse" des offenen Lohnabbaus auch in Italien einzuführen. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland kann sich darauf gefaßt machen: Die Abschaffung des Fleischs für die italienische Arbeiterklasse, dieses Vorbild wird die Imperialisten auch in Westdeutschland nicht ruhen lassen. – (e.r.)

Kampfstarker 1. Mai in der Türkei

In der Türkei ist erstmals seit Jahrzehnten der 1. Mai wieder als Kampftag der Arbeiterklasse durchgeführt worden. Während noch in den letzten Jahren – wenn überhaupt – nur Kundgebungen und Demonstrationen von höchstens 200 Menschen durchgeführt werden konnten, demonstrierten dieses Jahr zum Beispiel in Instanbul Tausende von Menschen. Viele Parolen der Demonstration richteten sich gegen den Terror der faschistischen Organisationen in der Türkei.

Trawler mit imperialistischem Auftrag

„Am 3. Mai kollidierten zwei britische Trawler innerhalb der isländischen 200 Meilen-Zone, als sie versuchten, das Kappen ihrer Fangleinen durch das isländische Wachschiff Tyr zu verhindern. Die britischen Trawler forderten daraufhin von der britischen Regierung besseren Schutz. Viele verließen die isländischen Fischbänke: Vor zwei Wochen hielten sich noch ungefähr 40 Trawler in der 200 Meilen-Zone auf, am 4. Mai waren es nur noch 16. Der englische Seefahrtsminister beantragte im britischen Unterhaus, zwei zusätzliche Fregatten in die isländische Fischereizone zu entsenden. Die Entsendung wurde bewilligt und die Trawler wurden angewiesen, sofort mit dem Fischen zu beginnen. Eine Reihe von Kapitänen kam diesem Befehl jedoch nur zögernd nach. Einer weigerte sich sogar vollständig und kehrte nach England zurück und ein anderer meldete, er werde nur weiter fischen, wenn die britische Regierung ihm alle Verluste, die er im Fanggebiet erlitten hat, ersetzt." (Timinn, 6.5.76)

Damit nimmt der Kampf immer stärker einen machtpolitischen und offen imperialistischen Charakter an: Die britische Regierung schickt die Trawler zum Teil gegen ihren Willen ins Feld. In der isländischen Zeitung wird weiter berichtet:

„Am Abend des 6. Mai kam es zu neuen heftigen Zusammenstößen. 15 britische Trawler kehrten unter dem Schutz von Fregatten ins isländische Fanggebiet zurück. Eine Fregatte rammte das Wachschiff Tyr, zwei andere fuhren mit voller Fahrt auf das Wachschiff Baldur los. Baldur ging jedoch geschickt zum Gegenangriff über und beschädigte die eine Fregatte so schwer, daß ihr isländischen Kommentaren zufolge die Angriffslust für eine Weile gründlich vergangen ist."

4,5 Prozent Lohnerhöhung höchstens in Großbritannien

Das westeuropäische Finanzkapital hat der neuen Labour-Regierung in Großbritannien in der vergangenen Woche für das mit dem Dachverband der britischen Gewerkschaften ausgehandelte Lohnabkommen ein Lob erteilt. Allerdings hat die Börse, so wird vermerkt, noch nicht reagiert.

Inhalt des Lohnabkommens ist die Festlegung der Gewerkschaften auf eine Begrenzung der Lohnforderungen auf 4,5 Prozent. Danach dürfen die höchsten Löhne, die bei 80 Pfund (knapp 400 DM) in der Woche liegen, nicht mehr als 4 Pfund (etwas weniger als 20 DM) steigen und die niedrigsten Wochenlöhne bis zu 2,50 Pfund (rund 12 DM) erhöht werden. In diesem in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai geschlossenen Abkommen, das vom 1. Juli an gelten soll, hat die Gewerkschaftsspitze darüberhinaus auf jegliche Klausel verzichtet, die eine Revision bei Produktivitätssteigerung oder wegen der Inflation ermöglicht. Der Schatzkanzler Healey habe öffentlich erklären können, daß die Anwendung dieses Vertrages einen Verfall des Lebensniveaus der britischen Arbeiter in den kommenden 18 Monaten bewirken werde, vermerkt die bürgerliche Presse bewundernd. Die Inflationsrate belief sich im letzten Jahr auf knapp 30 Prozent. Der Vertrag allerdings muß noch von einem Kongreß aller Einzelgewerkschaften abgestimmt werden. Und in Schottland und in Wales haben bereits die Bergarbeiter ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht und der Gewerkschaftsspitze Verrat vorgeworfen.

Angriffe auf das Streikrecnt der französischen Arbeiterklasse

In La Rochelle sind seit ungefähr 10 Tagen rund vier- bis fünftausend Arbeiter der Metallindustrie im Streik. In dieser Gegend werden die niedrigsten Löhne in Frankreich bezahlt (1700 Francs). Streikforderungen waren Lohnerhöhung und bessere Einstufung. Letzten Samstag nun sollten 20 Arbeiter wegen „Behinderung der Arbeitsfreiheit" vor Gericht gestellt werden, die Sitzung sollte nichtöffentlich sein. Doch die Prozesse wurden von einer großen Menschenmenge, die sich vor dem Gericht eingefunden hatte, verhindert. Daraufhin wurde die Polizei eingesetzt, die mit Tränengas versuchte, die Menge auseinander zu treiben. Aus Protest gegen diesen Einsatz fand daraufhin am Montag eine gewaltige Demonstration von 5000 Menschen statt.

Kampf für die vollständige Rückgabe der Kanalzone

Das Volk von Panama kämpft für seine Souveränität

„Es gibt absolut nichts zu verhandeln. Wir haben ihn gekauft, wir haben ihn gebaut, wir werden ihn behalten.“ Gemeint ist der Panama-Kanal. Gemacht wurde diese Äußerung von dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Reagan, dem ehemaligen Gouverneur von Kalifornien, auf einer Wahlveranstaltung in Texas in der letzten Woche.

Derselben Auffassung ist der amerikanische Kongreß und die Regierung Ford. Das Repräsentantenhaus hat im vergangenen Herbst mit 203 gegen 197 Stimmen die Bewilligung der Mittel verweigert, die von der Regierung für die Durchführung von Verhandlungen mit der panamesischen Regierung über eine Veränderung des Kanalzonen-Vertrags beantragt wurden. Senatoren der Republikaner und der Demokraten erklärten: „Wir zahlten für die Kanalzone. Sie gehört uns – für ewig.“ „Unsere Souveränität über die Kanalzone ist so legitim wie über die Stadt New York.“ (Le Monde, 6. Mai)

Der amerikanische Außenminister Kissinger schrieb in einem Brief an den früheren Gouverneur Wallace, der jetzt Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei ist: „Die USA müssen das Recht, den Kanal zu verteidigen, für eine lange Zeit aufrecht erhalten.“ Kissinger fordert ein „neues Statut“ für die Kanalzone: „In den nächsten zehn Jahren werden wir uns einem Guerillakrieg in unserer Hemisphäre gegenübersehen“, wenn es dazu nicht kommt.

Mit der panamesischen Regierung dieses „Statut“ auszuhandeln, wurde der Botschafter Elsworth Bunker beauftragt. Bunker war vor seinem Einsatz in Panama Botschafter in Saigon. Bei der Ausführung seines dortigen Auftrags, die „Vietnamisierung“ des Krieges, ist dieser Spezialist der Konterrevolution am Widerstand des vietnamesischen Volkes gescheitert. Gegenüber der panamesischen Regierung soll er nun das Recht der US-Imperialisten durchsetzen, in allen Teilen Panamas zu intervenieren, um jede Form des bewaffneten Kampfes gegen die Anwesenheit des US-Imperialismus in Panama zu zerschlagen.

Der Vertrag von 1903 wurde nicht mit der Regierung Panamas geschlossen

Der Vertrag von 1903, auf den sich die Repräsentanten des US-Imperialismus so lautstark berufen, ist nicht mit einer panamesischen Regierung geschlossen worden, sondern mit dem Manager der Ende des 19. Jahrhunderts vom französischen Finanzkapital gegründeten Kanalbaugesellschaft. Um diese Tatsache zu vertuschen, wird dieser französische Manager – Bunau-Varilla ist sein Name – in dem Dokument über den Vertragstext als Vertreter der Republik Panama ausgegeben. Über den tatsächlichen Vorgang schreibt dagegen Roque Javier Laurenza, ein panamesischer Journalist und Diplomat, „daß der Vertrag Hay – Bunau-Varilla (Hay war der damalige US-Außenminister) dem Volk und der Regierung Panamas erst mehrere Tage nach der Unterzeichnung des Dokuments am 18. November 1903 in Washington bekannt gemacht wurde. Die neue Republik bestand gerade 14 Tage.“



8. Januar 1964: In Panama-Stadt haben die Volksmassen die Absperrgitter der Kanalzone durchbrochen. Die US-Einheiten haben 24 Panamanesen erschossen und über 400 verletzt.

Die Republik Panama war unter dem Feuerschutz des amerikanischen Panzerkreuzers Nashville aus der Taufe gehoben worden. Zuvor war Panama eine Provinz Kolumbiens. Der Grund für diese Staatsgründung auf Betreiben der USA war die Tatsache, daß Anfang November 1903 der Senat Kolumbiens einen Kaufvertrag über die Kanalzone und die Kanalbaurechte durch die USA ablehnte. Als Reaktion darauf haben sich die US-Imperialisten einige Offiziere der kolumbianischen Einheiten gekauft, welche die Provinz von Kolumbien abspalteten und die „Unabhängige Republik Panama“ ausriefen.

Drei Tage nach dem Putsch wurde die neue panamesische Regierung zu Verhandlungen über den Kanalbau nach Washington befohlen. Dort angekommen, stellte man sie vor vollendete Tatsachen: Der Vertrag mit dem Franzosen Bunau-Varilla war bereits unterzeichnet, drei Stunden bevor die Regierungsdelegation Washington erreichte. Die eben von US-Agenten eingesetzte Regierung mußte nur ihre Unterschrift leisten unter einen Vertrag, der Knechtschaft für das Volk in der neuen Republik Panama brachte.

Im einzelnen sah der Vertrag vor: Garantie der Unabhängigkeit der Republik Panama durch den US-Imperialismus (Artikel 1). Dauernde Besitzübertragung einer Zehn-Meilen-Zone, je fünf nach beiden Seiten, gerechnet von der Mitte des Kanals, seitens Panamas an die USA. Die Städte Panama (am Pazifik) und Colon (am Atlantik) sind in diese Übertragung nicht mit eingeschlossen (Artikel 2).

Im Artikel 3 heißt es: Panama überträgt den USA „alle Rechte, Gewalt und Macht“ innerhalb der Zone, die die USA besitzen. Sie üben diese Rechte, Gewalt und Macht so aus, „als wären sie der Souverän des Territoriums“. Weiter erpreßten die USA: Monopol für Anlage von Verkehrswegen, Enteignungsrecht innerhalb der Gebietshoheit Panamas, Interventionsrecht, Einwanderungsfreiheit für Arbeiter, Neutralität des Kanals, Verteidigung des Kanals durch die USA im Falle der Gefahr u.a.m.

Damit üben die USA die volle Souveränität über die Kanalzone aus. Das US-Verteidigungsministerium als der Alleininhaber der Kanalbaugesellschaft streicht seit der Fertigstellung des 82 Kilometer langen Kanals 1914, wobei nach Schätzungen mindestens 40 000 Arbeiter an Malaria, Gelbfieber und anderen Tropenkrankheiten gestorben sind, alle Einkünfte aus den Abgaben der passierenden Schiffe ein.

Die Bedeutung des Kanals und der Kanalzone für den US-Imperialismus

Die Durchfahrt durch den Kanal hat große Bedeutung für den US-Imperialismus. Zunächst einmal ist es ein gutes Geschäft mit dem Monopol am Verkehrsweg.

Die panamesische Regierung hat all die Jahre hindurch immer nur einen winzigen Bruchteil der Abgaben bekommen: Bis 1936 zahlte das US-Verteidigungsministerium 250 000 Dollar, dann wurde die Summe auf jährlich 430 000 Dollar erhöht, und ab 1955 wurden jährlich 1,9 Millionen Dollar gezahlt. Ab 1968 sollen dann nach Berichten eines französischen Journalisten zwischen 25 und 30 Millionen Dollar gezahlt werden. Zu diesem Zeitpunkt betrugen die Einnahmen jedoch mindestens 90 Millionen Dollar jährlich, wie der „Spiegel“ damals berichtete. Die wirtschaftliche Bedeutung für das amerikanische Finanzkapital, die diese Verbindung des Pazifik mit dem Atlantik hat, wird deutlich an der Tatsache, daß bereits der Eisenbahnmonopolist Vanderbilt im Jahre 1849 eine Eisenbahn quer durch Panama bauen ließ.

Die strategische Bedeutung, die diese Verbindungslinie für den US-Imperialismus hat, wurde während des Vietnam-Krieges schlagend deutlich: Der gesamte Nachschub für die US-Aggressionstruppen wurde durch diese Wasserstraße geleitet. Und die Kanalzone selber ist währenddessen zur Drehscheibe für die Politik des US-Imperialismus gegenüber Lateinamerika ausgebaut worden. Der französische Journalist Niedergang schreibt: „Von dieser wahrhaften ‚Kommandozentrale Süd‘ gehen Fluglinien aus, auf denen ausschließlich Militärflugzeuge der USA nach einem regelmäßigen Flugplan in alle Hauptstädte Südamerikas und der karibischen Inseln verkehren. Zu jedem Zeitpunkt können sogenannte ‚zivile und soziale Kommandoeinheiten‘ und sogenannte ‚Anti-Guerilla-Einheiten‘ an jeden ‚heißen Punkt‘ des Subkontinents geflogen werden.“

Die Green Berets, die Spezialtruppe der Marineinfanterie, aus dem Vietnam-Krieg durch ihre Terroraktionen gegen die Zivilbevölkerung berüchtigt, wird in der Kanalzone im Dschungelkampf ausgebildet. Insgesamt unterhält der US-Imperialismus in der Kanalzone ständig 22 000 Soldaten und 15 000 Zivilisten. Andere Angaben sprechen von 60 000 Mann Zivilpersonal auf einer Gesamtfläche von 1 300 Quadratkilometern.

Diese Militärmacht ist gegen das Volk von Panama besonders in den Jahren nach Fertigstellung des Kanals bis 1936 immer eingesetzt worden. Die Regierung Roosevelt mußte dann auf das „Interventionsrecht“ formell verzichten, um die eingeschlagene neokoloniale Politik der „gut nachbarschaftlichen Beziehungen“ gegenüber den anderen lateinamerikanischen Staaten nicht zu gefährden. Das Volk von Panama hat sich niemals mit der Beherrschung seines Territoriums durch den US-Imperialismus abgefunden, wohl aber die herrschende Oligarchie, die 50 reichen Familien, die den Rest des Landes zusammen mit den US-Monopolen, der Chiriqui Company, der United Brands und den großen Handelsmonopolen ausbeuten und den Anteil aus den Kanalgebühren in ihre Tasche stecken über ihre Beherrschung des Staatsapparates. Hauptausfuhrprodukt sind Bananen. Das Bananengeschäft wurde bis 1975 vollständig von den beiden US-Konzernen beherrscht.

Dabei ist die Produktion auf den Plantagen so weit rationalisiert, daß nicht mehr als 5 000 Arbeiter dort Arbeit finden. Rund 10 000 Arbeiter sind in der Kanalzone zur Erledigung der Dreckarbeiten beschäftigt. Ihr Lohn liegt um ein Vielfaches unter dem eines dort beschäftigten nordamerikanischen Arbeiters. Und der Rest der knapp zwei Millionen Einwohner sind entweder kleine Bauern, die von den Großgrundbesitzern abhängig sind, oder Arbeiter, die – zumeist arbeitslos – in den Städten Panama-Stadt und Colon leben. Die Gesamtfläche des Landes ist mit 75 600 Quadratkilometern nicht viel größer als Bayern.



Die Interventionen des US-Imperialismus in Mittelamerika

Die erste große Rebellion gegen diese Verhältnisse ging von den Arbeitern in Panama-Stadt aus: 1925 protestierten sie gegen die Wohnverhältnisse. Dabei stürmten sie den Eisengitterzaun, der die Kanalzone von der übrigen Stadt trennt. Viele dieser Arbeiter waren Schwarze, die nach Panama von den westindischen Inseln herübergebracht worden waren für den Kanalbau in den Jahren 1903 bis 1914. Sie waren damals gezwungen, in Unterkünften zu leben, in die man früher die Sklaven gesperrt hatte.

Die panamesische Oligarchie nutzte damals wie später immer wieder diesen und folgende Aufstände, um sich einen höheren Anteil an den Kanalgebühren zu sichern. Niedergeschlagen wurde der Aufstand von der US-Armee.

Dieses Verhältnis zwischen den Bewegungen des Volkes, der Oligarchie und den amerikanischen Kolonialherren war bestimmend bis in die sechziger Jahre.

Der Kampf um die Souveränität tritt in eine entscheidende Phase

1964 nahm der Kampf der Volksmassen einen entscheidenden Aufschwung. Die Massenbewegung entzündete sich an der Flaggenfrage. Die US-Regierung hatte Ende der fünfziger Jahre zugestanden, daß die panamanesische Flagge innerhalb der Kanalzone zugleich mit dem Sternenbanner zu hissen ist. Das war ein Zugeständnis in der Frage der Souveränität. Am 9. Januar nun versuchten die US-Imperialisten dieses Zugeständnis rückgängig zu machen. Dabei schickten sie Schulkinder vor.

Der Korrespondent des „Spiegel“ berichtet:

„Am 9. Januar marschierte eine Klasse Sechzehnjähriger der Balboa High School auf und hißte das Sternenbanner.

Amerikanische Passanten klatschten Beifall. Panamesische Jugendliche alarmierten ihre Landsleute.

Hunderte panamesischer Schüler, in blauen Hosen und weißen Hemden, die Panama-Fahne schwingend, durchbrachen als erste die Zaungrenze. Die Schüler-Mannschaften brüllten sich, die Landes-Hymnen singend, gegenseitig nieder. Die US-Boys holten ihre Fahne nicht ein, die Panama-Jungs brachten ihre nicht hoch.“

Daraufhin griffen die panamesischen Volksmassen ein. Mit Stöcken, Steinen und Molotow-Cocktails rannten sie gegen die Kanalzone und kamen den Schülern und Studenten zu Hilfe. Die US-Imperialisten setzten die 193. Infanteriebrigade ein. Drei Tage lang dauerten die Kämpfe. Dabei wurden 24 Panamanesen getötet und über 400 verletzt. Die von der Oligarchie gestellte Regierung mußte daraufhin vorübergehend die diplomatischen Beziehungen zu den USA abbrechen und dem tiefen Haß des Volkes von Panama gegen die US-Imperialisten Raum geben.

An dem Flaggenstreit hat sich das Bewußtsein der Volksmassen geschärft. Eine Auswirkung dieses Ereignisses war der Sturz der von der Oligarchie beherrschten Regierung. Seitdem besteht in Panama ein Offiziersregime, an dessen Spitze der General Torrijos steht.

Das Offiziersregime macht den USA Schwierigkeiten

Das Offiziersregime versucht sich auf die Volksmassen zu stützen. Aber die Oligarchie hat es nicht entmachtet, sondern nur aus der Regierung getrieben. Es vertritt die Forderung nach bedingungsloser Rückgabe der Kanalzone. Diese Forderung brachte die Regierung vor den UN-Sicherheitsrat, der im März 1973 sich damit befaßte. Ein entsprechender Beschluß wurde durch das Veto des Vertreters der amerikanischen Regierung verhindert.

Der Sicherheitsrat tagte damals in Panama-Stadt. Für Panama war das ein großer diplomatischer Erfolg, der die Unterstützung zeigt, die der Kampf des panamanesischen Volkes für seine nationale Souveränität in der Welt gewonnen hat. Panama ist in die „Gruppe der 77“ aufgenommen worden, und Solidaritätserklärungen kommen besonders von den Völkern Lateinamerikas.

Am 10. Oktober letzten Jahres traf zum Beispiel auch eine Delegation von zahlreichen antiimperialistischen Organisationen und gewerkschaftlichen Gruppen in Panama-Stadt ein und überbrachte ihre Solidarität. An jenem Tag feierte das panamanesische Volk die Arbeiter, die 1925 den ersten Aufstand gegen die US-Herrschaft durchgeführt hatten. Über 100 000 Panamanesen nahmen an dieser Gedenkfeier teil.

Eine Verhandlungslösung wird es nicht geben

Torrijos erklärte am Schluß seiner Rede vor den Delegierten des Sicherheitsrates: „Wir können weder die Unterwerfung eines Landes unter ein anderes hinnehmen noch seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Durchdringung, denn das ist Neokolonialismus. (. . .) Wir wollen, daß eins sehr klar ist vor der Weltöffentlichkeit: Wir waren niemals und werden niemals ein assoziierter Staat, eine Kolonie oder ein Protektorat, und wir werden auch niemals einen weiteren Stern in der Flagge der USA hinzufügen.“ (Le Monde Diplomatique, Nr. 4/1973)

Torrijos will die Herstellung der panamanesischen Souveränität über die Kanalzone ausschließlich durch Verhandlungen erreichen. Der US-Imperialismus geht auf die Verhandlungen ein, jedoch läßt er sie zu keinem Ergebnis kommen. Unterdessen versucht er gemeinsam mit Mitgliedern der Oligarchie die derzeitige Regierung zu stürzen.

Am 20. Januar wurde ein solcher Putschversuch aufgedeckt. Verwickelt war darin neben der panamanesischen Oligarchie der amerikanische Präsidentschaftskandidat Reagan. Diese Gruppe bereitet einen neuen Putschversuch vor.

Das Volk von Panama will nicht länger beherrscht und ausgebeutet werden vom US-Imperialismus und den 50 reichen Familien. Ein Sprecher der Gewerkschaft der Bananenarbeiter von den Pflanzungen der Chiriqui Co. und der United Brands Co. erklärte kürzlich gegenüber einem Korrespondenten der amerikanischen Wochenzeitung „Guardian“: „Die Gewerkschaft hat bedeutende wirtschaftliche Vorteile für ihre Mitglieder erzielt, solche wie Lohnerhöhungen, freies Wohnen, kostenlosen Verbrauch von Licht und Wasser. Seit ihrer Gründung hat sie sowohl den Imperialismus als die panamanesische Oligarchie bekämpft.“ – (gj)

Auf der 4. Welthandelskonferenz

Stimmen von Politikern der Dritten Welt

Die Lage der meisten Länder der Dritten Welt, die noch der Ausbeutung auf dem imperialistischen Weltmarkt ausgesetzt sind, hat sich seit der III. UNCTAD-Konferenz, die im April 1972 in Santiago de Chile stattfand, weiter entscheidend verschlechtert.

„Mit tiefer Enttäuschung" stellten die Entwicklungsländer vor der derzeit stattfindenden IV. UNCTAD-Konferenz fest, „daß die entwickelten Länder im allgemeinen jene politischen Maßnahmen nicht durchgeführt haben, die geplant waren, um die Situation der Entwicklungsländer zu verbessern, und daß die Position der am wenigsten entwickelten Länder (...) sich während dieser Zeit verschlechtert hat." „... daß die internationale Wirtschaftslage, insbesondere die Inflation in der Welt, das Ungleichgewicht im Währungssystem, die Rezession in den hochindustrialisierten Ländern, das Auftauchen neuer Formen wirtschaftlicher Diskriminierung und die Ausübung von wirtschaftlichem Druck, gewissen Aktionsformen multinationaler Konzerne und die Wiederbelebung protektionistischer Tendenzen in den entwickelten Ländern – sich auf alle Entwicklungsländer sehr schlecht ausgewirkt" hat.

Sie „bedauern die Anwendung von ungerechten und diskriminierenden Handelsvorschriften durch entwickelte Länder und die Beschränkungen, mit denen diese den Zugang der Entwicklungsländer zur modernen Technologie behindern". (Erklärung der Gruppe der 77. Nach: 3. Welt Magazin Nr. 3/4-1976)

Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß der Zusammenschluß und Kampf der Länder der Dritten Welt gegen den Hegemonismus im Bereich der Weltwirtschaft weiter wächst. Trotz unterschiedlicher sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen stehen sie vor einer gemeinsamen Aufgabe – Festigung der nationalen Unabhängigkeit, Wahrung der staatlichen Souveränität, Schutz der eigenen Ressourcen und Entwicklung der nationalen Wirtschaft. Deswegen kämpfen sie alle für eine „radikale Änderung", „um neue, auf Gerechtigkeit beruhende Beziehungen herzustellen, durch die die ungerechten Wirtschaftsstrukturen beseitigt werden, die die Entwicklungsländer belasten, vor allem durch die Ausbeutung und Vermarktung ihrer natürlichen Ressourcen und Reichtümer". (Erklärung der Gruppe der 77)

In der „Gruppe der 77", der mit der Aufnahme u.a. Rumäniens, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Surinam und Malta inzwischen 110 Mitglieder angehören, haben sie sich ein wichtiges Kampfinstrument geschaffen. Sie konfrontiert auf der IV. UNCTAD-Konferenz die imperialistischen Staaten mit einem gemeinsamen Programm „zur Transformation der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Währungsordnung", das im Februar 1976 in Manila beschlossen wurde. Dieses Aktionsprogramm der Gruppe der 77 haben wir auszugsweise abgedruckt.

Der malaysische Delegierte erklärte in Manila: „Eine gerechte und vernünftige Weltwirtschafts-, Handels- und Sozialordnung muß errichtet werden." Der irakische Delegierte forderte „Schritte zur Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Ausbeutung" der Länder der Dritten Welt und forderte wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel und die Rassistenregimes in Afrika. Der mexikanische Delegierte drang darauf, daß die Länder der Dritten Welt ihre Politik ausrichten auf ausgedehnte regionale und interregionale Zusammenarbeit, um ihre wirtschaftliche Kraft zu stärken. Er fügte hinzu: „Der dramatische Kampf unserer Länder gegen Kolonialismus und Imperialismus hat unser Gemeinschaftsbewußtsein und unsere Solidarität gestärkt für gemeinsame Aktionen gegen ein ungerechtes wirtschaftliches System." Der philippinische Präsident Marcos forderte die Errichtung eines neuen „Wirtschaftssystems der Dritten Welt". Guayana die Abschaffung des Internationalen Währungsfonds und die Schaffung eines auf Gleichheit beruhenden Wirtschaftssystems.

Der Wirtschaftsminister Botswanas, Gaositwe Chiepe, erklärte, daß Botswana vor allem Maßnahmen wünscht gegen die Preisfluktuation bei den Rohstoffen, weil es als rohstoffexportierendes Land davon besonders stark betroffen sei. Aber „wir wollen nicht bloß Rohmateriallieferanten bleiben, wir wollen unsere Rohstoffe teilweise selber verarbeiten, um im Land Arbeitsplätze zu schaffen, um die Exportmasse zu vermindern und bessere Preise für verarbeitete Waren zu erhalten". Insbesondere wandte er sich gegen die Maßnahmen auf dem internationalen Geld- und Währungsmarkt, die über die Köpfe der betroffenen Entwicklungsländer gefällt würden. Zambia erklärte, daß die „UNCTAD die Rohmaterialhersteller in die Lage versetzen sollte, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten, die nicht die Rohmaterial-Konsumenten reicher und reicher macht". Die nigerianische Zeitung „Neues Nigeria" stellt fest: „Wie die Erfahrung der OPEC gezeigt hat, werden die Preissteigerungen für landwirtschaftliche und mineralische Güter verfallen, wenn sie nicht gebunden werden an Preissteigerungen der Industriewaren. Deshalb muß die Frage der Indexbindung der Preise in Nairobi großes Gewicht bekommen."

Natürlich versuchen die imperialistischen Staaten alle diese gerechten Forderungen unter den Tisch zu bügeln, geht es ihnen doch um die Sicherung und Expansion der Profite des Monopolkapitals, also die Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung. Die westlichen Imperialisten haben unter Führung der USA einen Stoßkeil gebildet, auch die BRD gehört zu diesem „harten Kern". (Neue Zürcher Zeitung, 6. Mai)

Kissinger „hat in einer Grundsatzrede vor der Welthandelskonferenz in Nairobi die Entwicklungsländer aufgefordert, die freie Marktwirtschaft des Westens zu akzeptieren", also das, was das Elend in den Ländern der Dritten Welt produziert hat und ständig reproduziert, „wenn sie von den Industriestaaten weiterhin Investitionen, Technologie und Wirtschaftshilfe erwarten". (Neue Zürcher Zeitung, 8. Mai) Damit wird er aber die Länder der Dritten Welt wenig schrecken, denn diese „Hilfe" zu den ungerechten Bedingungen der Imperialisten macht sie ärmer und ärmer.

„Lösungen von Fall zu Fall", die „einzelnen Märkte getrennt zu behandeln", schlagen Kissinger und die BRD vor anstelle der „gerechten Wirtschaftsordnung". Diese und den Zusammenschluß der Staaten der Dritten Welt im Kampf dafür bezeichnen sie als „Dirigismus", um ihn in Mißkredit zu bringen. Kissinger geht mit dem Vorschlag einer Rohstoffbank hausieren, angeblich um der Dritten Welt zu helfen. Tatsächlich sollen die Entwicklungsländer an ihrer eigenen Ausbeutung mitwirken, soll die Ausplünderung der Rohstoffe intensiviert und das Monopolkapital vor Nationalisierung ihrer ausländischen Unternehmen, die die Ausbeutung am Ort betreiben, geschützt werden. „Multinationale Konzerne und OPEC-Länder sollen über die ‚Weltrohstoffbank' internationale Garantien erhalten, wenn sie Explorations- und Entwicklungskapital in rohstoffreiche, jedoch kapitalarme Entwicklungsländer schleusen."

Die Länder der Dritten Welt wird er damit nicht bluffen können, ihr Zusammenschluß wird sich weiter festigen und ihre Kraft gegen den Hegemonismus wachsen. – (hl)

Auszug aus der „Erklärung von Manila"

1. Eine Umstrukturierung des Welthandels auf dem Rohstoffsektor, so daß für die Rohstoffprobleme eine lebensfähige Lösung gefunden wird, daß der Wert der Exporte und der Exporterlöse der Entwicklungsländer steigen oder aufrechterhalten werden können, daß die Weiterverarbeitung in diesen Ländern zunimmt und die Terms of Trade sich zu ihren Gunsten entwickeln. (...)

2. Umgestaltung der Strukturen der Weltindustrieproduktion und des Welthandels, um eine wesentliche Zunahme des Anteils der Entwicklungsländer am Weltexport von Fertig- und Halbfertigwaren sicherzustellen in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen, die u.a. in der Erklärung und dem Aktionsprogramm über industrielle Entwicklungskooperation von Lima festgelegt wurden. (...)

3. Ausweitung der gesamten Exportkapazität der Entwicklungsländer sowohl durch die Zunahme des Volumens als auch durch die Diversifizierung ihrer Produkte, (...)

4. Realisierung wesentlicher Erfolge für die Entwicklungsländer in multilateralen Handelsverhandlungen und zusätzliche Vorteile durch die Annahme ausgleichender Maßnahmen und besonderer Verfahren zu ihren Gunsten auf allen Gebieten der Verhandlungen. (...)

5. Verurteilung und Zurückweisung aller Formen der Diskriminierung, der Drohung, aller politischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Praktiken von seiten entwickelter Länder, (...)

6. Rasche Durchführung einer Reform des internationalen Währungssystems, (...)

7. Sicherstellung ausreichender lang- und kurzfristiger Finanzierung zu günstigen Bedingungen (...)

8. Die entwickelten Länder und die internationalen Organisationen müssen sofort Maßnahmen ergreifen, um das zunehmende **Verschuldungsproblem** der Entwicklungsländer und ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu mildern;

9. Förderung des nationalen technologischen Fortschritts durch den Erwerb, die Entwicklung, **die Anpassung und Verbreitung von Technologien** in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen, Interessen und Prioritäten der Entwicklungsländer (...)

10. Sicherstellen, daß die **Aktivitäten der multilateralen Konzerne**, die in den Entwicklungsländern tätig sind, mit deren nationalen Entwicklungszielen übereinstimmen, indem diese Länder das uneingeschränkte Recht ausüben, die Tätigkeit dieser Konzerne zu kontrollieren und die internationale Zusammenarbeit als wirksames Instrument zur Durchsetzung dieses Ziels fördern;

11. Förderung eines **Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern** durch geeignete ständige Mechanismen, um die Zusammenarbeit unter ihnen zu festigen und die Annahme konkreter Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten ihrer Wirtschaftsbeziehungen möglich zu machen, mit dem Ziel, die individuelle und kollektive Eigenständigkeit, die wechselseitige Abhängigkeit und den Fortschritt der Entwicklungsländer zu fördern; (...)

12. Ausweitung des Handels zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern mit zentraler Planwirtschaft, einschließlich geeigneter institutioneller Vorkehrungen zur Behandlung dieser Frage mit dem Ziel, den ökonomischen Nutzen zu steigern, den die Entwicklungsländer aus dem Handel und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ziehen;

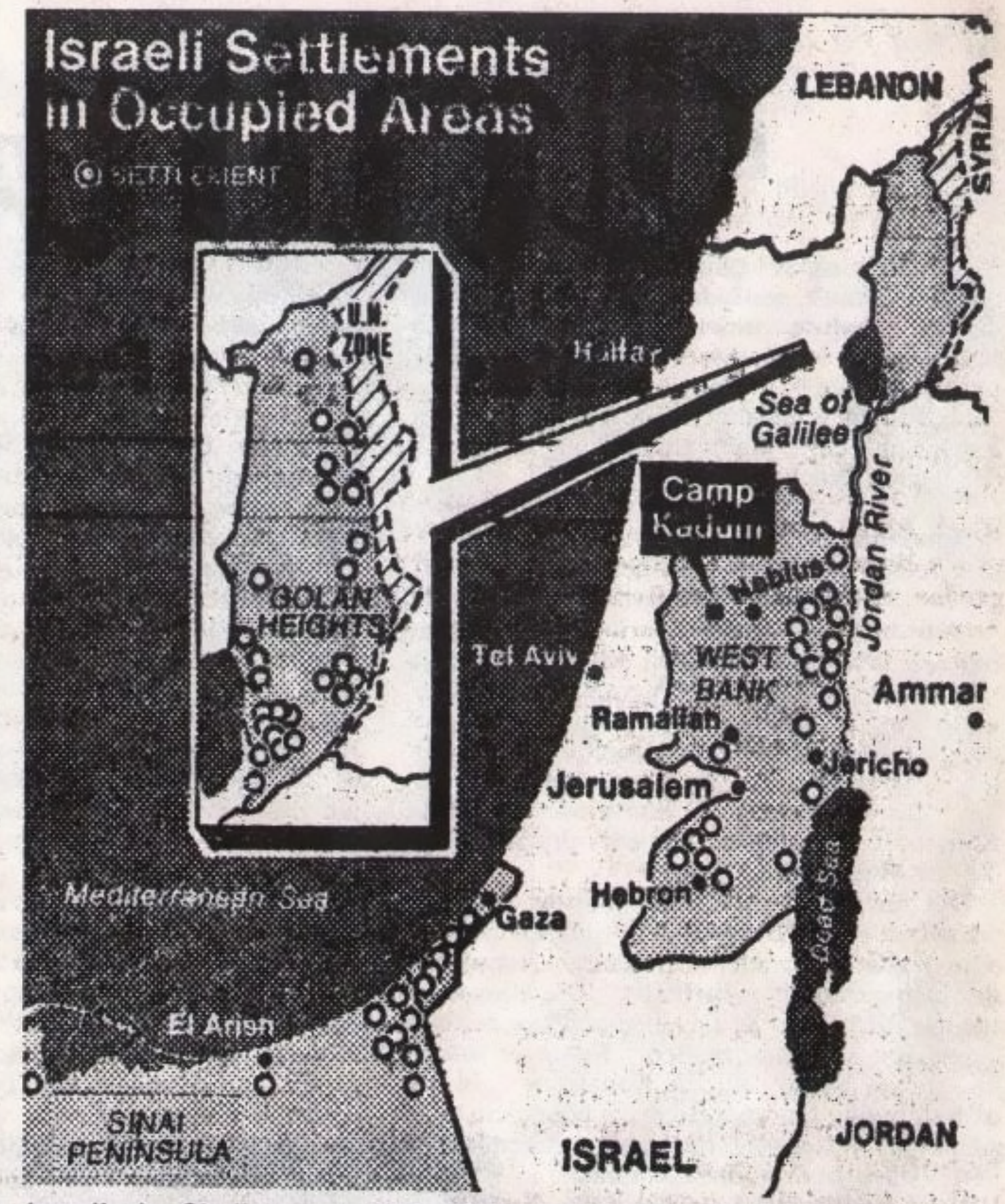
13. Durch geeignete Mechanismen müssen wirksamere und realistischere politische **Maßnahmen** erarbeitet werden **zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder**, (...)

14. Die unverzügliche Durchführung von wirksamen Maßnahmen zugunsten der am meisten betroffenen Entwicklungsländer, (...)

15. Förderung der Zusammenarbeit bei der Lösung wichtiger und dringender internationaler Wirtschaftsprobleme, die eine große Anzahl von Entwicklungsländern betreffen;

16. Fortsetzung und Intensivierung ihrer Bemühungen, um die dringend notwendigen **Strukturveränderungen der Welternährungsproduktion** durchzuführen (...)

17. Stärkung der Verhandlungsaufgaben der UNCTAD, so daß diese zu einem Verhandlungsorgan der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Handels und der Entwicklung swird, das dazu geeignet ist, Grundsätze und politische Richtlinien, insbesondere jene, die von der Generalversammlung formuliert wurden, in konkrete Abkommen umzusetzen und so direkt zur Errichtung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen. – (Nach: 3. Welt Magazin Nr. 3-4/1976)



Israelische Siedlungen – Wehrdörfer – in den besetzten Gebieten

Der Staat Israel wird zerschlagen werden

Produkt des Kolonialismus und Rassismus

Vor 28 Jahren, am 5. Mai 1948, wurde der Staat Israel vom Zionismus als Werkzeug imperialistischer Aggression und Unterdrückung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung gegründet. „Der Staat Israel wurde auf Kosten der Araber und auf ihrem Land errichtet ... Es gab arabische Siedlungen hier. Wir siedeln Juden an Orten an, wo arabische Siedlungen waren. Wir machen aus einem arabischen Land ein jüdisches Land", geben die Zionisten selber zu. (Moshe Dayan, Yedioth Aharonoth, 10.5.73). Wie weit es inzwischen mit diesem Staat gekommen ist, drückt trefflich ein Zitat in der zionistenfreundlichen bürgerlichen „Christ und Welt" aus: „Israels Lage wird schwieriger, sein Spielraum schrumpft. Die vor fast neun Jahren im Junikrieg 1967 besetzten Gebiete sind nicht mit dem Kernland zusammengewachsen, sondern zu einer immer drückenderen Last geworden. Die lange verfochtene These, daß die Zeit für Israel arbeite, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt." (23.4.76) Eine ungerechte Sache kann auf Dauer nicht bestehen, die gerechte Sache des palästinensischen Volkes wird siegen.

Als Verkehrsknotenpunkt zwischen Asien, Afrika und Europa nimmt Palästina eine der wichtigsten Positionen im Mittleren Osten ein. Es ist ein Zentrum des Ringens der beiden Supermächte um Hegemonie. Angetrieben und unterstützt vom Imperialismus, die USA liefern die Waffen, der Sozialimperialismus das Menschenmaterial in Form vieler Zehntausend russischer Juden, hat der „Staat Israel" seit seiner Gründung drei Aggressionskriege – 1948, 1956 und 1967 – gegen die arabischen Länder begonnen. Als Resultat der drei besetzten die israelischen Zionisten insgesamt über 709000 Quadratkilometer palästinensischen und anderen arabischen Gebiets, darunter Ägyptens Sinai-Halbinsel, Syriens Golan-Höhen, den Gaza-Streifen und das jordanische Gebiet westlich des Jordans. Die israelische Aggression machte Millionen Palästinenser heimatlos und zu Flüchtlingen. Die arabischen Völker, an der Spitze das palästinensische Volk, haben aber den Kampf für die Zerschlagung des Staates Israel, die Befreiung Palästinas, die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte nie aufgegeben und der Expansion der Zionisten im Oktoberkrieg 1973 endgültig einen Riegel vorgeschoben.

Seither hat der Kampf der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes vor allem auch innerhalb der besetzten Gebiete einen großen Aufschwung genommen.

Seit Ende letzten Jahres kämpfen die palästinensischen Massen ununterbrochen in militanten Aktionen in Demonstrationen, Boykotts und militärischen Operationen in den besetzten Gebieten für die Befreiung Palästinas. In den von den Zionisten im April 1976 abgehaltnen Gemeindewahlen haben die palästinensischen Massen überall Vertreter gewählt, die für ihre nationalen Rechte zu kämpfen bereit sind.

Der gerechte und ausdauernde bewaffnete Befreiungskampf hat breite internationale Sympathie und Unterstützung gefunden. Vor den Vereinten Nationen, dem Gremium, das 1948 den Staat Israel aus der Taufe gehoben hat, findet das palästinensische Volk, vertreten duch die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, breite Unterstützung.

Aber auch innerhalb des zionistischen Besatzerstaates verschärfen sich die Widersprüche. Über 10000 Menschen demonstrierten zum Beispiel am vergangenen Samstag in Haifa gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik in Westjordanien. Der Zionismus vertritt auch in keiner Weise die Interessen der werktätigen jüdischen Bevölkerung. Ihre Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Sie sind gezwungen, den Kampf aufzunehmen gegen ihre Ausbeuter. Streiks und auch Demonstrationen werden gemeldet. – (hl)

Der Zentralbankdirektor ist der zukünftige Präsident des Libanon

Am Samstag Abend, zwei Stunden vor dem angesetzten Termin, wurde Elias Sarkis, Direktor der Zentralbank des Libanon, zum neuen Präsidenten gemacht. Die ganze Zeit über wurde das Behelfsparlament, eine Villa, die zwischen den Fronten der christlichen Falange-Truppen und den muslimischen Milizen liegt, von den muslimischen Milizen beschossen. Sie lehnen die Wahl ab und verweigern dem Präsidenten die Anerkennung. Sarkis ist ein Mann des internationalen Finanzkapitals. Er war engster Vertrauter des Generals Chehab, der 1958 von den US-Imperialisten bei ihrer militärischen Intervention im Libanon als Präsident eingesetzt wurde. Engster Präsidentenberater blieb er bis 1970, Als Frandschieh an die Macht kam. Da wurde er Zentralbankdirektor. Beirut ist die Finanzzentrale für die Geschäfte der Imperialisten mit den Ölländern und den Ländern am Indischen Ozean. Während seiner Zeit als Präsidentenberater, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung", wollte Sarkis dem libanesischen Staat die Geltung verschaffen, die einem Staate zukomme. Er sei ein Mann von Gesetz und Ordnung. Gescheitert ist er damals schon am Kampf der libanesischen Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Bericht eines westdeutschen Arbeiters

Zwei Gründe, die ausschlaggebend sind für das Nicht-Vorwärtskommen beim Bau des sowjetischen LKW-Werks an der Kama

In der letzten Nummer der KVZ (Nr. 18) brachten wir den ersten Teil des Berichts eines westdeutschen Arbeiters über seine Erfahrungen bei Montagearbeiten im Automobilwerk an der Kama in der Sowjetunion. Berichtet wurde darin über die vollständige Entrechtung der sowjetischen Arbeiter nach der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion. Im folgenden zweiten Teil des Berichts werden die Auswirkungen des despotischen bürgerlichen Regiments in der Fabrik beschrieben, welche den Arbeitern sogar das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß genommen hat durch Umwandlung der Gewerkschaften in Organisationen, in denen die neue Bourgeoisie das Regiment führt. Der Möglichkeit zur kollektiven Vertretung ihrer Interessen beraubt, an der Wahrnehmung politischer Rechte durch schwere Strafen gehindert und das Parasitenleben der neuen Bourgeoisie vor Augen, entwickelt sich der Widerstand der Arbeiter zunächst in der Form, daß jeder einzelne versuchen muß, sich durchzuschlagen.

1. Die Vorgehensweise der herrschenden Klasse in der Sowjetunion beim Bau des LKW-Werks

Das LKW-Werk in Naberenjnye Celny an der Kama (östlicher Nebenfluß der Wolga) soll das größte und modernste LKW-Werk der Welt werden. Es besteht fast ausschließlich aus Maschinen der westlichen kapitalistischen Länder. Das Produktionsziel sind 150 000 LKWs und 250 000 LKW-Motoren (8-Zylinder-V-Motor) pro Jahr. Mehrere tausend ausländische Monteure arbeiten derzeit an der Inbetriebnahme der entsprechenden Werkzeugmaschinen.

Die Inbetriebnahme der Maschinen kommt und kommt nicht vorwärts. Der Grund liegt bei der herrschenden Klasse der Sowjetunion, die einen völlig unrealistischen Plan ausgearbeitet hat, der von den Arbeitern nicht erfüllt werden konnte. Obgleich das Planziel nicht erzielt werden konnte, versucht jetzt die Betriebsdirektion unter allen Umständen produzieren zu lassen, koste es was es wolle. Ein Teil der Maschinen ist überhaupt noch nicht in Betrieb genommen, ein anderer Teil der Maschinen nur halbfertig, und trotzdem wird produziert. Die herrschende Klasse will Lastwagen sehen.

Die halbfertigen oder noch gar nicht in Angriff genommenen Maschinen stehen still und verrotten zum Teil. Die ausländischen Monteure werden eingesetzt für die Produktion und können daher ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Inbetriebnahme der Maschinen, nicht nachkommen. Die Folge ist die Hinauszögerung der Inbetriebnahme aller gelieferten Maschinen um Monate, ja teilweise schon um Jahre. Einige westliche Firmen erwägen jetzt den Abbruch der Montage und die Abziehung ihres Montagepersonals. Die sowjetische Betriebsdirektion interessiert das nicht, sie will Lastwagen sehen – und wenn sie in Handarbeit gemacht werden.

Die Produktionsbedingungen, damit die Maschinen überhaupt einwandfrei arbeiten können, werden nicht erfüllt. Die Betriebsdirektion kümmert sich wenig darum, ob z.B. die zentrale Kühlwasserversorgung ausreicht. Tatsache ist, daß sie nicht fertig ist, daß notdürftig eine Wasserpumpe von den Sowjets installiert wurde, die gar keine ausreichende Kapazität hat, so daß einige Maschinen sowieso still stehen müssen. An den anderen Maschinen sind die Wasserschläuche mit einem Stück Draht angebunden, was natürlich lächerlich ist. So ist es schon oft vorgekommen, daß die angebrachten Wasserschläuche sich lösen und es zu einer riesigen Überschwemmung gekommen ist, so daß man fast seinen Freischwimmer in der Werkshalle machen konnte.

Hierüber mag man vielleicht noch lachen können. Doch der Spaß hört da auf, wo es an die Gefährdung von Menschenleben geht. Die sowjetische Betriebsdirektion ist in ihrem Wahn, die Produktionszahl zu erzielen, so weit, daß sie über Leichen geht. Bis vor einigen Wochen und teilweise noch jetzt befinden sich in dem Fußboden der Werkhalle manchmal metergroße Löcher. Unter der Werkhalle befindet sich die Unteretage, sie ist 15 Meter tiefer. Zwei Arbeiter, ein sowjetischer Kollege und ein Kollege aus der DDR sind bereits in diese berüchtigten Löcher, die nicht abgesperrt sind, abgestürzt. Der DDR-Kollege kam dabei zu Tode.

Ein westdeutscher Kollege, der für die Firma Rheinstahl hier arbeitete, ist von einer Hydraulik-Anlage zerquetscht worden, als er während der Inbetriebnahme eines Maschinen-Centers, angetrieben von den Sowjets, Endschalter justieren wollte. Er war auf der Stelle tot.

Das sind die Resultate des Vorgehens der herrschenden Klasse in der Sowjetunion beim Bau des LKW-Werks an der Kama.

2. Das Verhältnis der sowjetischen Arbeiter zur Produktion

Der entscheidendere Faktor für das Nicht-Vorwärtskommen beim Bau des LKW-Werks ist, und ich will im folgenden darüber berichten, das Verhältnis, in dem die sowjetischen Arbeiter zur Produktion stehen.

Es fängt schon damit an, daß alle sowjetischen Arbeiter am Werkstor beim Hinein- und Hinausgehen kontrolliert werden. Diese Maßnahme ist von der sowjetischen Betriebsdirektion angeordnet worden, um die ungeheure Zahl der Diebstähle einzudämmen. Nicht nur, daß den ausländischen Monteuren ständig Werkzeuge gestohlen werden, die auch nur einen Moment unbeobachtet sind, nein, die Maschinen werden teilweise direkt demontiert. Von mit integrierten Schaltkreisen und Transistoren bestückten elektronischen Leiterkarten angefangen bis hin zu Kabel-Enden wird alles geklaut, was sich irgendwie abbauen läßt. Es ist keine Seltenheit, daß ein sowjetischer Arbeiter an den Elektroschrank einer Werkzeugmaschine geht und sich einfach mit einem Messer ein paar Enden Draht herausschneidet. Die Reparatur einer solchen Maschine ist natürlich nicht an einem Tag erledigt. Sie dauert manchmal Wochen.

Der sowjetische Arbeiter verdient im Durchschnitt 150 bis 200 Rubel im Monat. Wenn der Monatsplan seiner Abteilung erfüllt wird, bekommt er 30 Rubel Prämie. Diese Prämie ist das einzig antreibende Moment des sowjetischen Arbeiters. Wird nicht produziert, interessieren sie sich nicht für die Arbeit.

Sie fehlen häufig. Zum Ende des Monats sind sie dann wieder da, um ihre 30 Rubel Prämie zu schaffen. Aber auch hierbei ist ihnen egal, ob die Teile, die sie an einer Maschine fertigen, in Ordnung sind, und das heißt weiter verwendbar für die folgenden Abteilungen. Sie interessieren sich nur für die Stückzahl ihrer Abteilung. Das Werk als Ganzes ist ihnen etwas Fremdes. Es ist nicht ihr Werk.

Ich will nicht sagen, daß die sowjetischen Arbeiter dumm und faul sind, beileibe nicht. Das Gegenteil ist der Fall, sie sind schlau und wißbegierig. Aber, und das ist entscheidend, sie können ihr Wissen und ihre Klugheit nicht gemeinsam als Klasse gebrauchen, um die Produktion vorwärtszutreiben. Das wirkt sich aus, indem jeder für sich versucht, sich durchzuschlagen.

Wenn z.B. ein sowjetischer Arbeiter von einem ausländischen Monteur den detaillierten Funktionsablauf einer Werkzeugmaschine erfahren hat, so gebraucht er dieses Wissen nicht, um es seinen Klassenbrüdern weiterzuvermitteln. Er behält es für sich. Er verhält sich wie ein Verkäufer einer Ware, deren Wert er steigern will. Die Ware, deren Wert er steigern will, ist seine Arbeitskraft.

Der sowjetische Arbeiter ist heute wieder Verkäufer der Ware Arbeitskraft. Er wird von der herrschenden Klasse ausgebeutet wie der Arbeiter in den klassischen kapitalistischen Ländern. Unter diesen Verhältnissen wundert es einen dann auch nicht mehr, wenn der sowjetische Arbeiter, statt sich der Produktion zu widmen, lebhaft den Schwarzhandel mit den ausländischen Monteuren betreibt, wenn er Balalaikas tauscht gegen westliche Zigaretten usw. Kaugummi ist eine der wichtigsten Währungseinheiten hier, man kann alles dafür kaufen.

Und noch etwas aus kapitalistischen Ländern Wohlbekanntes kann man hier im Kama-Werk beobachten: Alkoholismus. Er ist sehr stark unter den sowjetischen Arbeitern verbreitet. Manchmal betrinken sich die sowjetischen Arbeiter derart, daß sie nicht mehr arbeitsfähig sind und dementsprechend die Unfallgefahr sehr groß ist.

Alles zusammengenommen herrschen Zustände, die alles andere, bloß keines sozialistischen Landes würdig sind. Es sind Zustände, die kennzeichnend sind für ein Land, was sich von einem sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat verwandelt hat in ein Land, in dem der Kapitalismus restauriert wird. Mehr noch: ein Land, wo eine imperialistische Bourgeoisie fieberhafte Anstrengungen unternimmt, um im Kampf gegen die andere Supermacht, die USA, die Weltherrschaft zu erringen.

Die fieberhaften Anstrengungen der Sozialimperialisten sind letztendlich nichts anderes als fieberhafte Vorbereitungen auf einen imperialistischen Krieg, ausgetragen auf dem Rücken der sowjetischen Arbeiterklasse. Nur der Klassenkampf des sowjetischen Proletariats unter dem Banner des Marxismus-Leninismus für die Wiedererrichtung der proletarischen Diktatur wird die Absichten der sowjetischen Sozialimperialisten zum Scheitern verurteilen können und müssen. – (b., Naberenjnye Celny, UdSSR)

Das sozialistische China entwickelt Wissenschaft und Technik durch die Massenbewegung


Die Arbeiter nehmen an der Planung des Aufbaus teil und meistern die Wissenschaft.

In der gegenwärtigen Massendebatte darüber, wie Wissenschaft und Technik im sozialistischen China entwickelt werden sollen, ist die wichtigste Streitfrage, ob man sich auf einige wenige Experten oder auf die Massenbewegung verlassen soll. Zahlreiche Forscher, wissenschaftliches Personal aus den Reihen der Arbeiter und Bauern und Neuerer haben sich mit Wandzeitungen in großen Schriftzeichen, mit Artikeln oder in Versammlungen zur Massenkritik zu Wort gemeldet. Sie haben überzeugende Tatsachen vorgetragen, um zu zeigen, daß aus der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit bedeutende Vorzüge erwachsen sind. (...)

Der in ganz China bekannte Baumwollzüchter Wang Teh-ho, der Leiter eines bäuerlichen wissenschaftlichen Forschungsinstituts in der Provinz Shansi, schrieb in einem Artikel: „Arbeiter, Bauern und Soldaten sind nicht nur fähig zu wissenschaftlicher Forschungstätigkeit, sie sind sogar fähig, neue Höhen zu erklimmen. Yang Chao-pin, der seit seiner Kindheit auf dem Land gearbeitet hat, ist jetzt unser stellvertretender Direktor. Nach wiederholten Versuchen stellte er 1973 einen Rekord auf, indem er 200 Kilogramm entkörnter Baumwolle pro Mu (dem fünfzehnten Teil eines Hektars) erntete. Weiter arbeitete er eine Reihe neuer Techniken des Baumwollanbaus aus, wie Dichtpflanzen, Früh-Kappen und Sorgfältig-Beschneiden. Unser Institut mit Bauerntechnikern als Hauptstütze hat große Fortschritte gemacht in der Erforschung der Baumwoll- und Weizenzucht. Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg verschließen ihre Augen vor diesen Tatsachen und versuchen, die Arbeiter und Bauern von der wissenschaftlichen Forschung auszuschließen. Ihr Ziel ist es, die Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat auf dem Feld von Wissenschaft und Technik aufzurichten und den Kapitalismus wiedereinzuführen."

In ihrer Kritik weisen die Ölarbeiter von Datjing darauf hin, daß Datjing das beste Beispiel dafür ist, wie es in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik zu größeren, schnelleren, besseren und wirtschaftlicheren Ergebnissen kommt, wenn man auf die Arbeiter baut. Die technisch fortgeschrittene Methode des gleichzeitigen Flutens und Produzierens in verschiedenen Zonen wurde entwickelt auf Basis von Massen-Untersuchungen über die geologische Struktur des Ölfeldes. Die Entwicklung der Wissenschaft und Technik zur Erdölförderung und Erdölverarbeitung in China würde niemals das Tempo erreicht haben, das sie hat, wenn der revisionistischen Linie gefolgt worden wäre, sich auf einige wenige Experten zu verlassen.

Der große Führer, Vorsitzender Mao, hat darauf hingewiesen: „Die Massenbewegung ist bei jeder Arbeit notwendig. Ohne Massenbewegung kommt keine Sache voran." Der wirkungsvolle Weg, um Chinas Wissenschaft und Technik mit größeren, schnelleren, besseren und wirtschaftlicheren Ergebnissen zu entwickeln, ist die Entfachung einer Massenbewegung, die Millionen erfaßt. Er besteht nicht darin, sich auf einige wenige Experten zu verlassen, die hinter verschlossenen Türen arbeiten.

Seit Beginn der Kulturrevolution sind Chinas Arbeiter, Bauern und Soldaten in eine Massenbewegung gegangen für wissenschaftliches Forschen, und ein Kontingent von Forschern aus den Massen wurde mit fliegenden Fahnen hervorgebracht. Unter der vereinigten Leitung der Parteiorganisation und in Zusammenarbeit mit berufsmäßigen Wissenschaftlern haben sie planmäßig wissenschaftliche Experimente vorangetrieben. Über Arbeitsteilung und wechselseitige Zusammenarbeit sind sie die Hauptkraft geworden beim Vorwärtstreiben der chinesischen Wissenschaft.

13 Millionen Menschen nehmen heute an agrarwissenschaftlichen Aktivitäten auf dem Lande teil, auf der Ebene der Volkskommune, der Produktionsbrigade und der Arbeitsgruppe. (...)

Fabriken, Bergwerke und andere Betriebe in städtischen Gegenden haben die technische Zusammenarbeit und den Austausch von Technikern zwischen verschiedenen Gewerben und Industrien aufgenommen. (...)

Die große Kraft, die in der Massenbewegung für wissenschaftliches Experimentieren freigesetzt wurde, geht weit hinaus über das, was die begrenzte Zahl berufsmäßiger Wissenschaftler zu bewegen gehabt haben. Die Arbeiter und Bauern in China besitzen grenzenlose Weisheit und Schöpferkraft, und ihr Auftreten und ihre Herrschaft auf dem Feld der wissenschaftlichen Forschung hat tiefgehende Bedeutung. (...)

Der Versuch, aus den Hefe-Rückständen im Brauprozeß Nukleinsäure herzustellen, wurde durch die Arbeiter der Pekinger Brauerei in Zusammenarbeit mit Forschern des Instituts für Biophysik der Chinesischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt. Die Brauereiarbeiter studierten gründlich, um die Grundkenntnisse auf diesem Gebiet zu beherrschen. Sie lernten, während sie Versuche durchführten und sich selber die ganze erforderliche Ausrüstung bauten. Nach zwei Monaten harter Arbeit schafften sie es, das erste Quantum Adenosin Triphosphat herzustellen. Dann wollten sie versuchen, die Produktion in größerem Umfang zu betreiben, und so bauten sie innerhalb kurzer Zeit Chinas erste, vergleichsweise große Nukleinsäure-Werkstatt mit selbst hergestellter Ausrüstung. Sie kann jetzt nicht nur Adenosin Triphosphat und Nukleinsäure herstellen, sondern auch Cytidine Triphosphat, Guanozine Triphosphat und Nukleoside. Brauereien in Schanghai, Schenyang und Changschun konnten ebenfalls erfolgreich Nukleinsäure aus Heferesten aussondern und bauten besondere Werkstätten. Auf diese Weise hat sich diese neue Industrie aus dem Nichts heraus in China auf eine gewisse Stufenleiter entwickelt.

Chu Jung-Mao, ein ehemaliger Arbeiter der Pekinger Brauerei, sagte: „Forschungsarbeiter kommen zu unserer Brauerei, um mit uns Forschungen durchzuführen. Das hat das Geheimnis der Wissenschaften ins Wanken gebracht. Jetzt können wir gewöhnlichen Leute den ganzen Vorgang der Nukleinsäure-Herstellung meistern. Die Tatsache, daß die breiten Massen die Wissenschaft und Technik meistern können, ist wichtig für die Verminderung der Kluft zwischen Kopf- und Handarbeit und für die Verwirklichung des Kommunismus."

Während der gegenwärtigen Massendebatte betonten die Leute: „Wenn wir die Notwendigkeit der Teilnahme der Massen am wissenschaftlichen Forschen betonen, so unterschätzen wir nicht die Bedeutung von Professionellen und Spezialisten. Wir sagen, daß sie eng zusammenarbeiten müssen mit den Arbeitern und Bauern in ihrer Arbeit."

Vorsitzender Mao sagte: „Die Intellektuellen werden nichts erreichen, wenn sie sich nicht mit den Arbeitern und Bauern verbinden können." Das hat sich als wahr erwiesen. Am Telien Institut für chemische Physik studierten zwei Spezialisten und ein Promovierter etwa fünf Jahre lang eine neue Energiequelle ohne jedes praktische Ergebnis. Später beteiligten sich Arbeiter an der Untersuchung dieses Schlüsselproblems und sehr schnell konnten sie erfolgreich ein kleines, zuverlässiges neues Mittel als Energiequelle mit besonderer Präzision und Hochspannungsenergie herstellen. Die Erfolge in Chinas Nuklear- und Thermonuklearforschungen und das Starten und Landes des Satelliten waren Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter, Angehörigen der Armee, Miliz, Kader und wissenschaftlichem Personal. Sie sind die Frucht der Massenbewegung. – (Hsinhua, 20. April 1975)

Parasitenleben auf dem Rücken der Arbeiter

Löbleins Zitronenprinzip

Der folgende Bericht wurde uns zugesandt von einem Arbeiter aus Waiblingen, der „Löbleins Zitronenprinzip", die Ausbeutungsmethoden der kleineren Kapitalisten, aus eigener Anschauung kennt. Der Bericht handelt zugleich von einer Pleite und wie die Kapitalistenfamilie Löblein sie glücklich übersteht.

Waiblingen. Erst ausquetschen, dann wegwerfen. Das war die Devise der Gebrüder Löblein, seit sie die Firma „Emil Löblein, Prismenglasbau" von ihrem Vater übernommen hatten. Ein spätkapitalistisches Schwindelunternehmen par excellence!

Im Umgang mit Arbeitnehmern hatte man da einen eigenwilligen Stil. Jahrelang wurde in einigen Werkstätten regulär 56 Stunden pro Woche gearbeitet, aber niemals wurden Überstundenzuschläge bezahlt. Auch für die häufige Sonntagsarbeit wurde lediglich der Stundenlohn ohne jeglichen Zuschlag verrechnet.

Die Angestellten hatten es nicht besser. Ein Rundschreiben vom Januar 1973: „Wichtig für den Arbeitnehmer ist die innere Zufriedenheit mit seiner Leistung, also der Erfolg. Hierfür wird, damit der Erfolg sich einstellt, auch erforderlichenfalls Freizeit geopfert."

Also: Die Arbeiter arbeiten bis 18 Uhr. Die Angestellten müssen auch so lange bleiben, bekommen die Überstunden aber nicht vergütet. „... und es müssen dann im Rahmen bleibende Überstunden ohne Bezahlung geleistet werden."

Montage-Auslösungen wurden vom Chef nach eigenem Gutdünken festgelegt. So erhielten seine Arbeiter auf einer Großbaustelle in Frankfurt anstelle der üblichen 18,50 Mark nur 2,50 Mark. Löblein: „Das ist ein Sonderfall."

Bei den Arbeitszeit-Abrechnungen behielt sich Siegfried Löblein vor, Stunden nach eigenem Ermessen zu streichen. Besonders die langen Fahrzeiten zu den Baustellen wurden vom Firmeninhaber häufig ignoriert, obwohl die Blätter der Fahrtenschreiber eindeutig waren.

Die Unfallhäufigkeit war beträchtlich, denn von schadhaften elektrischen Leitungen, schlechter Beleuchtung und Mängeln an Kraftfahrzeugen wollte der Chef nie viel wissen.

Die Fahrzeuge wurden regelmäßig überladen, auf den Baustellen wurde, wenn möglich, ohne die vorgeschriebenen Gerüste gearbeitet.

Ein Dorn im Auge des Unternehmers waren die Kranken. Mehrmals bekamen krankgeschriebene Kollegen vom Chef die schriftliche Aufforderung, „... einige Kleinigkeiten im Hause zu erledigen, sofern die Genesung dadurch nicht behindert ist". – Reparaturen im Weinkeller oder im Reitstall, Reinigung der Registratur, Lackierarbeiten oder Überführung von Kraftfahrzeugen wurden Mitarbeitern im Krankenstand zugemutet. Zum Nulltarif natürlich! Man konnte ja keine Arbeitszeit aufschreiben, weil vom Arzt eine Krankmeldung vorlag.

Als ein kaufmännischer Angestellter an der Wirbelsäule operiert werden mußte und es offensichtlich wurde, daß er längere Zeit arbeitsunfähig sein würde, erhielt er noch im Krankenhaus die Kündigung. Wolfgang Löblein sagte in diesem Zusammenhang: „Ich betreibe kein Sanatorium. Wer krank ist, fliegt raus!"

Warum lassen sich Arbeiter in Deutschland derartige Unverschämtheiten gefallen? Viele Kollegen wohnten in Werkswohnungen, und Wohnungen sind rar. – Natürlich begehrte mancher Kollege auf gegen solche Behandlung. Der Verschleiß an Arbeitskräften war enorm. In einer Werkstätte beispielsweise kündigten im Zeitraum eines Jahres 40 Schlosser, obwohl dort niemals mehr als 14 Mann gleichzeitig beschäftigt waren.

Deshalb stellte Herr Löblein bevorzugt „Halbledige" ein, wie er es nannte. Das waren Kollegen mit Zahlungsverpflichtungen für geschiedene Ehefrauen oder für ledige Kinder, Männer, denen der Führerschein entzogen war, auch Obdachlose und Vorbestrafte. Und Gastarbeiter!

Im Spätherbst, wenn die Arbeiten auf den Baustellen eingeschränkt wurden, sagten die Italiener: „Immer wenn Winter kommt, macht Chef Papiere." – Diese Papiere waren stets so abgefaßt, daß die Kündigungsfrist noch vor Weihnachten ablief. So schlugen die unproduktiven Feiertage nicht zu Buch.

Wenn wieder einmal ein Monteur davongelaufen war und es konnte trotz Inserat „Wir garantieren Akkord-Spitzenlöhne" kein Nachfolger gefunden werden, dann wurde ein besonders feiner Trick angewandt: Siegfried Löblein kündigte in seiner Eigenschaft als zweiter Vorstand des Reitervereins einen Pferdepfleger des Vereins-Reitstalles. Jetzt saß der Roßknecht erst einmal auf der Straße, denn seine Schlafkammer hatte er sofort zu räumen. Dann bot der Unternehmer Löblein dem fristlos Entlassenen großzügig eine Unterkunft in seinem Arbeiter-Wohnheim an und stellte ihn als Hilfsarbeiter in seine eigene Firma ein.

Dieses Wohnheim war 1961 mit staatlichen Zuschüssen gebaut worden. Das hinderte den dynamischen Unternehmer aber nicht, für jedes Zimmer 350 Mark Miete zu verlangen.

Trotz alledem geht es dem Löblein-Clan mit dem Geldmachen zu langsam. Ende März dieses Jahres teilte man den Arbeitnehmern mit, daß die Löhne und Gehälter nicht mehr ausgezahlt werden. Der einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführer Wolfgang Löblein hatte am 29. März einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. „Die Gesellschaft ist zahlungsunfähig und überschuldet. Für Monat März sind sämtliche Löhne und Gehälter von 18 kaufmännischen Angestellten und 31 gewerblichen Arbeitern mit insgesamt 120000 DM rückständig." Außerdem stehen Verbindlichkeiten in Höhe von über 600000 Mark an. „Von der Überschuldung der Gesellschaft erhielten wir erst am 15.3.1976 Kenntnis."

Jetzt stellte sich heraus, daß schon im Winter 1974 die Löblein KG in eine GmbH umgeändert worden war. Stammkapital: 100000 DM. Außerdem gibt es aber noch eine andere Löblein KG, deren Haftende wiederum eine GmbH ist. (Mit viel Geld hat man bei Löbleins nie gehaftet.) Von dieser Gesellschaft hat die jetzt in Konkurs gehende Löblein GmbH ihre Geschäftsräume nur gemietet.

Momentan ist noch ungewiß, ob das Konkursverfahren nicht mangels Masse eingestellt wird. Denn plötzlich stellt sich heraus, daß alle Sachwerte nicht Eigentum der Löblein GmbH sind. –

Die Betriebsgebäude in Waiblingen hat Siegfried Löblein schon 1972 verkauft, und zwar an seine Frau. Die Lager- und Betriebsgebäude in Worms sind sein Privatbesitz, die Grundstücke bei Worms wurden noch im März dieses Jahres auf die Namen von Siegfrieds unmündigen Kindern überschrieben.

Die 1974 gekaufte Halle und die 1975 dazugebaute zweite Halle in Geradstetten gehören auch nicht zur Konkursmasse, sondern der Löblein KG. Beide Hallen sind vermietet, für 24000 Mark monatlich. – Auch Wolfgang Löbleins Eigentumswohnung ist vermietet, seit er vor zwei Monaten seinen Bungalow auf dem Galgenberg, dem Waiblinger Millionärshügel, bezogen hat. An dieser 700000 Mark-Villa haben die Arbeiter der GmbH zwar fest mitgearbeitet, aber natürlich hat auch dieses Haus nichts mit der in Konkurs gegangenen Firma zu tun.

Bruder Siegfried baut zur Zeit ein Mietshaus mit sechs Wohnungen in Waldrems, in Calw hat er bereits ein ebensolches. Außerdem ist er an der Firma Düringer im Hohenloher Land zu 50 Prozent beteiligt. In dieser schönen Gegend hat er auch ein Landhaus.

Die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden hat inzwischen ein Ermittlungsersuchen an die Staatsanwaltschaft gerichtet: „Es erhärtet sich der Verdacht, daß vor der ins Haus stehenden Betriebsstillegung der Konkursmasse erhebliche Sachwerte entzogen wurden." – Zur Überraschung der Angestellten wurden im März vom Werksgelände Geradstetten Glasbausteine im Wert von zirka 20000 Mark abtransportiert und irgendwo eingelagert. Auch wurden kurz vor dem Konkursantrag die Kraftfahrzeugbriefe der Firmenfahrzeuge auf den Namen des Geschäftsführers Wolfgang Löblein umgeschrieben.

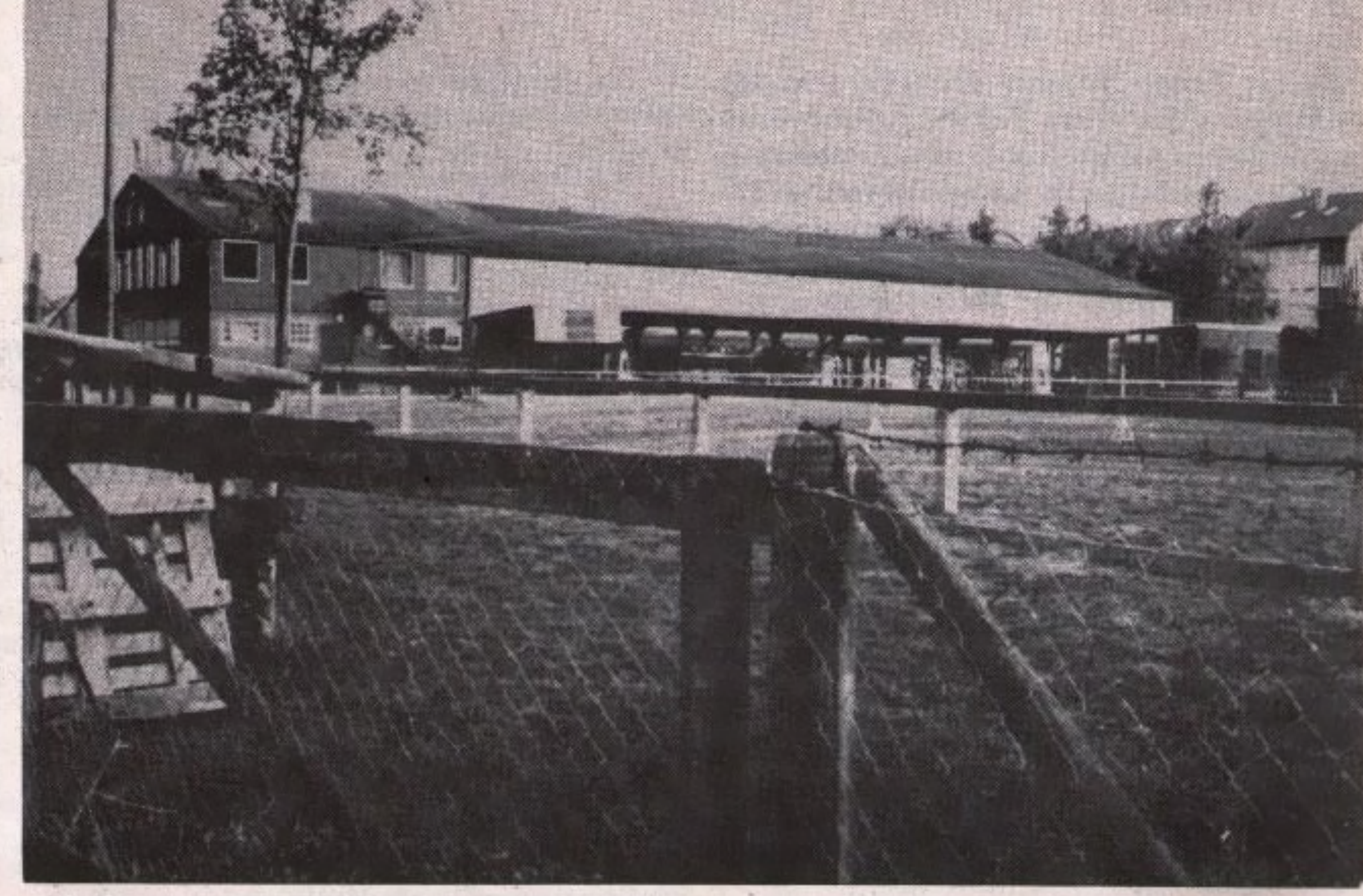
Ziel dieser Aktionen: Die Ausbeutung soll schließlich weitergehen. Aufträge sind genug vorhanden. Der bankrotte Unternehmer hat fünf seiner Angestellten den Vorschlag unterbreitet, sie sollten sich selbständig machen. Er selbst würde sich mit jeweils 30000 Mark an diesen Minifirmen beteiligen. Bedingung: die Hälfte vom Gewinn und 7 Prozent Zinsen.

Einer seiner Kapos hat schon angebissen und verschickt in der Filder-Gegend Briefe an Bauherren. „Geschäftseröffnung ... Für Ihre Arbeiten steht Ihnen meine volle Berufserfahrung und eine gesicherte finanzielle Grundlage zur Verfügung."

Am 1. April fand eine Betriebsversammlung statt, zu der auch Reporter der Waiblinger Kreiszeitung erschienen. Eine saftige Schlagzeile wollte man sich nicht entgehen lassen. Allerdings wurde der Artikel dann entschärft durch ein zugehöriges Foto: Löblein-Arbeiter, die lachend Protestplakate präsentieren. Natürlich hätte man auch jene Männer fotografieren können, die nach zwanzigjähriger Betriebszugehörigkeit den Tränen nahe waren. Aber Bauarbeiter, die sich angeblich freuen, daß sie arbeitslos sind, passen besser in das schwäbisch-bürgerliche Klischee.

„Dia wellet doch koi G'schäft, dia nehmet lieber 's Stempelgeld." Mehr kann man von der Waiblinger Kreiszeitung nicht erwarten. (Im selben Haus wird die „National-Zeitung" gedruckt.)

Am 3. April, fünf Tage nach ihrem Konkursantrag, vergnügten sich die Brüder Löblein auf dem „Frühjahrsball der Selbständigen". Die Pleite verspricht ein voller Erfolg zu werden. Übrigens gibt es im Hintergrund noch einen dritten Bruder: ein gewisser Eberhard Löblein, er ist Steuerberater. – (kb, Waiblingen)



Der Reiterverein Waiblingen, wo der Kapitalist Löblein sich als stellvertretender Vorsitzender der örtlichen Herrenreiter betätigt.



Auch nach der Pleite wird es Löblein an nichts fehlen. Seine Villa auf dem Galgenberg, wie der Waiblinger Millionärshügel zu Recht heißt.



Die LKWs der Firma Löblein sind schon vor den Forderungen der Arbeiter in Sicherheit gebracht.